

25 Jahre Deutsche Einheit



25 Jahre Deutsche Einheit

Herausgeber:

Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Herstellung und Redaktion:

Statistisches Bundesamt

65180 Wiesbaden

Telefon: +49 (0) 611 75-2405

Telefax: +49 (0) 611 75-3330

www.destatis.de/kontakt

Erscheinungsfolge: einmalig

Erschienen im September 2015, korrigiert am 9. Oktober 2015. Austausch der Seiten 7 (Ergänzung der Hinweise für Leserinnen und Leser), 31 und 83 (fehlerhafte Darstellung der Grafiken).

Kostenfreier Download:

www.statistikportal.de

Zum Regionalatlas:

Die elektronische Veröffentlichung enthält im Anhang zusätzlich detaillierte Tabellen zu ausgewählten Themen.

Fotorechte: Molecule Man: © herby64 – Fotolia.com

Skulptur des Bildhauers Jonathan Borofsky in der Spree an einer für die Deutsche Einheit symbolträchtigen Schnittstelle dreier Ortsteile Berlins.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015

(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Vorwort

25 Jahre Deutsche Einheit – ein besonderes Jubiläum: Silberne Hochzeit der alten und der neuen Bundesländer.

Die Kinder, die aus dieser Beziehung hervorgegangen sind, wundern sich wahrscheinlich darüber, wenn heute noch von den „neuen Ländern“ die Rede ist. Vielleicht unterscheiden sie noch Ost- und Westdeutschland, aber vermutlich fühlen sie sich ganz einfach als Deutsche, die auch ohne die Vorsilbe „Ost“ oder „West“ auskommen. Die Teilung Deutschlands liegt mittlerweile so weit in der Vergangenheit, dass eine von vier Personen keine eigenen Erfahrungen mehr damit hat. Umso wichtiger ist es, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, welche Anstrengungen seit 1990 unternommen wurden, um Ost und West zusammenwachsen zu lassen.

Auch für die Statistik war die Deutsche Einheit eine Herausforderung. Es musste eine vergleichbare Datengrundlage geschaffen werden; die Statistik war nach einheitlichen Methoden und Konzepten durchzuführen. Statistik liefert Informationen und bietet einen neutralen Blick auf das Geschehen seit der deutschen Vereinigung. Sie zeigt über einen langen Zeitraum die Veränderungen, die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede auf.

Ein Vierteljahrhundert ist vergangen: Anlass für die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, eine gemeinsame Veröffentlichung herauszugeben, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel statistisch beleuchtet. Wichtige Wegmarken, die die Angleichung zwischen Ost und West dokumentieren, werden ins Blickfeld gerückt, ohne die verbleibenden Unterschiede aus den Augen zu verlieren. Die Publikation kann eigene Eindrücke vom wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenwachsen der 40 Jahre lang getrennten Gebietsteile nicht ersetzen. Aber sie kann zu einem besseren Verständnis für die Situation und die Lebensbedingungen im jeweils anderen Teil Deutschlands beitragen.

Datenbasis sind zahlreiche Veröffentlichungen von Bund und Ländern, insbesondere der Regionalatlas und die ihm zugrunde liegende Regionaldatenbank. Alle, die mehr wissen möchten, sind herzlich eingeladen, sich in unserem großen Datenfundus umzusehen. Besuchen Sie uns im gemeinsamen Statistikportal unter www.statistikportal.de – oder auf den jeweiligen Webseiten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Für die Herausgeber

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes



Roderich Egeler

Inhalt

Vorwort	3
Abkürzungsverzeichnis, Zeichenerklärung	6
Hinweise für Leserinnen und Leser	7
1 Bevölkerung	9
Bevölkerungsentwicklung	10
Bevölkerungsdichte	11
Binnenwanderung	14
Geburtenentwicklung	18
Altersstruktur der Bevölkerung	20
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	23
Haushalte und Familien	26
2 Wirtschaft	33
Bruttoinlandsprodukt und Wirtschaftswachstum	34
Arbeitsproduktivität	36
Dienstleistungen, Industrie, Landwirtschaft	39
Standortfaktoren und Infrastruktur	44
3 Arbeitsmarkt	51
Erwerbstätige	52
Arbeitsvolumen	55
Erwerbsformen	56
Erwerbsquote	59
Teilzeitquote	61
Arbeitslosigkeit	63
4 Materielle Lebensbedingungen	67
Einkommen und Verdienste	68
Armutsgefährdung	72
Soziale Sicherung	75
Wohnen in Deutschland	79
5 Lebensqualität	85
Bildungssituation	86
Tagesbetreuung von Kleinkindern	89
Gesundheitliche Versorgung	93
Gesundheitsrisiken: Übergewicht und Rauchen	95
Pflege	99
Energie und Umwelt	102
Politische und gesellschaftliche Partizipation	107
Anhangtabellen	111
Bevölkerungsentwicklung	112
Binnenwanderung	113
Soziale Sicherung	114
Gesundheitsrisiken: Übergewicht und Rauchen	115
Pflege	116
Mitwirkende Statistische Ämter	118
Adressen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	119

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d. h.	das heißt
einschl.	einschließlich
EUR	Euro
kg	Kilogramm
km	Kilometer
km ²	Quadratkilometer
LWR	Laufende Wirtschaftsrechnungen
Mill.	Millionen
Mrd.	Milliarden
%	Prozent
u. a.	unter anderem
z. B.	zum Beispiel

Zeichenerklärung

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
–	nichts vorhanden
/	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
...	Angabe fällt später an
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Hinweise für Leserinnen und Leser

Auf- und Abrundungen:

In den Tabellen und Grafiken ist – ohne Rücksicht auf die Endsumme – auf- bzw. abgerundet worden. Dabei können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben.

Qualität:

Die Inhalte der Veröffentlichung wurden mit größtmöglicher Sorgfalt zusammengetragen, dennoch können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Sollten nach Drucklegung der Publikation Fehler bekannt werden, weist die Online-Version explizit darauf hin.

Gebietsstand: verwendete Abgrenzungen

Östliche (ostdeutsche) Flächenländer, Neue (Bundes)länder	Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern; Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
Westliche (westdeutsche) Flächenländer	Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Rheinland-Pfalz, Schleswig- Holstein
Stadtstaaten	Berlin, Bremen, Hamburg
Ostdeutschland	Östliche Flächenländer (Neue Bundes- länder) und Berlin
Westdeutschland, Alte (Bundes)länder	Westliche Flächenländer, Bremen und Hamburg
Früheres Bundesgebiet	Westdeutschland und Berlin-West
Ehemalige DDR	Östliche Flächenländer und Berlin-Ost

Sofern eine andere Zuordnung von Berlin getroffen werden musste, ist dies vermerkt.

Alle Kartendarstellungen zeigen die Kreise und kreisfreien Städte der Bundesländer. Die einzige Ausnahme bildet die Karte „Armutsgefährdungsquote (Bundesmedian) 2013“ auf Seite 74: Hier wurde eine Untergliederung in Regierungsbezirke beziehungsweise Statistische Regionen vorgenommen.

Bevölkerung



Die neuen Länder haben nach der deutschen Vereinigung mehr als **zwei Millionen Menschen** verloren.

Die **Abwanderung** aus dem Osten lässt immer weiter nach – Ältere wandern verstärkt nach Ostdeutschland.

In Ostdeutschland schreitet die **Alterung der Gesellschaft** schneller voran.

In den alten Ländern und Berlin ist der Anteil der Menschen mit **Migrationshintergrund** an der Bevölkerung erheblich höher als in den neuen Ländern.

Das **Familienmodell „Ehe“** geht bundesweit zurück – es gibt mehr unverheiratete Eltern und Alleinerziehende.

Bevölkerungsentwicklung

Gesamtzahl stabil, aber Verschiebungen in den Bundesländern

In Deutschland lebten Ende 2013 rund 81 Millionen Menschen. Der Siedlungsschwerpunkt liegt im Westen und Süden des Landes: Mehr als die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands lebte in Nordrhein-Westfalen (22 %), Bayern (16 %) und Baden-Württemberg (13 %). Dagegen hatten nur zwölf Millionen Menschen (15 %) ihre Heimat in den ostdeutschen Flächenländern.

In den 25 Jahren nach der Wende hat sich die Verteilung der Bevölkerung auf diese Siedlungsschwerpunkte verfestigt. Ende 1991 entfiel auf die neuen Länder noch ein Anteil von 18 % der Bevölkerung. 2013 lebten hier zwei Millionen Menschen weniger. Dies lag an der hohen Abwanderung und dem hohen Geburtendefizit in den neuen Ländern. Die größten prozentualen Bevölkerungsverluste gab es in Sachsen-Anhalt (– 20,5 %), Thüringen (– 16,0 %) und Mecklenburg-Vorpommern (– 15,6 %). Absolut gesehen war in Sachsen der Einwohnerrückgang am höchsten (– 633 000 Personen).

Bevölkerungsentwicklung

	1991	2013	Veränderung in %
	in 1 000		
Baden-Württemberg	10 002	10 631	6,3
Bayern	11 596	12 604	8,7
Berlin	3 446	3 422	– 0,7
Brandenburg	2 543	2 449	– 3,7
Bremen	684	657	– 3,8
Hamburg	1 669	1 746	4,6
Hessen	5 837	6 045	3,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 892	1 597	– 15,6
Niedersachsen	7 476	7 791	4,2
Nordrhein-Westfalen	17 510	17 572	0,4
Rheinland-Pfalz	3 821	3 994	4,5
Saarland	1 077	991	– 8,0
Sachsen	4 679	4 046	– 13,5
Sachsen-Anhalt	2 823	2 245	– 20,5
Schleswig-Holstein	2 649	2 816	6,3
Thüringen	2 572	2 161	– 16,0
Deutschland	80 275	80 767	0,6
Östliche Flächenländer	14 509	12 498	– 13,9
Westliche Flächenländer	59 967	62 444	4,1
Stadtstaaten	5 798	5 826	0,5

Stand: jeweils 31.12.

1991: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen.

2013: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

In den westlichen Flächenländern nahm die Bevölkerung hingegen um gut 4 % zu. Auch hier gab es ein Geburtendefizit, aber die Zuwanderungen aus den neuen Ländern und vor allem aus dem Ausland glichen dies aus. Bayern verzeichnete mit 8,7 % das stärkste Bevölkerungswachstum. Seit 1991 haben mehr als eine Million Menschen in diesem Bundesland eine neue Heimat gefunden.

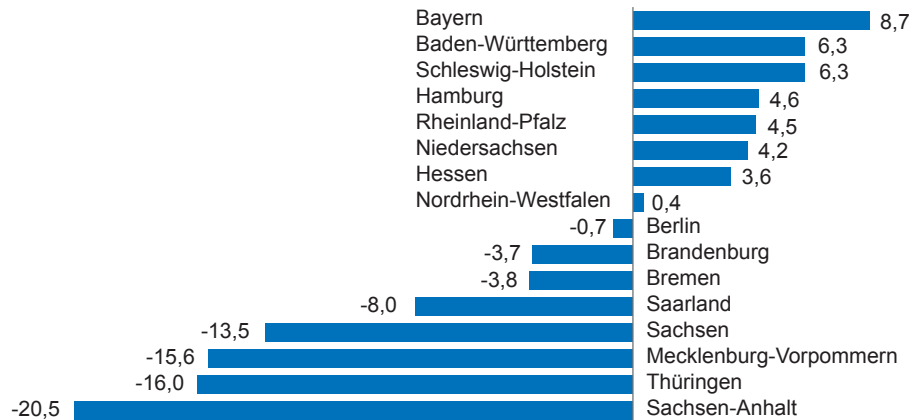
Bevölkerungsentwicklung

Sie beschreibt die Veränderung des Bevölkerungsstandes innerhalb eines bestimmten Zeitraums, zum Beispiel während eines Jahres, und ergibt sich aus der Differenz der Geburten und Sterbefälle. Hinzu kommt für Deutschland als Ganzes der Migrationssaldo, also die Differenz zwischen der Zuwanderung und den Fortzügen ins Ausland. Aus Ländersicht ist der Saldo der Binnenwanderungen innerhalb des Bundesgebietes über die Ländergrenzen hinweg zu berücksichtigen.

Von den Stadtstaaten konnte nur Hamburg zwischen 1991 und 2013 ein deutliches Bevölkerungsplus (+ 4,6 %) verbuchen.

Veränderung der Einwohnerzahlen 2013 gegenüber 1991

in %



Bevölkerungsdichte

Unterschiedliche Raumstrukturen: Verdichtung im Westen, viel Platz im Osten

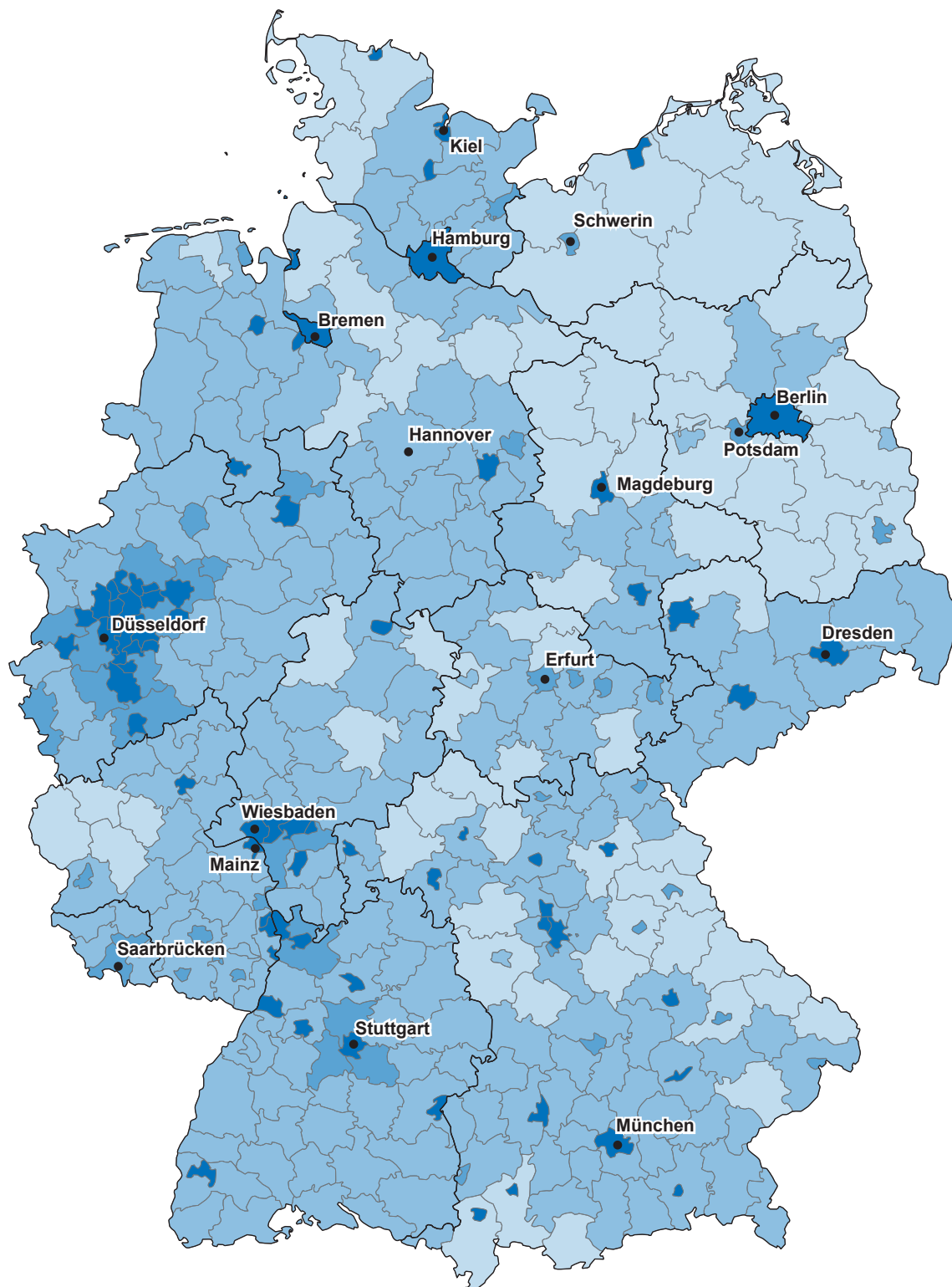
Deutschland ist von sehr unterschiedlichen, historisch gewachsenen Raumstrukturen geprägt. Die frühe Industrialisierung hat vor allem im Süden und Westen Deutschlands zu einer relativ hohen Bevölkerungsdichte geführt. Der eher landwirtschaftlich geprägte Norden und Osten Deutschlands ist dagegen relativ schwach besiedelt. Während der deutschen Teilung haben die Wirtschaftszentren im Westen Deutschlands ihre Stellung ausgebaut und viele Arbeitskräfte angezogen. Auch in Ostdeutschland gab es industriell geprägte Gebiete wie zum Beispiel das Sachsendreieck Chemnitz-Zwickau, Dresden und Halle-Leipzig. Viele Betriebsschließungen nach der deutschen Vereinigung führten zunächst aber zur Abwanderung der Bevölkerung, bis sich diese Regionen wirtschaftlich neu aufgestellt hatten.

Die östlichen Flächenländer wiesen 1991 mit durchschnittlich 135 Einwohnern je Quadratkilometer (km²) eine wesentlich geringere Bevölkerungsdichte auf als die westlichen Flächenländer (248). Dieser ohnehin geringe Wert im Osten hat bis 2013 weiter abgenommen (auf 116). In den westlichen Flächenländern ist die Bevölkerungsdichte entsprechend dem Wachstum der Bevölkerung auf 258 Einwohner je km² gestiegen.

Die am stärksten verdichteten Räume Deutschlands liegen im Ruhrgebiet, in den Ballungsgebieten Rhein-Main, Rhein-Neckar und der Region Stuttgart sowie in den Stadtstaaten. Die niedrigste Bevölkerungsdichte hatten 2013 Mecklenburg-Vorpommern (69 Einwohner je km²) und Brandenburg (83).

Bevölkerungsdichte 2013

Einwohner je km²



■ unter 100 ■ 100 bis unter 500 ■ 500 bis unter 1000 ■ 1000 und mehr

Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG 2013

Eigene Berechnungen aus den Ergebnissen des Gemeindeverzeichnisses (Fläche) 2013 und aus den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung 2013 auf Grundlage des Zensus 2011.

Bevölkerungsdichte

	Einwohner je km ²		Veränderung in %
	1991	2013	
Baden-Württemberg	280	297	6,1
Bayern	164	179	9,1
Berlin	3 876	3 838	– 1,0
Brandenburg	88	83	– 3,7
Bremen	1 691	1 568	– 7,3
Hamburg	2 209	2 312	4,7
Hessen	276	286	3,6
Mecklenburg-Vorpommern	80	69	– 13,8
Niedersachsen	158	164	3,8
Nordrhein-Westfalen	514	515	0,2
Rheinland-Pfalz	193	201	4,1
Saarland	419	386	– 7,9
Sachsen	255	220	– 13,7
Sachsen-Anhalt	138	110	– 20,3
Schleswig-Holstein	168	178	6,0
Thüringen	158	134	– 15,2
Deutschland	225	226	0,4
Östliche Flächenländer	135	116	– 14,1
Westliche Flächenländer	248	258	4,0
Stadtstaaten	2 831	2 820	– 0,4

Stand: jeweils 31.12.

1991: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen.

2013: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Auch die Verteilung der Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Bundesgebiet steht für den Unterschied zwischen der Verdichtung im Westen und der dünnen Besiedelung im Osten. Neben der Bundeshauptstadt Berlin, der einwohnerstärksten Stadt Deutschlands, weist der Osten mit Leipzig und Dresden nur zwei weitere Großstädte mit einer Bevölkerung von mehr als 500 000 Menschen auf. In allen weiteren städtischen Zentren der ostdeutschen Bundesländer wie Chemnitz, Halle, Magdeburg, Erfurt, Rostock, Potsdam und Jena leben zwischen 100 000 und 240 000 Menschen. Mit Köln, Düsseldorf, Dortmund, Essen und Duisburg liegt hingegen ein Drittel der 15 größten Städte Deutschlands in Nordrhein-Westfalen.

Die 15 größten Städte Deutschlands 2013

Stadt	Bevölkerung		Fläche in km ²	Land
	insgesamt	je km ²		
1 Berlin	3 421 829	3 838	891,68	Berlin
2 Hamburg	1 746 342	2 312	755,30	Hamburg
3 München	1 407 836	4 531	310,74	Bayern
4 Köln	1 034 175	2 553	405,01	Nordrhein-Westfalen
5 Frankfurt am Main	701 350	2 825	248,31	Hessen
6 Stuttgart	604 297	2 914	207,35	Baden-Württemberg
7 Düsseldorf	598 686	2 754	217,41	Nordrhein-Westfalen
8 Dortmund	575 944	2 052	280,71	Nordrhein-Westfalen
9 Essen	569 884	2 709	210,34	Nordrhein-Westfalen
10 Bremen	548 547	1 686	325,42	Bremen
11 Leipzig	531 562	1 787	297,39	Sachsen
12 Dresden	530 754	1 617	328,31	Sachsen
13 Hannover	518 386	2 539	204,15	Niedersachsen
14 Nürnberg	498 876	2 677	186,37	Bayern
15 Duisburg	486 855	2 091	232,80	Nordrhein-Westfalen

Städte mit 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr am 31.12.

Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Binnenwanderung

Abwanderung aus dem Osten lässt immer weiter nach

Der Fall der Mauer war der Startschuss für rege Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands. Ein Grund für viele Menschen aus den neuen Ländern ihre Heimat zu verlassen, waren die unsicheren ökonomischen Perspektiven nach dem Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft. Zwischen 1991 und 2013 fanden insgesamt 3,3 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus den neuen Ländern (ohne Berlin) in den alten Bundesländern ein neues Zuhause. Zeitgleich zogen aus den westdeutschen Bundesländern 2,1 Millionen Menschen in den Osten. Der jährliche Wanderungssaldo für die ostdeutschen Flächenländer gegenüber den alten Bundesländern war bis 2013 zwar stets negativ, das heißt, es zogen mehr Menschen aus dem Osten weg als zuzogen. Doch gerade in den letzten beiden Jahren hat sich der negative Saldo stark verringert (2012: – 14 900, 2013: – 10 500). Bezieht man in den Wanderungssaldo gegenüber Westdeutschland Berlin mit ein (+ 11 600), so sind 2013 erstmals seit der deutschen Vereinigung mehr Menschen aus dem Westen in die ostdeutschen Flächenländer und Berlin gezogen als umgekehrt (+ 1 151). Wie viele ostdeutsche Rückwanderer darunter waren, lässt sich statistisch nicht feststellen.

Ältere wandern verstärkt nach Ostdeutschland

Auch 2013 ist es immer noch die junge und mittlere Generation, welche den Osten Richtung Westen verlässt. So sind insbesondere die Wanderungsverluste der neuen Länder (ohne Berlin) gegenüber den alten Bundesländern bei den 25- bis unter 30-jährigen Menschen am höchsten (Saldo: – 6 661 Personen), gefolgt von den 30- bis unter 50-Jährigen (– 2 916). Ausschlaggebend dürften hier immer noch die besseren Erwerbsmöglichkeiten und Ausbildungschancen in Westdeutschland mit seinen zahlreichen Wirtschaftszentren sein.

Ein anderes Bild zeigt sich bei den älteren Jahrgängen: So verbuchten die ostdeutschen Flächenländer 2013 bei den 50- bis unter 65-Jährigen (+ 540 Personen) und bei den Senioren ab 65 Jahren (+ 338) gegenüber den alten Bundesländern leichte Wanderungsgewinne.

Wanderungssaldo zwischen den alten und den neuen Bundesländern sowie Berlin nach Altersgruppen 2013

Personen im Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Alte Länder			Neue Länder			Berlin		
	insge- samt	gegenüber		insge- samt	gegenüber		insge- samt	gegenüber	
		den neuen Ländern	Berlin		den alten Ländern	Berlin		den alten Ländern	den neuen Ländern
unter 18	1 304	902	402	1 895	– 902	2 797	– 3 199	– 402	– 2 797
18 – 25	– 4 569	896	– 5 465	– 4 842	– 896	– 3 946	9 411	5 465	3 946
25 – 30	2 631	6 661	– 4 030	– 8 652	– 6 661	– 1 991	6 021	4 030	1 991
30 – 50	1 149	2 916	– 1 767	1 247	– 2 916	4 163	– 2 396	1 767	– 4 163
50 – 65	– 925	– 540	– 385	2 031	540	1 491	– 1 106	385	– 1 491
65 und älter	– 741	– 338	– 403	1 404	338	1 066	– 663	403	– 1 066
Insgesamt	– 1 151	10 497	– 11 648	– 6 917	– 10 497	3 580	8 068	11 648	– 3 580

Unterschiedliche Abwanderungssituation in den ostdeutschen Bundesländern

Nach wie vor sind die ostdeutschen Flächenländer unterschiedlich stark von der Abwanderung betroffen: So war 2013 der Wanderungssaldo gegenüber den alten Bundesländern für Sachsen nahezu ausgeglichen (– 465 Personen), während er für Thüringen (– 3 671) und Sachsen-Anhalt (– 2 874) deutlicher im negativen Bereich lag. Als westliches Zielland (ohne Berlin) lag 2013 Bayern an der Spitze (21 400 Zuzüge), gefolgt von Niedersachsen (19 100) und Nordrhein-Westfalen (15 900). Dabei spielt die räumliche Nähe der einzelnen Bundesländer zueinander eine wichtige Rolle. So gingen 29 % der Fortzüge aus Thüringen nach Bayern, aber auch 18 % in das angrenzende Bundesland Hessen. In Sachsen-Anhalt wählten sogar 36 % der Abgewanderten das Nachbarland Niedersachsen zum Ziel. In Mecklenburg-Vorpommern entfielen 24 % der Fortzüge auf Schleswig-Holstein und 20 % auf Hamburg.

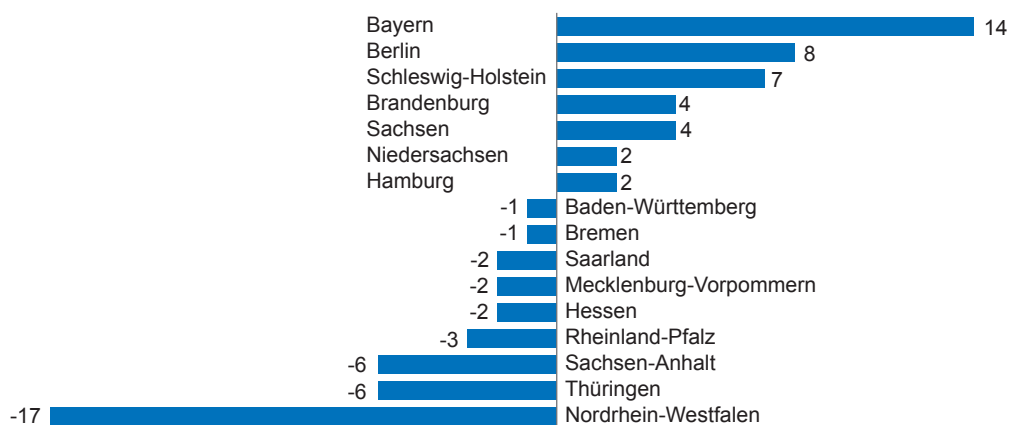
Diejenigen Menschen, die aus dem Westen in den Osten Deutschlands wanderten, hatten 2013 überwiegend ein Ziel: Berlin. Dorthin zog es 35 % der West-Ost-Wanderer. Von den östlichen Flächenländern liegt Sachsen mit einem Anteil von 19 % an der Spitze, gefolgt von Thüringen (13 %), Sachsen-Anhalt (12 %), Mecklenburg-Vorpommern (11 %) und Brandenburg (10 %).

Gesamtdeutsches Wanderungsgeschehen: Bevölkerungsgewinne für Bayern und Berlin

Betrachtet man das Wanderungsgeschehen zwischen allen Bundesländern und nicht nach dem Ost-West-Schema, so ist die Abwanderung mittlerweile nicht mehr für alle östlichen Flächenländer ein Thema: Brandenburg und Sachsen gewinnen an Bevölkerung. Spitzenreiter bei den Bevölkerungsverlusten ist mit Nordrhein-Westfalen (– 16 700 Personen) ein westliches Flächenland.

Saldo der Wanderungen zwischen den Bundesländern 2013

in 1 000



Ergebnisse der Wanderungsstatistik.

Großstädte und Universitätsstädte beliebt bei jungen Erwachsenen

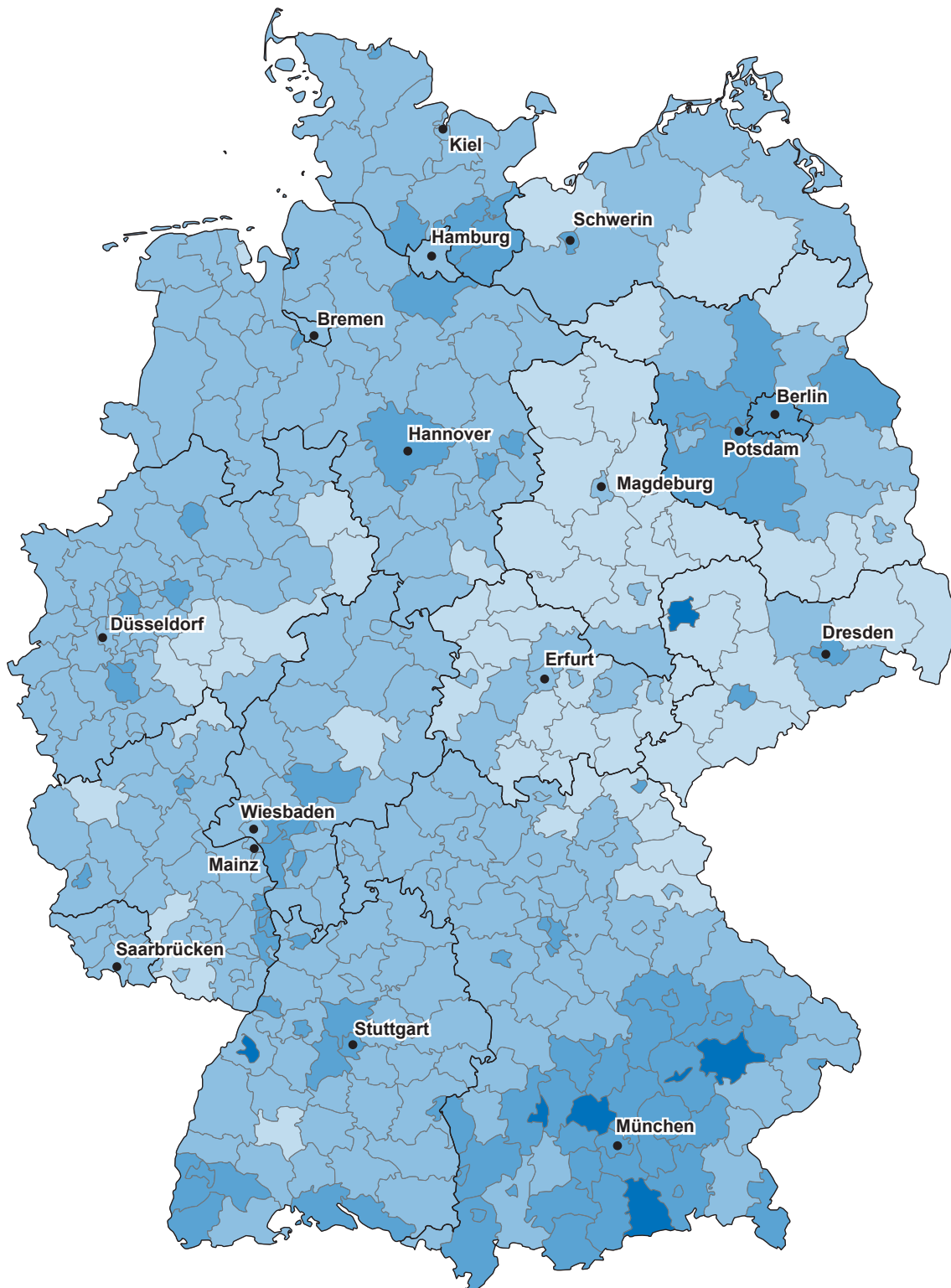
Wird der Saldo der Gesamtwanderung (also der Wanderungen innerhalb Deutschlands sowie der Wanderungen mit dem Ausland) noch kleinräumiger betrachtet, wird deutlich, dass vor allem Universitätsstädte und Großstädte in Westdeutschland von der Mobilität insbesondere der jüngeren Bevölkerung profitieren. Als einzige ostdeutsche Stadt ist Leipzig in der Liste der zehn Kreise und Städte mit den höchsten Wanderungsgewinnen vertreten, gleichermaßen beliebt bei jungen Frauen wie auch jungen Männern. Verlierer dieser Entwicklung sind überwiegend Kreise in den ostdeutschen Flächenländern.

Saldo der Gesamtwanderung (Binnenwanderung und Außenwanderung) 2013 je 10 000 der 18- bis 29-Jährigen

	Kreise und kreisfreie Städte mit dem höchsten positiven Saldo	Anzahl	Kreise und kreisfreie Städte mit dem höchsten negativen Saldo	Anzahl
Frauen				
1	Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt	887	Osterode am Harz, Landkreis	– 605
2	München, Landeshauptstadt	819	Lüchow-Dannenberg, Landkreis	– 584
3	Leipzig, Stadt	781	Spree-Neiße, Landkreis	– 550
4	Düsseldorf, Kreisfreie Stadt	742	Elbe-Elster, Landkreis	– 526
5	Köln, Kreisfreie Stadt	707	Höxter, Kreis	– 458
6	Regensburg	676	Prignitz, Landkreis	– 436
7	Passau	663	Greiz, Kreis	– 435
8	Hannover, Landeshauptstadt	653	Vogelsbergkreis	– 393
9	Koblenz, Kreisfreie Stadt	651	Uckermark, Landkreis	– 391
10	Landshut	645	Coesfeld, Kreis	– 362
Männer				
1	Leipzig, Stadt	948	Spree-Neiße, Landkreis	– 494
2	Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt	897	Elbe-Elster, Landkreis	– 433
3	München, Landeshauptstadt	849	Greiz, Kreis	– 429
4	Regensburg	836	Bautzen, Landkreis	– 413
5	Darmstadt, Kreisfreie Stadt	803	Leipzig, Landkreis	– 371
6	Koblenz, Kreisfreie Stadt	764	Uckermark, Landkreis	– 354
7	Hannover, Landeshauptstadt	746	Kyffhäuserkreis	– 351
8	Aachen, Kreisfreie Stadt	730	Stendal, Landkreis	– 345
9	Landshut	705	Nordsachsen, Landkreis	– 343
10	Stuttgart, Landeshauptstadt, Kreisfreie Stadt	702	Erzgebirgskreis	– 333

Ergebnisse der Wanderungsstatistik.

Saldo der Gesamtwanderung (Binnen- und Außenwanderung) 2013
je 10 000 Einwohner



-56 bis unter 0
 0 bis unter 75
 75 bis unter 150
 150 bis 201

Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG 2013

Eigene Berechnungen aus den Ergebnissen der Wanderungsstatistik (Gesamtwanderungssaldo) 2013 und aus den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung 2013 auf Grundlage des Zensus 2011.

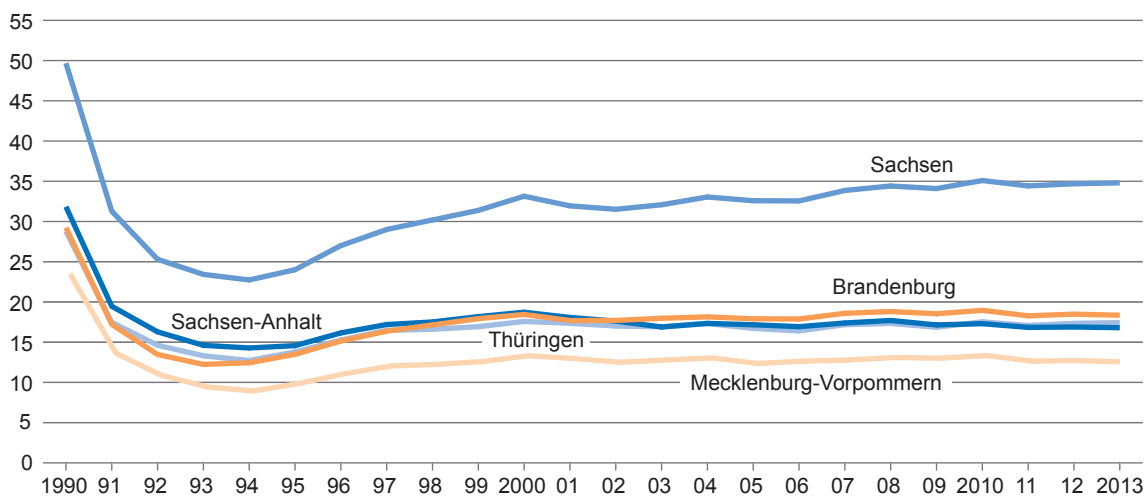
Geburtenentwicklung

Ostdeutsche Bundesländer: Geburtenzahlen haben sich stabilisiert

Die gesellschaftliche Umbruchsituation in Ostdeutschland und die einsetzende Abwanderung vieler jüngerer Menschen – vor allem Frauen – in den Westen hatte zur Folge, dass von 1990 bis 1994 die Zahl der Geburten in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) um mehr als die Hälfte von 163 000 auf 71 000 pro Jahr gesunken ist. Danach nahm die Zahl der Neugeborenen wieder leicht zu und seit 2000 erblicken in den ostdeutschen Bundesländern pro Jahr rund 100 000 Kinder das Licht der Welt.

Geburten in den ostdeutschen Bundesländern

in 1 000



In Westdeutschland lagen die Geburtenzahlen in den 1990er-Jahren stabil bei etwa 700 000 Geborenen pro Jahr. Seit 1998 nehmen die Geburten kontinuierlich ab und haben sich aktuell bei etwa 550 000 Geburten pro Jahr eingependelt. Der Geburtenrückgang in den vergangenen 25 Jahren fiel in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) mit knapp 39 % deutlich stärker aus als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) mit 22 %.

Gebäralter beim ersten Kind ist im Osten jetzt fast genauso hoch wie im Westen

Beim Geburtenverhalten der Frauen waren bei der deutschen Vereinigung aus historischen und gesellschaftlichen Gründen klare Unterschiede in Ost- und Westdeutschland vorhanden. So lag 1989 das durchschnittliche Alter von Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes in der ehemaligen DDR bei 22,9 Jahren; im früheren Bundesgebiet waren die Frauen bei der ersten Geburt mit 26,8 Jahren deutlich älter. Mit der Übernahme des westdeutschen Gesellschaftssystems fielen in den neuen Ländern die günstigen Rahmenbedingungen für junge Mütter aus den Zeiten der ehemaligen DDR weg – wie beispielsweise ein sicherer Arbeitsplatz, großzügige Familienförderung und eine umfassende Kinderbetreuung von klein auf. Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt, längere Zeiten für Ausbildung und die berufliche Etablierung führten dazu, dass sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die ostdeutschen Frauen nun wesentlich schwieriger gestaltete und sich in Folge das Geburtenverhalten nach der Wende schnell veränderte. Bei den ostdeutschen Müttern verschob sich das Gebäralter beim ersten Kind relativ schnell in den Altersbereich, in dem auch die westdeutschen Frauen im Schnitt ihr erstes Kind bekommen. Bis 2013 stieg das Gebäralter der ostdeutschen Mütter bei der ersten Geburt um mehr als fünf Jahre auf 28,1 Jahre an. In Westdeutschland liegt es aktuell bei 29,5 Jahren.

Alter der Mütter bei der ersten Geburt

Für Westdeutschland war bis 2008 lediglich bekannt, wie alt Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes in der bestehenden Ehe waren. Dieser Indikator war lange zuverlässig, da bis Anfang der 1990er-Jahre über 90 % der Kinder in einer Ehe geboren wurden. Aufgrund der steigenden Zahl außerehelicher Geburten wird seit 2009 das Alter der Mütter bei der ersten Geburt nach der sogenannten „biologischen Geburtenfolge“ ermittelt. Es bezieht sich auf das erste Kind im Leben einer Frau, unabhängig davon, ob sie zum Zeitpunkt der Geburt verheiratet war oder nicht. Für die neuen Länder (ohne Berlin-Ost) liegen Altersangaben nach der biologischen Geburtenfolge bis 1989 und ab 2009 vor.

Der Anteil außerehelicher Kinder steigt in allen Bundesländern gleichermaßen

Die andere Besonderheit beim Geburtenverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland bestand darin, dass im Osten schon vor der Wende sehr viel mehr Kinder außerhalb der Ehe geboren wurden. Nichteheleiche Lebensgemeinschaften wurden in der ehemaligen DDR gesellschaftlich anerkannt und Alleinerziehenden stand neben umfangreichen Sozialleistungen eine Vollversorgung bei der Kinderbetreuung zur Verfügung. Die Spanne des Anteils außerehelicher Geburten reichte 1991 von 37 % in Thüringen bis zu 45 % in Mecklenburg-Vorpommern. Anschließend ist der Anteil der außerehelichen Geburten in den neuen Ländern weiter bis auf derzeit 64 % (Sachsen-Anhalt) gestiegen.

In den westlichen Flächenländern betrug der Anteil der außerehelichen Geburten 1991 lediglich etwa 9 % (Baden-Württemberg) bis 14 % (Schleswig-Holstein). Nur in den Stadtstaaten war er auch damals schon etwas höher (je 21 % in Bremen und Hamburg, 30 % in Berlin). Ein gewandeltes Familienbild, eine veränderte Einstellung zur Ehe und zur Frauenerwerbstätigkeit haben im Westen seit der Vereinigung ebenfalls dazu geführt, dass der Anteil der außerehelich geborenen Kinder bis 2013 weiter angestiegen ist und gegenwärtig zwischen 24 % in Baden-Württemberg und 38 % in Schleswig-Holstein liegt. In Berlin hat heute bereits die Hälfte der Neugeborenen unverheiratete Eltern.

Geborene nicht verheirateter Eltern

	Anteil an allen Geborenen in %	
	1991	2013
Baden-Württemberg	9	24
Bayern	11	27
Berlin	30	51
Brandenburg	43	63
Bremen	21	40
Hamburg	21	38
Hessen	11	28
Mecklenburg-Vorpommern	45	63
Niedersachsen	12	32
Nordrhein-Westfalen	10	29
Rheinland-Pfalz	9	28
Saarland	10	31
Sachsen	39	60
Sachsen-Anhalt	44	64
Schleswig-Holstein	14	38
Thüringen	37	60
Deutschland	15	35

Als Geborene oder Geburten werden hier immer lebendgeborene Kinder verstanden.

Altersstruktur der Bevölkerung

In Ostdeutschland schreitet die Alterung der Gesellschaft schneller voran

Der demografische Wandel, insbesondere die Alterung der Gesellschaft, ist in ganz Deutschland in vollem Gang. Ein Vergleich der Altersstruktur der Bevölkerung 1991 und 2013 zeigt jedoch, dass die starke Abwanderung vor allem junger Menschen und der drastische Geburtenrückgang in den ersten Jahren nach der Wende in den ostdeutschen Flächenländern dazu geführt haben, dass die Gesellschaft dort viel schneller altert als im Rest des Landes. Zudem ist die Lebenserwartung in den ostdeutschen Flächenländern seit der Deutschen Einheit aufgrund verbesserter Lebens- und Arbeitsbedingungen einschließlich Infrastruktur und medizinischer Versorgung erheblich gestiegen. Den stärksten Anstieg gab es in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg.

Lebenserwartung bei Geburt

	Lebenserwartung bei Geburt 2010/2012		Abweichungen gegenüber 1993/1995	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
Baden-Württemberg	79,0	83,6	+ 4,5	+ 2,8
Bayern	78,3	83,1	+ 4,5	+ 3,1
Berlin	77,3	82,6	+ 5,4	+ 4,1
Brandenburg	76,9	82,7	+ 6,9	+ 4,7
Bremen	76,6	82,3	+ 4,2	+ 3,1
Hamburg	77,6	82,7	+ 4,3	+ 3,1
Hessen	78,4	83,0	+ 4,4	+ 3,1
Mecklenburg-Vorpommern	75,9	82,4	+ 7,1	+ 4,8
Niedersachsen	77,5	82,6	+ 4,2	+ 2,8
Nordrhein-Westfalen	77,4	82,4	+ 4,2	+ 3,0
Rheinland-Pfalz	77,8	82,7	+ 4,2	+ 2,9
Saarland	76,8	81,9	+ 4,5	+ 3,2
Sachsen	77,3	83,3	+ 5,9	+ 4,6
Sachsen-Anhalt	75,8	82,2	+ 5,5	+ 4,5
Schleswig-Holstein	77,8	82,5	+ 4,0	+ 2,8
Thüringen	76,8	82,6	+ 5,5	+ 4,5
Deutschland	77,7	82,8	+ 4,7	+ 3,3

1991 war in fast allen Bundesländern bis auf Bremen und Hamburg mehr als die Hälfte der Bevölkerung jünger als 40 Jahre. Insbesondere bei den unter 20-Jährigen hatten die neuen Länder unter allen Bundesländern die höchsten Anteile: Mecklenburg-Vorpommern 27 %, Brandenburg 26 %, Thüringen 25 %, Sachsen-Anhalt 24 % und Sachsen 23 %. Ende 2013 war mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland älter als 40 Jahre. Sechs Bundesländer erreichten bei den unter 40-Jährigen nicht einmal mehr die 40 %-Marke – neben dem Saarland betraf dies alle ostdeutschen Flächenländer.

Der Anteil der 40- bis unter 65-Jährigen an der Bevölkerung ist seit der deutschen Vereinigung in den ostdeutschen Flächenländern mit sieben Prozentpunkten etwas stärker gestiegen als in den westlichen Flächenländern (+ 5 Prozentpunkte). In Brandenburg gab es bei dieser Altersgruppe einen Zuwachs von 31 % auf 41 %, in Mecklenburg-Vorpommern gab es 2013 ebenfalls eine Zunahme in dieser Größenordnung auf 40 %.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren: Deren Anteil an der Bevölkerung in den ostdeutschen Flächenländern ist in den vergangenen 25 Jahren um zehn Prozentpunkte gestiegen und damit doppelt so stark wie in den westlichen Flächenländern. In Sachsen und in Sachsen-Anhalt stellt diese Altersgruppe heute fast ein Viertel der Bevölkerung.

Altersstruktur der Bevölkerung

in %

■ unter 20-Jährige ■ 20- bis unter 40-Jährige ■ 40- bis unter 65-Jährige ■ 65-Jährige und Ältere

Westliche Flächenländer



Östliche Flächenländer



Stadtstaaten



Die Entwicklung der Altersstruktur in den Stadtstaaten unterscheidet sich sehr deutlich von der in den Flächenländern – im Osten wie im Westen. Mit einem Anteil von 29 % an den Einwohnern stellen die 20- bis unter 40-Jährigen in den Stadtstaaten einen größeren Anteil als in den Flächenländern. 1991 hatte der Anteil dieser Altersgruppe zwar noch bei 33 % gelegen, aber der Rückgang (– 4 Prozentpunkte) fiel weniger stark aus als in den Flächenländern in Ost und West (jeweils – 8 Prozentpunkte). Große Städte mit ihrem vielfältigen Angebot an Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten ziehen junge Menschen an und können so ihre Altersstruktur „jung“ halten. Entsprechend ist der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Bevölkerung der Stadtstaaten mit 19 % niedriger als in den Flächenländern.

Durchschnittsalter der Bevölkerung

	1991	2013	Differenz in Jahren
	in Jahren		
Baden-Württemberg	38,7	43,2	4,5
Bayern	39,2	43,4	4,2
Berlin	39,2	42,8	3,6
Brandenburg	37,5	46,6	9,1
Bremen	41,3	44,0	2,7
Hamburg	41,5	42,4	0,9
Hessen	40,0	43,7	3,7
Mecklenburg-Vorpommern	36,3	46,3	10,0
Niedersachsen	39,8	44,2	4,4
Nordrhein-Westfalen	39,7	43,9	4,2
Rheinland-Pfalz	39,9	44,4	4,5
Saarland	40,4	46,0	5,6
Sachsen	39,8	46,6	6,8
Sachsen-Anhalt	38,8	47,3	8,5
Schleswig-Holstein	40,2	44,8	4,6
Thüringen	38,3	46,7	8,4
Deutschland	39,4	44,2	4,8

Stand: jeweils 31.12.

1991: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen.

2013: Vorläufiges Ergebnis auf Grundlage der endgültigen Zensusergebnisse 2011.

Der Alterungsprozess in den einzelnen Bundesländern lässt sich auch am Durchschnittsalter der Bevölkerung ablesen. In den östlichen Flächenländern lag es 2013 weit über dem Durchschnittswert für Deutschland (44,2 Jahre). 1991 war es noch umgekehrt: So hatte damals beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern mit 36,3 Jahren das niedrigste Durchschnittsalter unter den Bundesländern. Seither ist es um zehn Jahre auf 46,3 Jahre gestiegen. In den Stadtstaaten hat sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung als Folge des stetigen Zuzugs junger Menschen am wenigsten stark erhöht.

Altenquotient

Eine Gesellschaft altert, wenn die Menschen länger leben und es gleichzeitig einen Mangel an jungen Menschen gibt. Dann steigt der relative Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung. Als Maß für das Verhältnis älterer Menschen zu den Jüngeren in der Gesellschaft wird der Altenquotient herangezogen. Dieser bezieht die Anzahl der älteren Menschen ab 65 Jahren auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 bis unter 65 Jahren. Mit seiner Hilfe kann insbesondere abgeschätzt werden, wie sich die Versorgungslasten der erwerbsfähigen Bevölkerung gegenüber den älteren, auf Versorgung angewiesenen Menschen entwickeln. Je höher der Altenquotient, desto höher ist der Anteil derer, die von den potenziell erwerbsfähigen Personen versorgt werden müssen.

Zwischen 1991 und 2013 ist der Altenquotient in Deutschland von 24 auf 34 gestiegen, das heißt, 100 Personen im erwerbsfähigen Alter müssen heute 34 ältere Menschen versorgen. In allen östlichen Flächenländern liegen die Altenquotienten deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die höchsten Altenquotienten gab es in Sachsen und in Sachsen-Anhalt (jeweils 41). In den östlichen Flächenländern liegen auch fünf der zehn Kreise und kreisfreien Städte mit den höchsten Altenquotienten. Der deutliche Anstieg des Altenquotienten gegenüber 1991 ist dabei insbesondere auf die massive Abwanderung und den drastischen Geburtenrückgang Anfang der 1990er-Jahre zurückzuführen. Die niedrigsten Altenquotienten gibt es in Berlin und in Hamburg: Dort kommen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter nur 30 Ältere, die es zu versorgen gilt.

Altenquotient in den Bundesländern 2013 gegenüber 1991



Altenquotient: 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige.

Wie folgt berechnet:

1991: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen.

2013: Vorläufiges Ergebnis auf Grundlage der endgültigen Zensusergebnisse 2011.

Altenquotient 2013

	Kreise und kreisfreie Städte mit den höchsten Altenquotienten	Kreise und kreisfreie Städte mit den niedrigsten Altenquotienten
1	Dessau-Roßlau, Kreisfreie Stadt 49,9	Heidelberg, Kreisfreie Stadt 23,9
2	Osterode am Harz, Landkreis 48,7	Freising, Landkreis 24,0
3	Suhl, Kreisfreie Stadt 48,5	Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt 24,0
4	Görlitz, Landkreis 47,6	Freiburg im Breisgau, Kreisfreie Stadt 24,2
5	Lüchow-Dannenberg, Landkreis 47,1	Vechta, Landkreis 24,9
6	Altenburger Land, Landkreis 47,0	Tübingen, Landkreis 25,1
7	Vogtlandkreis 46,9	Erding, Landkreis 25,2
8	Goslar, Landkreis 46,5	Münster, Kreisfreie Stadt 25,2
9	Ostholstein, Landkreis 46,3	Cloppenburg, Landkreis 26,1
10	Baden-Baden, Kreisfreie Stadt 46,0	Trier, Kreisfreie Stadt 26,7

Vorläufiges Ergebnis auf Grundlage der endgültigen Zensusergebnisse 2011.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

West und Ost mit eigener Migrationsgeschichte

Auch 25 Jahre nach dem Mauerfall unterscheiden sich die westlichen und die östlichen Bundesländer mit Blick auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr deutlich. Von den insgesamt 16,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland lebte 2013 der Großteil (87 %) in den westlichen Flächenländern. Auf die Stadtstaaten entfielen 10 % (1,6 Millionen) und in den östlichen Flächenländern wohnten insgesamt 569 000 Personen mit Migrationshintergrund (3 %).

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle Ausländer und eingebürgerte ehemalige Ausländer, alle nach 1949 als Deutsche auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderte sowie alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Die in diesem Text genannten Zahlen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund entsprechen dem „Migrationshintergrund im weiteren Sinn“ und stellen eine exakte Umsetzung dieser Definition dar.

Für die heutige regionale Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist vor allem die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte maßgeblich. Die Ausländer, die seit 1955 im früheren Bundesgebiet als Gastarbeiter angeworben wurden, ließen sich überwiegend in den industriellen Ballungsgebieten Süd- und Westdeutschlands nieder. So sind beispielsweise in Nordrhein-Westfalen die Siedlungsschwerpunkte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund häufig jene altindustriellen Gebiete, in denen sich die vormals großen Eisen- und Stahlwerke befanden. Um sie herum wurden die angeworbenen Gastarbeiter angesiedelt. Die wirtschaftsstarken Bundesländer Baden-Württemberg (27,9 %), Hessen (27,8 %) und Nordrhein-Westfalen (25,2 %) hatten 2013 die höchsten Anteile von Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung.

Personen mit Migrationshintergrund leben besonders häufig in Ballungsgebieten und Großstädten, denn dort lässt sich leichter ein Arbeitsplatz finden. In Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern stellten sie 2013 schon fast 30 % der Einwohnerschaft. Der Familiennachzug und die Tatsache, dass sich Zuwanderer gerne dort niederlassen, wo die eigenen Landsleute bereits leben, haben dazu geführt, dass sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund nicht gleichmäßig über ganz Deutschland verteilt, sondern auf bestimmte Siedlungsschwerpunkte konzentriert.

In den ostdeutschen Flächenländern hingegen lagen die Anteile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung 2013 jeweils zwischen 4 % und 5 %. Absolut betrachtet, lebten beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern 71 000 Personen mit Migrationshintergrund, während es in Nordrhein-Westfalen 4,4 Millionen Menschen waren.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2013

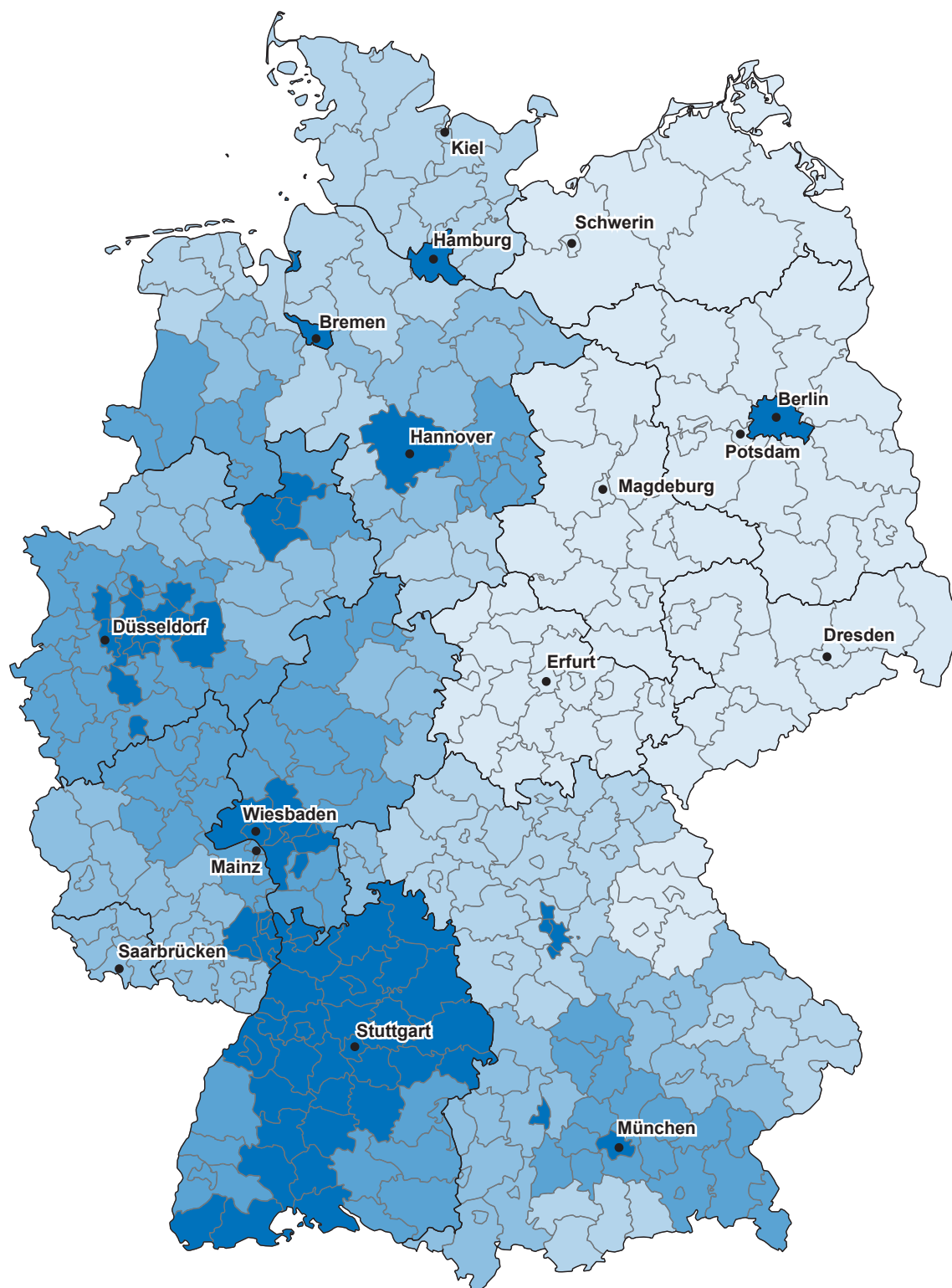
	Bevölkerung insgesamt	Darunter mit Migrationshintergrund	
		1 000	%
Baden-Württemberg	10 559	2 955	27,9
Bayern	12 556	2 589	20,6
Berlin	3 396	903	26,6
Brandenburg	2 488	123	5,0
Bremen	655	187	28,5
Hamburg	1 744	504	28,9
Hessen	6 029	1 678	27,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 598	71	4,4
Niedersachsen	7 784	1 391	17,9
Nordrhein-Westfalen	17 553	4 415	25,2
Rheinland-Pfalz	3 991	823	20,6
Saarland	992	172	17,3
Sachsen	4 044	190	4,7
Sachsen-Anhalt	2 250	97	4,3
Schleswig-Holstein	2 810	352	12,5
Thüringen	2 164	88	4,1
Deutschland	80 611	16 538	20,5

Ergebnisse des Mikrozensus.

Auch was die Herkunft der Bevölkerung mit Migrationshintergrund betrifft, gibt es große Unterschiede zwischen den west- und den ostdeutschen Bundesländern. Dies ist eng mit der Geschichte der beiden deutschen Staaten verknüpft: So hatte das frühere Bundesgebiet ab Mitte der 1950er-Jahre Anwerbeabkommen für Gastarbeiter mit Ländern wie Italien, Spanien, der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien geschlossen, die dringend für den Aufbau der westdeutschen Wirtschaft gebraucht wurden. In vielen westdeutschen Bundesländern und den Stadtstaaten stellen Türken heute die größte Gruppe unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund: In Berlin und in Bremen ist es jeweils ein Viertel, in Nordrhein-Westfalen sind es 22 %, in Hamburg 19 % sowie in Baden-Württemberg und Hessen jeweils 17 %.

Demgegenüber sind Mitbürgerinnen und Mitbürger türkischer Herkunft in den östlichen Flächenländern kaum zu finden. Hier spielen aus historischen Gründen andere Nationalitäten eine wichtige Rolle. Auch die ehemalige DDR benötigte zusätzliche Arbeitskräfte und schloss Ende der 1970er-Jahre entsprechende Anwerbeabkommen mit anderen sozialistischen Staaten, wie zum Beispiel Polen, Vietnam, Kuba, Angola oder Mosambik. Diese Vertragsarbeitskräfte wurden einem bestimmten Betrieb zugewiesen, lebten in Gemeinschaftsunterkünften und waren nicht in die DDR-Gesellschaft integriert. Eine Familienzusammenführung gab es nicht. Diejenigen, die nach der Wende entlassen wurden, hatten kein Bleiberecht, und der Großteil von ihnen kehrte in die Heimatländer zurück. 1991 zählte das Ausländerzentralregister in den fünf neuen Ländern etwa 111 000 ausländische Personen, das waren 1,9 % der ausländischen Bevölkerung in Deutschland. 2013 bildeten Vietnamesen nur noch in Sachsen-Anhalt (8 %) und Sachsen (7 %) eine größere Gruppe unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Stark vertreten in allen östlichen Flächenländern sind Personen polnischer Herkunft – hier reicht die Spanne von 8 % in Thüringen bis 21 % in Mecklenburg-Vorpommern.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2013
in % an der Gesamtbevölkerung



unter 10
 10 bis unter 15
 15 bis unter 20
 20 bis unter 25
 25 und mehr

Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG 2013

Eigene Berechnungen aus den Ergebnissen des Mikrozensus 2013.

Die größte Gruppe unter den Personen mit Migrationshintergrund in den östlichen Flächenländern bilden jedoch Menschen, die aus der ehemaligen Sowjetunion (Russischen Föderation, Kasachstan, Ukraine) stammen. Hier reichen die Anteile von 23 % in Thüringen bis 28 % in Sachsen. Viele von ihnen sind Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die nach ihrer Ankunft in Deutschland nach einem bestimmten Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer verteilt wurden. So reicht der Anteil der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von 20 % in Sachsen bis zu 30 % in Thüringen und weicht damit nicht systematisch vom Bundesdurchschnitt (26 %) ab.

Haushalte und Familien

Trend zu kleineren Haushalten in allen Bundesländern

Die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft und der steigende Anteil der älteren Bevölkerung lässt vor allem die Zahl der kleinen Haushalte deutlich steigen. 2013 gab es in Deutschland knapp 40 Millionen Privathaushalte, das waren 4,7 Millionen Haushalte mehr (+ 13 %) als 1991. Ein Anstieg der Haushaltszahlen war in allen Bundesländern mit Ausnahme Sachsen-Anhalts (– 3,4 %) zu beobachten. Dabei haben sich die 1991 noch deutlich unterschiedlichen Haushaltsstrukturen der ost- und westdeutschen Bundesländer bis 2013 einander angeglichen.

Entwicklung der Privathaushalte

	1991	2013	Veränderung in %
	in 1 000		
Baden-Württemberg	4 383	5 014	14,4
Bayern	4 995	6 123	22,6
Berlin	1 754	1 934	10,3
Brandenburg	1 039	1 238	19,2
Bremen	340	353	3,8
Hamburg	868	965	11,2
Hessen	2 566	2 937	14,5
Mecklenburg-Vorpommern	743	828	11,4
Niedersachsen	3 242	3 828	18,1
Nordrhein-Westfalen	7 732	8 519	10,2
Rheinland-Pfalz	1 620	1 887	16,5
Saarland	492	493	0,2
Sachsen	2 048	2 146	4,8
Sachsen-Anhalt	1 194	1 154	– 3,4
Schleswig-Holstein	1 184	1 403	18,5
Thüringen	1 054	1 109	5,2
Deutschland	35 256	39 933	13,3
Östliche Flächenländer	6 078	6 475	6,5
Westliche Flächenländer	26 214	30 205	15,2
Stadtstaaten	2 962	3 252	9,8

Ergebnisse des Mikrozensus.

Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

2013: Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis Zensus 2011.

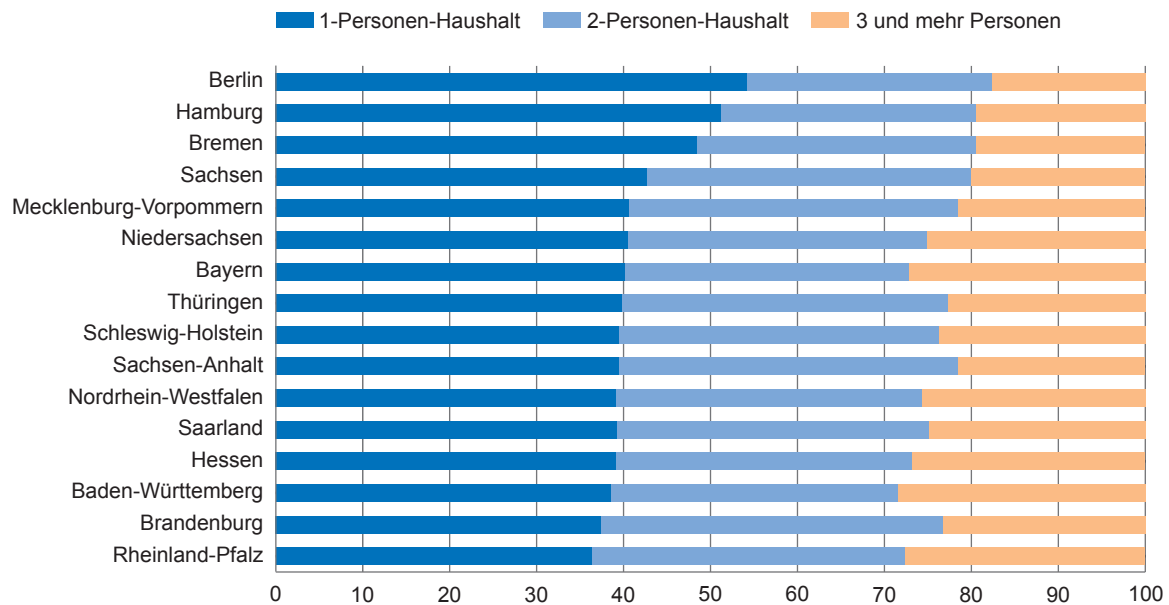
1991: Hochrechnung basiert auf den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen.

In allen Bundesländern ging zwischen 1991 und 2013 der Anteil der größeren Haushalte, in denen drei und mehr Personen gemeinsam leben und wirtschaften, zugunsten der Ein- und Zweipersonenhaushalte zurück. In Mecklenburg-Vorpommern war der Rückgang mit 26 Prozentpunkten am höchsten. Zweipersonenhaushalte nahmen deutschlandweit leicht zu. Den größten Zuwachs verbuchten Einpersonenhaushalte.

In den neuen Ländern war 1991 der Anteil der Einpersonenhaushalte noch relativ niedrig – er lag zwischen 24 % in Mecklenburg-Vorpommern und 29 % in Sachsen. Bis 2013 hat sich dieser Anteil stark erhöht und reicht von 37 % in Brandenburg bis zu 43 % in Sachsen.

Haushaltsgrößen 2013

in %



Ergebnisse des Mikrozensus.
Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.
2013: Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis Zensus 2011.

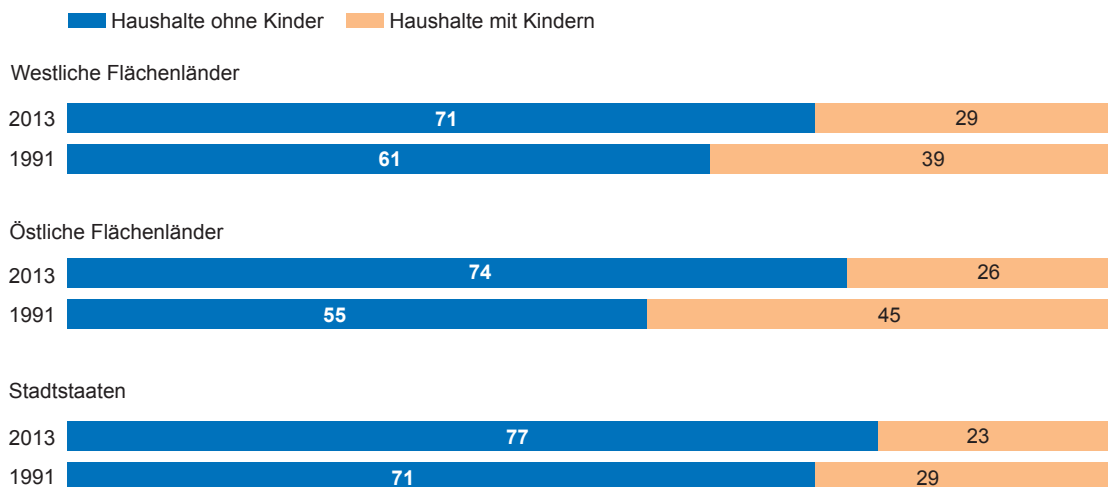
In den westlichen Flächenländern hatten die Einpersonenhaushalte 1991 mit 34 % bereits einen etwas höheren Anteil an allen Privathaushalten als in den neuen Ländern (27 %). Auch hier hat sich ihr Anteil bis 2013 erhöht, und zwar auf 39 % und war damit fast ähnlich hoch wie in den östlichen Flächenländern (40 %). Was die größeren Haushalte betrifft, lagen 2013 deren Anteile in den westlichen Flächenländern mit 27 % höher als in den östlichen Bundesländern (22 %) und in den Stadtstaaten (18 %).

Eine Sonderstellung hinsichtlich der Haushaltsgrößenstruktur haben die Stadtstaaten: 1991 bildeten Einpersonenhaushalte mit knapp 45 % bereits die größte Gruppe innerhalb der Privathaushalte. Bis 2013 ist deren Anteil weiter auf 53 % gestiegen.

Immer weniger Haushalte, in denen Kinder leben

Sinkende Kinderzahlen sind eine weitere Ursache für das beträchtliche Wachstum kleiner Haushalte. Die Zahl der Haushalte, in denen Kinder leben, nimmt stetig ab. So lag 2013 das Verhältnis von Haushalten ohne und mit Kindern in Deutschland bei grob 70 zu 30, während es 1991 noch bei 60 zu 40 gelegen hatte. Gerade in den östlichen Flächenländern, die damals noch die höchsten Anteile bei den großen Haushalten hatten, lagen die Anteile bei den Haushalten mit Kindern 1991 recht hoch. Die Spanne reichte von 41 % in Sachsen bis zu 52 % in Mecklenburg-Vorpommern. 2013 lebten hingegen nur noch in gut einem Viertel der Haushalte in den östlichen Flächenländern Kinder. Nur in den Stadtstaaten liegt der Anteil der Haushalte mit Kindern noch etwas niedriger (23 %).

Privathaushalte mit und ohne Kinder in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

2013: Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis Zensus 2011.

1991: Hochrechnung basiert auf den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen.

Wachsender Trend zur Ein-Kind-Familie in den östlichen Flächenländern

Betrachtet man die Zahl der Kinder in Privathaushalten, in denen minder- oder volljährige Kinder leben, so haben sich die Strukturen seit 1991 für Deutschland insgesamt kaum verändert. In über der Hälfte der Haushalte (52 %) lebte 2013 ein Kind, in 36 % lebten zwei Kinder und in etwa 12 % dieser Haushalte lebten drei und mehr Kinder. Diese Verteilung ist in den westlichen Flächenländern sowie den Stadtstaaten über die Jahre hinweg in etwa konstant geblieben. Drastische Veränderungen gab es hingegen in den östlichen Flächenländern: Dort ist der Anteil der Haushalte mit einem Kind zwischen 1991 und 2013 von 51 % auf 62 % angestiegen. Gleichzeitig ging der Anteil der Haushalte mit zwei Kindern um zehn Prozentpunkte auf 30 % zurück. Die östlichen Flächenländer hatten 2013 unter allen Bundesländern die höchsten Anteile an Haushalten mit nur einem Kind. Die Spanne reichte von 61 % in Sachsen bis zu 67 % in Sachsen-Anhalt.

Zahl der Kinder in Privathaushalten mit Kindern

	1991			2013		
	1 Kind	2 Kinder	3 und mehr Kinder	1 Kind	2 Kinder	3 und mehr Kinder
	%					
Baden-Württemberg	47,9	37,8	14,3	46,7	39,7	13,6
Bayern	48,9	37,4	13,7	49,8	37,9	12,3
Berlin	56,8	34,5	8,8	57,5	31,1	11,6
Brandenburg	48,8	41,9	9,3	63,4	29,9	6,4
Bremen	54,5	33,7	11,9	52,4	33,3	14,3
Hamburg	57,3	32,3	10,3	55,5	34,4	10,6
Hessen	51,4	36,6	11,9	52,0	37,0	11,1
Mecklenburg-Vorpommern	46,6	42,5	10,9	62,1	30,6	7,8
Niedersachsen	49,1	37,3	13,6	50,0	36,7	13,2
Nordrhein-Westfalen	51,8	35,2	13,0	50,1	37,0	12,9
Rheinland-Pfalz	51,4	37,0	11,5	52,1	36,1	12,0
Saarland	57,5	31,7	10,8	58,3	31,9	9,0
Sachsen	53,6	38,3	8,2	60,8	30,6	8,4
Sachsen-Anhalt	53,5	38,9	7,6	66,8	27,5	5,7
Schleswig-Holstein	52,4	35,6	12,2	51,2	36,0	12,6
Thüringen	51,8	40,2	7,8	63,5	30,1	6,4
Deutschland	50,9	37,1	12,0	52,3	36,0	11,7
Östliche Flächenländer	51,4	40,0	8,6	62,4	30,0	7,6
Westliche Flächenländer	50,3	36,6	13,2	49,9	37,4	12,6
Stadtstaaten	56,6	33,8	9,6	56,3	32,4	11,6

Ergebnisse des Mikrozensus.

Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

2013: Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis Zensus 2011.

1991: Hochrechnung basiert auf den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen.

Die Familie ist nicht mehr das dominierende Lebensmodell

Die Singularisierung und die Alterung der Gesellschaft sind mittlerweile so weit vorangeschritten, dass die Mehrheit der Menschen in Deutschland nicht mehr als Familie in einem Haushalt zusammenwohnt.

Die Zahl der Familien sank in Deutschland zwischen 1996 und 2013 von 9,4 Millionen auf 8,1 Millionen. Dieser Rückgang geht mit einem Anstieg der Paare ohne Kinder und der Alleinstehenden einher. 2013 lebte bereits weniger als die Hälfte der Bevölkerung (49 %) als Elternteil oder als Kind in einer Familie zusammen. 29 % lebten als Paare ohne Kind und 22 % waren alleinstehend.

1996 hatte die Familie insbesondere in den ostdeutschen Flächenländern einen weit aus größeren Stellenwert als heute: In Thüringen (61 %), Brandenburg (62 %) und Mecklenburg-Vorpommern (63 %) erreichte diese Lebensform unter allen Bundesländern die höchsten Werte. 2013 waren hingegen Hessen (51 %), Rheinland-Pfalz (51 %), Bayern (52 %) und Baden-Württemberg (53 %) die einzigen Bundesländer, in denen die Menschen mehrheitlich noch als Familie zusammenlebten.

Der Anteil der Paare ohne Kinder an der Bevölkerung in den neuen Ländern hat seit 1996 um neun Prozentpunkte auf 35 % zugenommen und liegt damit höher als in Westdeutschland (28 %) und den Stadtstaaten (25 %). Diese weisen unter allen Bundesländern den höchsten Anteil an Alleinstehenden auf: 2013 lebten dort 32 % der Bevölkerung entweder allein in einem Haushalt oder mit anderen Personen in Form einer Wohngemeinschaft zusammen.

Bevölkerung in Lebensformen

in %

Familien Paare ohne Kinder Alleinstehende

Westliche Flächenländer



Östliche Flächenländer



Stadtstaaten



Ergebnisse des Mikrozensus.

Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2013: Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis Zensus 2011.

1996: Hochrechnung basiert auf den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen.

Rückgang des Familienmodells „Ehe“ zugunsten anderer Familienformen

Das Familienleben in Deutschland hat sich seit 1996 erheblich gewandelt. Damals waren 81 % der Eltern verheiratet, 2013 waren es nur noch 70 %. Somit lebt fast jede dritte Familie in Deutschland heute nicht mehr nach dem klassischen Modell. 20 % der Mütter und Väter waren alleinerziehend und 10 % der Eltern zogen ihre minderjährigen Kinder in einer nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft auf. 1996 hatten die Lebensgemeinschaften einen Anteil von knapp 5 % an den Familien, bei den Alleinerziehenden waren es 14 %.

Familien

Familien sind hier als Eltern-Kind-Gemeinschaften definiert, bei denen mindestens ein Kind unter 18 Jahren im Haushalt lebt. Zu den Kindern zählen leibliche, aber auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder.

Der Anteil der Ehepaare an den Familien lag in den östlichen Flächenländern 2013 bei 52 %, während in den westlichen Flächenländern drei Viertel der Eltern verheiratet waren. Gleichzeitig ist in den östlichen Flächenländern der Anteil der Lebensgemeinschaften an den Familien am höchsten (22 %). In Rheinland-Pfalz (6 %) hingegen ist diese Familienform am seltensten. Verheiratete Eltern findet man am häufigsten in Baden-Württemberg (78 %), während die meisten Ein-Eltern-Familien in den Stadtstaaten leben (30 %). Auch in den östlichen Flächenländern liegt der Anteil der Alleinerziehenden an den Familien höher als in den westlichen Flächenländern.

Familien mit minderjährigen Kindern 2013 nach Familienformen

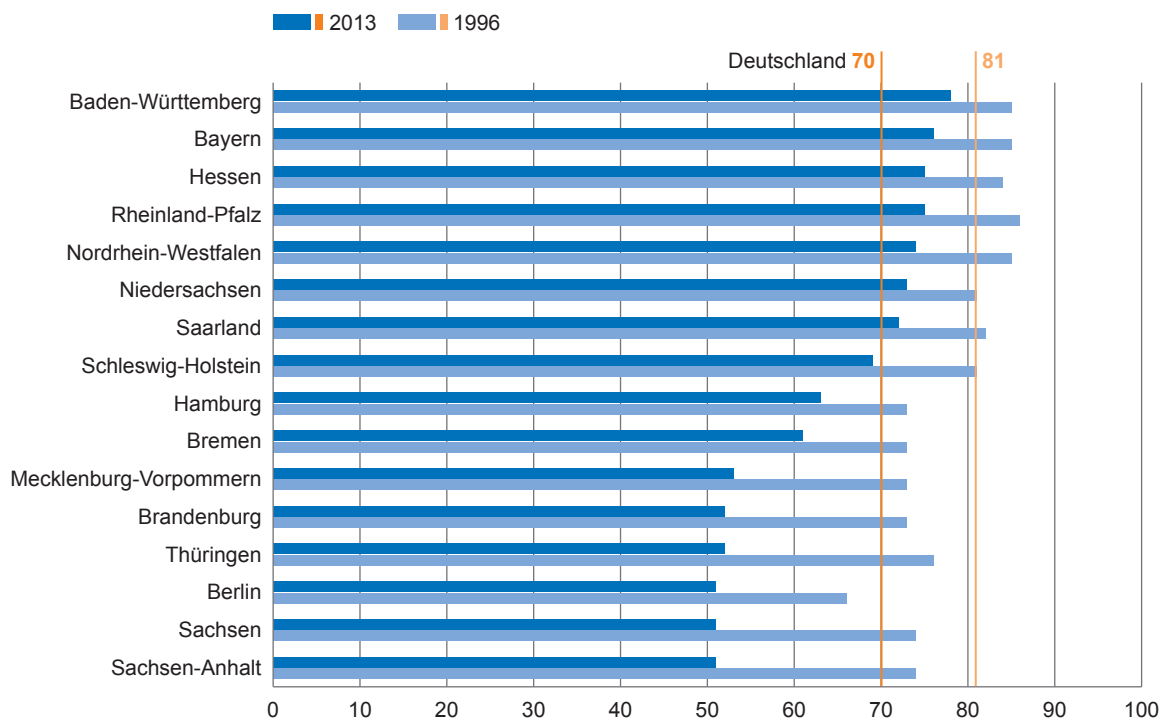
	Ehepaare	Lebensgemein- schaften	Allein- erziehende
	%		
Baden-Württemberg	77,6	6,7	15,7
Bayern	75,7	7,0	17,4
Berlin	50,8	17,4	32,1
Brandenburg	51,7	22,0	26,3
Bremen	60,7	9,8	29,5
Hamburg	63,2	10,5	26,9
Hessen	74,8	8,5	16,7
Mecklenburg-Vorpommern	52,7	20,5	26,7
Niedersachsen	72,7	8,2	19,1
Nordrhein-Westfalen	73,6	7,3	19,1
Rheinland-Pfalz	74,6	6,3	18,8
Saarland	72,3	7,4	20,2
Sachsen	51,5	23,2	25,6
Sachsen-Anhalt	50,7	23,4	26,3
Schleswig-Holstein	68,7	10,0	21,4
Thüringen	51,8	21,6	26,6
Deutschland	69,9	10,0	20,0
Östliche Flächenländer	51,6	22,4	26,2
Westliche Flächenländer	74,6	7,4	18,0
Stadtstaaten	55,6	14,5	30,2

Ergebnisse des Mikrozensus.

Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2013: Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis Zensus 2011.

Anteil der Ehepaare an Familien mit minderjährigen Kindern 2013 und 1996 in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2013: Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis Zensus 2011.

1996: Hochrechnung basiert auf den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen.

Wirtschaft



Die Wirtschaftsleistung in den neuen Bundesländern hat deutlich aufgeholt.

Die Wirtschaftsstrukturen in Ost und West gleichen sich an: Dienstleistungen auf dem Vormarsch.

Die Industrie in Ostdeutschland holt nach tiefem Einbruch wieder auf.

Strukturwandel in der Landwirtschaft: Konzentrationsprozess in den alten Ländern, Fortbestand großer Betriebe in den neuen Ländern.

Infrastruktureinrichtungen, zum Beispiel im Verkehrs- und Wissenschaftsbereich, sind in den neuen Ländern stark ausgebaut worden.

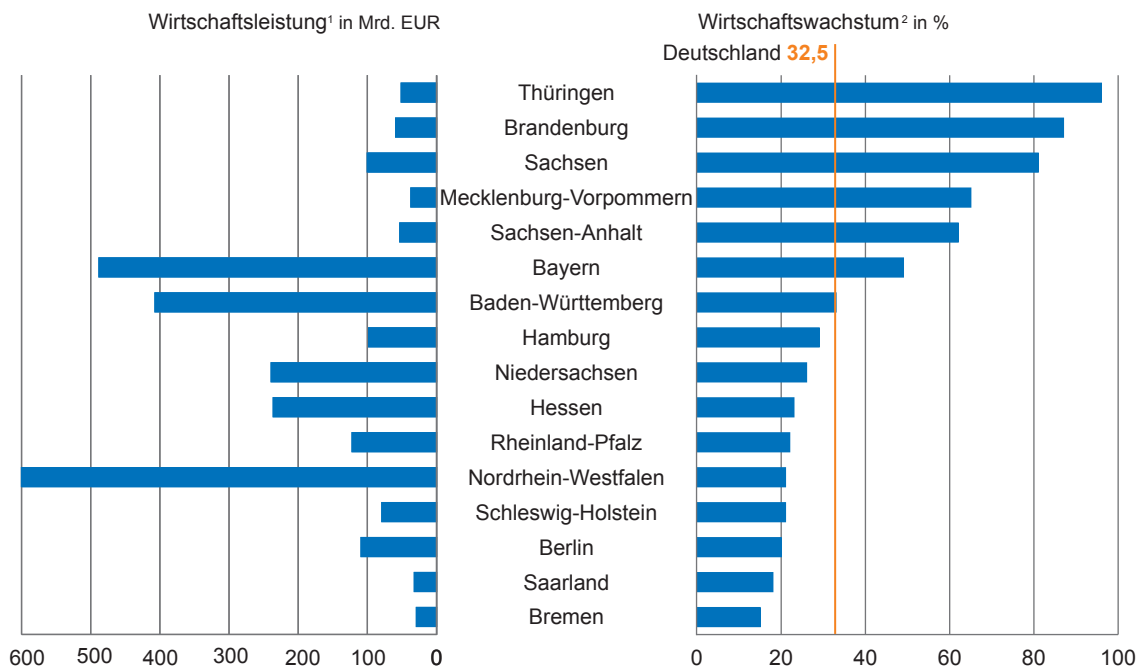
Besonders tiefgreifende Herausforderungen im Zuge der Wiedervereinigung ergaben sich aus den unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und der damit verbundenen Wirtschaftskraft in den alten und neuen Bundesländern. Aus heutiger Sicht wird deutlich, welche Fortschritte beispielsweise in der Wirtschaftsleistung, der Arbeitsproduktivität und im Ausbau der vielfältigen Infrastruktureinrichtungen wie etwa im Verkehrsbereich oder bei Bildung und Forschung erreicht wurden. Zugleich zeigt sich aber auch, dass es zwischen und in den 16 Bundesländern deutliche regionale Unterschiede gibt.

Bruttoinlandsprodukt und Wirtschaftswachstum

Enormer Aufholprozess in den neuen Bundesländern

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stellt ein zentrales Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft dar. Es betrug 1991 – bewertet mit den damaligen Preisen – in Deutschland fast 1 535 Milliarden Euro. Bis zum Jahr 2013 ist die Wirtschaftsleistung bundesweit auf rund 2 738 Milliarden Euro (Preise von 2013) angestiegen. Die neuen Bundesländer steuerten 1991 einschließlich Berlin rund 11 % des gesamten Bruttoinlandsprodukts bei, 2013 waren es fast 15 %. Bereinigt um die Preisentwicklung ist das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland seit der Wiedervereinigung um etwa ein Drittel angestiegen.

Wirtschaftsleistung 2013 und Wirtschaftswachstum 1991 bis 2013



1 Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

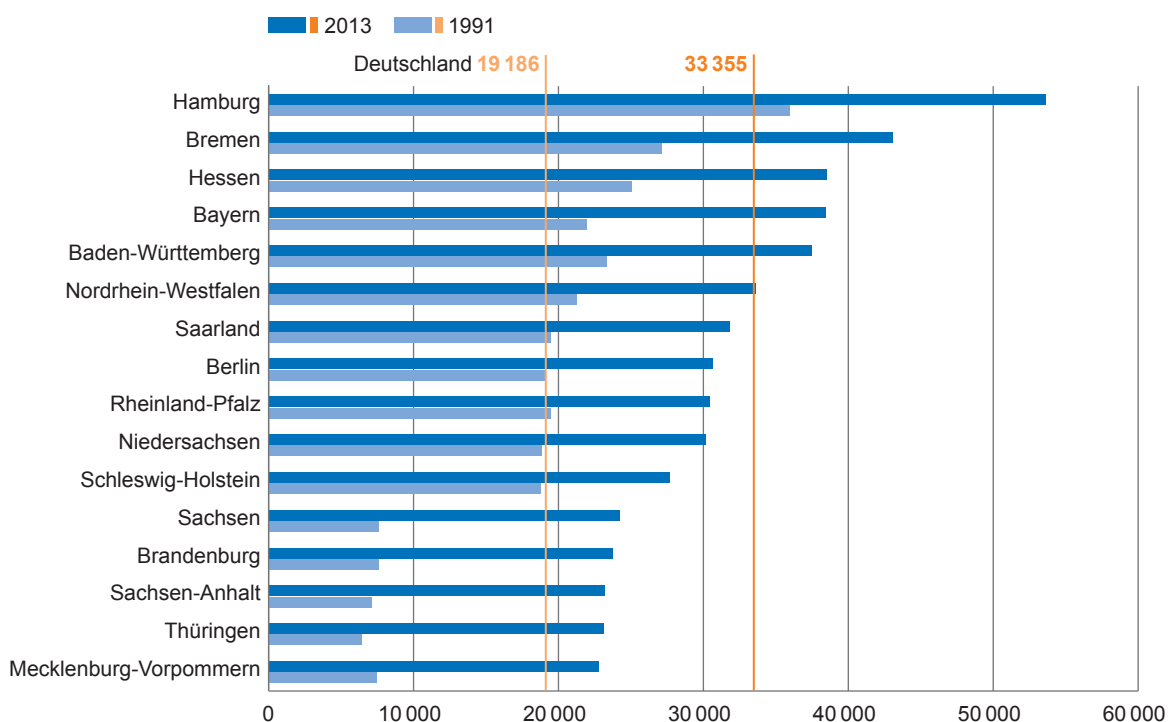
2 Veränderung des preisbereinigten, verketteten Bruttoinlandsprodukts 1991 bis 2013.

Aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus und eines deutlichen Aufholprozesses verzeichneten die neuen Bundesländer in den 1990er-Jahren enorme Wachstumsraten ihres Bruttoinlandsprodukts. Für den Zeitraum von 1991 bis 2000 lag Thüringen mit einem Plus von 73,9 % an der Spitze, gefolgt von Brandenburg (+ 68,5 %) und Sachsen (+ 58,6 %). Unter den alten Bundesländern lagen in dieser Zeit Bayern (+ 18,6 %), Hessen (+ 14,2 %) und Hamburg (+ 14,2 %) vorne. Damit befand sich Bayern über dem Bundesdurchschnitt von + 15,3 %, während die übrigen alten Bundesländer darunter platziert waren mit Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bremen als Schlusslichter. Im Vergleich der Jahre 2000 und 2013 relativiert sich der anfängliche Niveau-

effekt für die neuen Bundesländer. Als wachstumsstärkste Bundesländer erwiesen sich zwischen diesen Jahren Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen, die als einzige Bundesländer den Bundesdurchschnitt von knapp 15 % übertrafen. Demgegenüber befanden sich Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Sachsen-Anhalt am Ende der Rangskala.

Unter den 16 Bundesländern erbringen die nach der Einwohnerzahl größten Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg nach wie vor die höchste Wirtschaftsleistung. Der Wert der in diesen drei Bundesländern insgesamt erstellten Waren und Dienstleistungen belief sich 1991 auf knapp 855 Milliarden Euro und ist bis 2013 auf nahezu 1 495 Milliarden Euro angewachsen. Damit entfiel auf sie jeweils etwas mehr als die Hälfte (rund 55 %) des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts. Allein die Wirtschaftsleistung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen lag 2013 mit fast 600 Milliarden Euro noch etwas höher als das Bruttoinlandsprodukt der neuen Bundesländer zusammen zuzüglich der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg. Berücksichtigt man jedoch die unterschiedlichen Einwohnerzahlen der Bundesländer, so ergibt sich in der Abstufung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner ein anderes Bild. An der Spitze liegen hier nicht die bevölkerungsreichsten Bundesländer, sondern die Stadtstaaten Hamburg und Bremen, gefolgt von Hessen und Bayern. Zugleich zeigt sich trotz des enormen Aufholprozesses in den ostdeutschen Flächenländern nach wie vor ein deutliches Gefälle in der Wirtschaftsleistung pro Kopf im Vergleich zu den Ländern des früheren Bundesgebietes. Mit einem Bruttoinlandsprodukt zwischen rund 22 800 Euro und etwa 24 200 Euro pro Kopf befanden sich Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen auch 2013 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von nahezu 33 400 Euro je Einwohner. Zusammengenommen lag die Wirtschaftskraft je Einwohner in den neuen Flächenländern um rund ein Drittel niedriger als in den alten Bundesländern. Allerdings betrug dieser Rückstand 1991 noch etwa zwei Drittel.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2013 und 1991 in EUR



In jeweiligen Preisen.

Auch die Entwicklung des Wertes der Produktionsanlagen – des Bruttoanlagevermögens – in den neuen Bundesländern zeigt, welche enormen Anstrengungen unternommen wurden, um wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. So hat sich das Bruttoanlagevermögen in den neuen Flächenländern ausgehend von einem niedrigen Niveau seit Ende 1991 bis 2011 etwas mehr als verdreifacht, in den übrigen Bundesländern ist es auf das 1,8-fache angewachsen. Damit verfügten die neuen Bundesländer (ohne Berlin) 2011 über 12,8 % des gesamten Bruttoanlagevermögens in Deutschland gegenüber 7,5 % Ende 1991.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den wirtschaftlichen Gesamtwert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen, soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts im Zeitablauf – bereinigt um die Veränderung der Preise (preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt) – dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum in einem bestimmten Zeitraum. Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt wie auch zur Arbeitsproduktivität basieren auf den Berechnungen der Revision 2011.

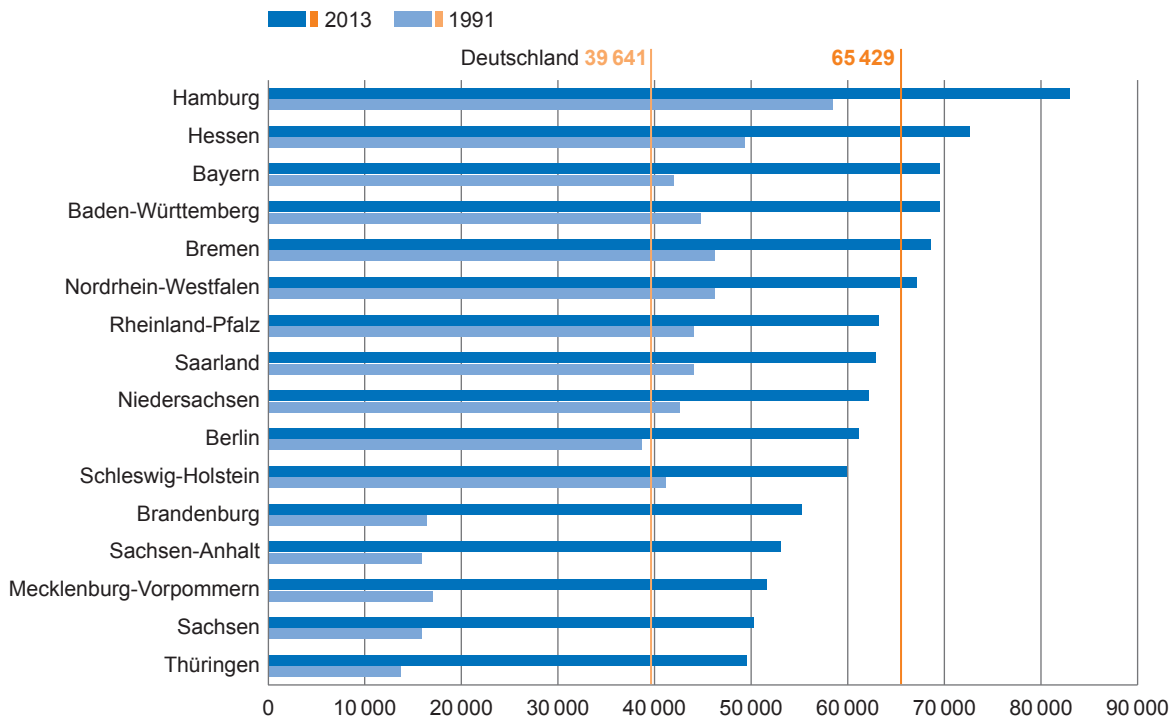
Datenquelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Arbeitsproduktivität

Hohe Dynamik in den neuen Bundesländern

Bezieht man die Wirtschaftsleistung auf die Zahl der Erwerbstätigen, so ergibt sich daraus ein Maß für die Arbeitsproduktivität. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen lag 1991 in den neuen Bundesländern rund zwei Drittel unter dem Wert für die alten Bundesländer. Bis 2013 hat sich dieser Abstand auf etwa ein Viertel verringert. Im Bundesdurchschnitt lag das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 2013 bei rund 65 400 Euro. Mit Hamburg (knapp 83 000 Euro) als Spitzenreiter standen insgesamt sechs Bundesländer über dem Bundesdurchschnitt, während die fünf neuen Bundesländer mit einer Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen von 55 200 Euro (Brandenburg) bis 49 500 Euro (Thüringen) das Ende der Rangskala bildeten. Gleichwohl weist die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den neuen Bundesländern eine hohe Dynamik auf. Das galt aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus besonders für die 1990er-Jahre, in denen sich die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen beispielsweise in Thüringen verdoppelt hat. Aber auch im Vergleich der Jahre 2000 und 2013 belegten die fünf neuen Bundesländer zusammen mit Bayern die ersten sechs Rangplätze. Hier führt Thüringen mit einem Plus von 16,7 % vor Bayern (+ 14,1 %) und Sachsen (+ 13,8 %). Während Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg bei diesem Zeitvergleich noch über dem bundesdurchschnittlichen Zuwachs von 8,2 % liegen, weisen Hessen, Berlin und Hamburg mit einem Plus von jeweils weniger als 2 % einen deutlichen Abstand auf.

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) 2013 und 1991 in EUR



In jeweiligen Preisen.

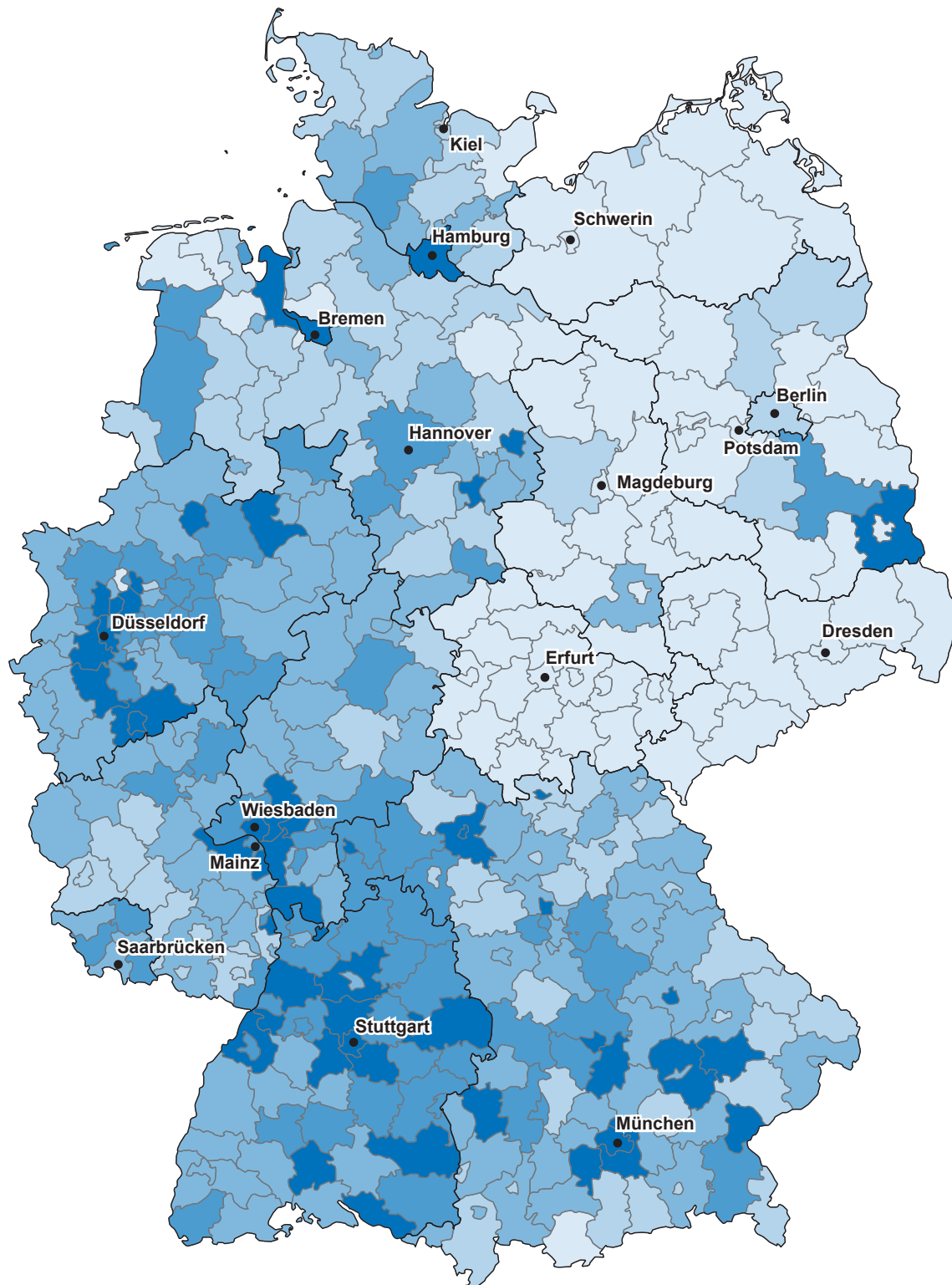
Angesichts der vielfältigen Flexibilisierungen auf dem Arbeitsmarkt – u. a. durch vermehrte Geringfügig- und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse – ist es zur Bewertung der Wirtschaftsleistung angebracht, auch das regional unterschiedliche und im Zeitablauf veränderte Arbeitszeitvolumen der Erwerbstätigen zu berücksichtigen. Dies geschieht durch die Berechnung der „Stundenproduktivität“ – des Bruttoinlandsprodukts je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen. Danach lag die Stundenproduktivität 2013 in den neuen Flächenländern mit etwa 35 Euro um nahezu 30 % unter dem Wert der alten Bundesländer (fast 50 Euro). Das höchste Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen wurde in Hamburg (58 Euro), Hessen (52 Euro) und Baden-Württemberg (knapp 51 Euro) erzielt. Die niedrigsten Werte wiesen Thüringen (33 Euro), Sachsen (fast 35 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (35 Euro) auf.

Regionale Unterschiede in den Bundesländern

Auch mit Blick auf die Stundenproduktivität verzeichneten die neuen Bundesländer zwischen den Jahren 2000 und 2013 eine größere Dynamik als das frühere Bundesgebiet. Mit rund 43 % lag der Zuwachs in den neuen Bundesländern deutlich höher als in den alten Bundesländern mit rund 32 %. Überdies zeigen sich auch ausgeprägte regionale Unterschiede auf der Ebene der Kreise innerhalb der Bundesländer. So gab es 2012 auch in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes eine Reihe von Kreisen, in denen die Stundenproduktivität unterhalb des Bundesdurchschnitts von rund 46 Euro lag. Gleichwohl betraf dies in den fünf neuen Bundesländern mit Ausnahme von zweien alle anderen Landkreise und kreisfreien Städte. Diese Ausnahmen bildeten die brandenburgischen Landkreise Dahme-Spreewald und Spree-Neiße. Die höchste Stundenproduktivität verzeichnete 2012 die kreisfreie Stadt Ingolstadt (fast 85 Euro), die niedrigste die kreisfreie Stadt Eisenach (knapp 27 Euro).

Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen 2012 in jeweiligen Preisen (Stundenproduktivität)

in EUR



unter 38 38 bis unter 42 42 bis unter 46 46 bis 50 50 und mehr

Dienstleistungen, Industrie, Landwirtschaft

Wirtschaftsstrukturen in Ost und West gleichen sich an: Dienstleistungen auf dem Vormarsch

Die Wirtschaftsstruktur in Deutschland hat sich historisch bedingt und entsprechend der regional vorherrschenden Standortfaktoren von Land zu Land unterschiedlich entwickelt. Auch heute bestehen trotz fortschreitender wirtschaftsstruktureller Angleichung noch deutliche Strukturunterschiede zwischen den Bundesländern.

Der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zur gesamten Wirtschaftsleistung wird durch deren Bruttowertschöpfung beschrieben. Der mit Abstand größte Wirtschaftsbe-
reich ist in allen Bundesländern der Dienstleistungssektor. Auf Länderebene variierten die Dienstleistungsanteile an der Bruttowertschöpfung im Jahr 2013 zwischen 61 % in Baden-Württemberg und 84 % in Berlin.

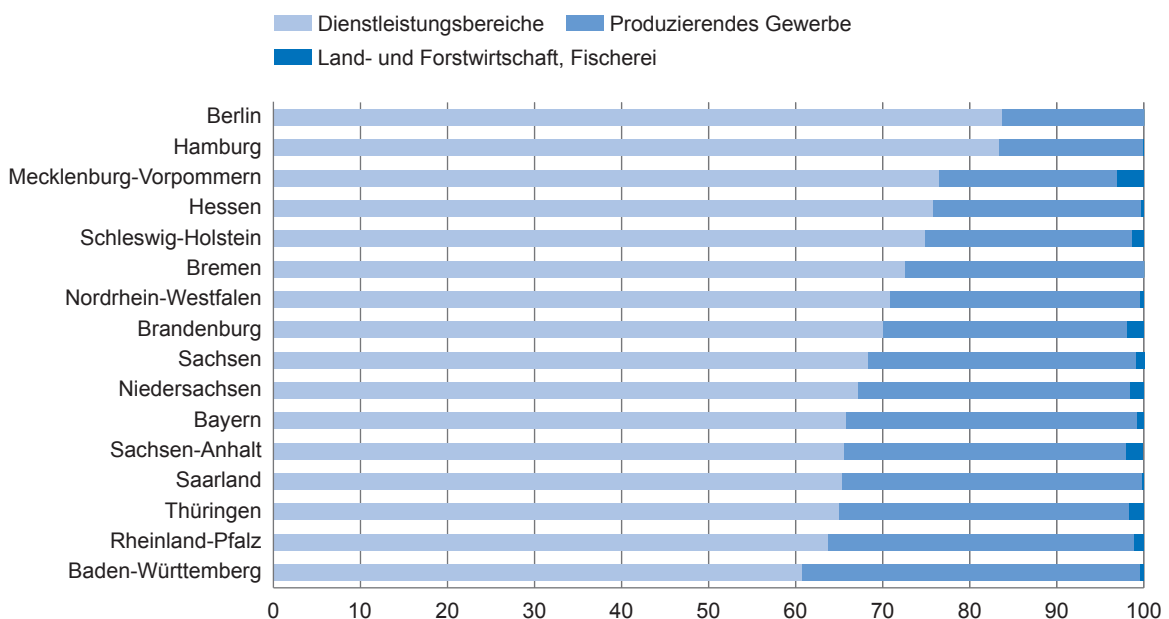
Unter den Flächenländern ist in Mecklenburg-Vorpommern und Hessen der Dienstleistungssektor am stärksten vertreten, wobei in Hessen insbesondere der Bankensektor und die Unternehmensdienstleister, zum Beispiel Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und Unternehmensberatung, dominieren. Insgesamt haben die Bereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister im Westen größere wirtschaftliche Bedeutung als im Osten. Sie erlangen allerdings auch hier zunehmende Geltung. Noch größeres Gewicht haben in den ostdeutschen Bundesländern die „Öffentlichen und sonstigen Dienstleister“ einschließlich Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen.

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung entspricht der innerhalb einer abgegrenzten Region insgesamt erbrachten wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftsbereiche. Sie wird rechnerisch aus der Differenz der Produktionswerte und der dabei eingesetzten Vorleistungen ermittelt und umfasst grundsätzlich alle erzeugten Waren und Dienstleistungen.

Datenquelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Bruttowertschöpfung 2013 nach Wirtschaftsbereichen in %



Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

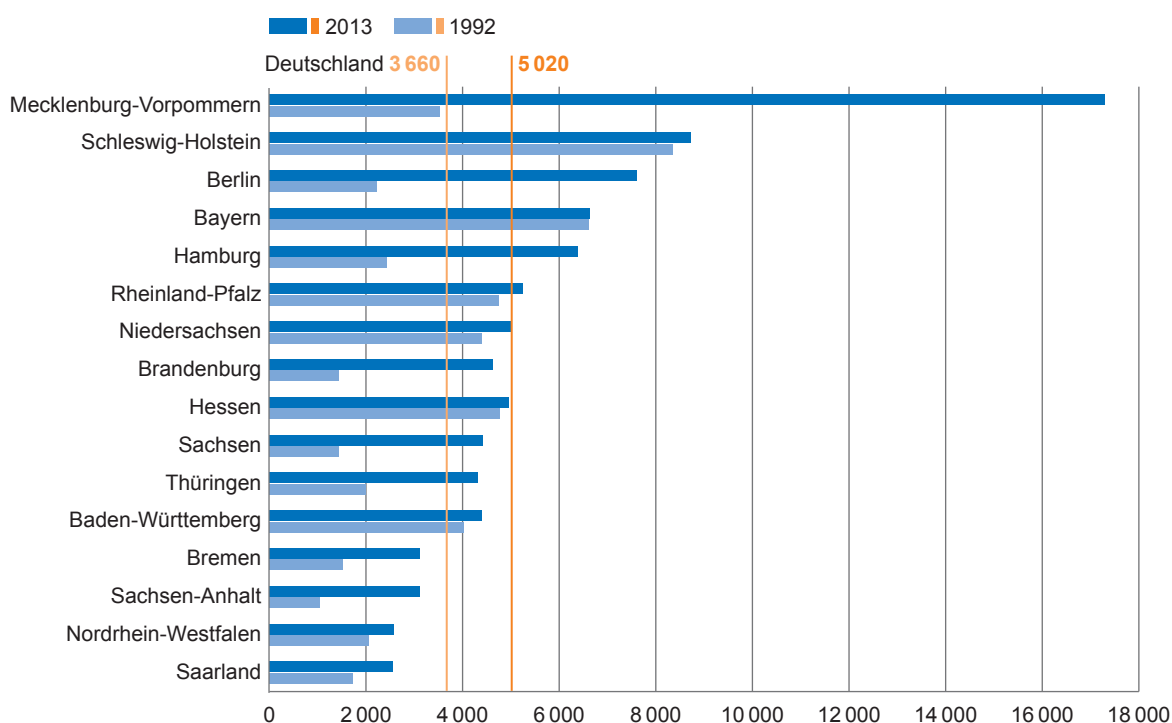
Wirtschaftsfaktor Tourismus: besonders bedeutsam in Mecklenburg-Vorpommern

Als zunehmend bedeutsamer Wirtschaftsfaktor erweist sich der Tourismus. Die Reisetätigkeit in die neuen Bundesländer, darunter besonders Mecklenburg-Vorpommern mit seiner Ostseeküste und dem Seenland, hat nach der Wende einen beachtlichen Aufschwung erlebt. Nach dem Mauerfall nutzten viele Touristen die Möglichkeit, die Landschaft, den Freizeitwert und die Kulturschätze in den neuen Bundesländern zu entdecken und der Osten der Republik wurde in den folgenden Jahren insbesondere für Urlauber aus dem eigenen Land immer beliebter. Die Zahl der Gästeübernachtungen in den ostdeutschen Flächenländern lag 2013 bei 74,6 Millionen und hatte damit einen Anteil an allen Gästeübernachtungen in Deutschland von rund 18 %. 1992 betrug der entsprechende Anteil nur 9,5 %. Allein in Mecklenburg-Vorpommern wurden 2013 über 28 Millionen Übernachtungen gezählt.

Nach der absoluten Zahl der Übernachtungen ist Bayern das Tourismusland Nummer eins in Deutschland. Die 84,2 Millionen Übernachtungen im Freistaat im Jahr 2013 entsprechen einem Anteil von 20,4 % aller Übernachtungen. Betrachtet man dagegen die relative Bedeutung des Tourismus für die einzelnen Bundesländer gemessen an der Zahl der Übernachtungen je 1 000 Einwohner, so liegt Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2013 mit 17 297 Übernachtungen je 1 000 Einwohner unangefochten an der Spitze.

Tourismusintensität 2013 und 1992

Übernachtungen je 1 000 Einwohner



Bevölkerung jeweils Stand 31.12.

Industrie in Ostdeutschland holt nach tiefem Einbruch wieder auf

Die Industrie ist trotz rückläufigem Anteil an der Bruttowertschöpfung noch immer eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft. Viele Dienstleistungen, wie zum Beispiel Ingenieurleistungen, Berater- und Entwicklungstätigkeiten, sind von der Industrieproduktion abhängig. Darüber hinaus gehört Deutschland zu den weltweit führenden Warenexportnationen. Der Außenhandel mit Waren trägt maßgeblich zum materiellen Wohlstand Deutschlands bei.

Das Verarbeitende Gewerbe war nicht nur im früheren Bundesgebiet von herausragender Bedeutung, sondern auch der wichtigste Wirtschaftsbereich der ehemaligen DDR. Sachsen und Thüringen waren Standorte des Maschinenbaus, der feinmechanischen und optischen Industrie. Um Halle, Merseburg und Bitterfeld konzentrierten sich Zweige der Chemieindustrie. Kohle- und Energiewirtschaft spielten eine wichtige Rolle: Die ehemalige DDR förderte riesige Braunkohlemengen südlich von Leipzig und in der Lausitz.

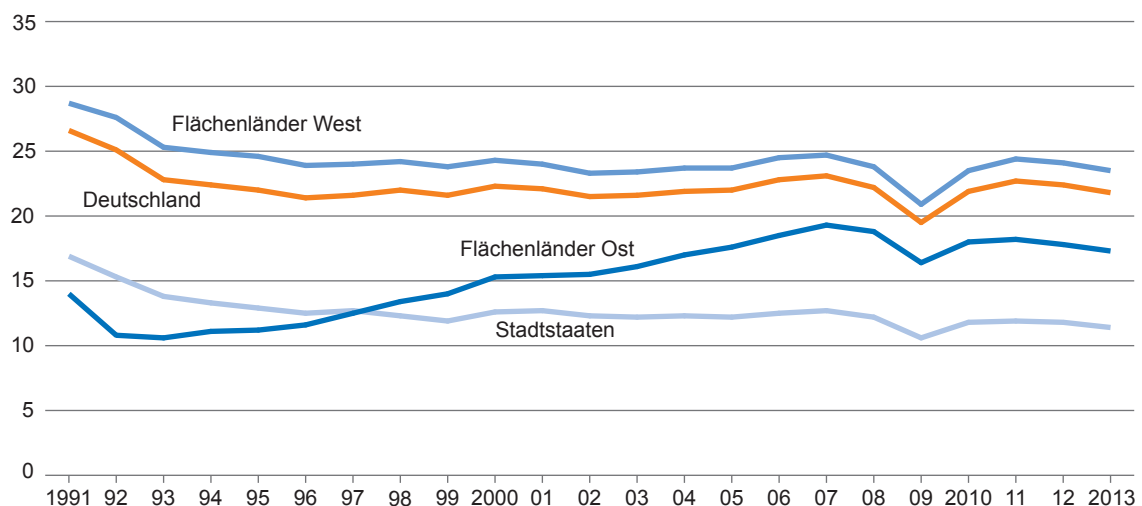
Im Zuge der deutschen Vereinigung verursachte der abrupte Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft in Verbindung mit dem Inkrafttreten der Währungsunion einen drastischen Einbruch der Industrieproduktion. Viele Erzeugnisse der DDR-Unternehmen waren nicht konkurrenzfähig und weder auf dem Binnenmarkt noch auf den ausländischen Märkten absetzbar.

Von dem Zusammenbruch erholte sich die Industrie nur langsam: 1992 lag der Beitrag der östlichen Flächenländer zur gesamtdeutschen Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes bei nur 3,5 %. 2013 betrug der entsprechende Anteil 8,7 %, wobei der höchste Wert vor Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 mit 9,4 % erzielt worden war. Die Reindustrialisierung gelang insbesondere in Thüringen, in Teilen Sachsens und Sachsen-Anhalts.

Der Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung hat sich in den östlichen Flächenländern nach dem anfänglichen Einbruch zu Beginn der 1990er-Jahre in den Folgejahren stabilisiert und lag 2013 bei gut 17 %. Dagegen hat sich der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes in den westlichen Flächenländern zwischen 1991 und 2013 von rund 29 % auf knapp 24 % verringert.

Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung

in %



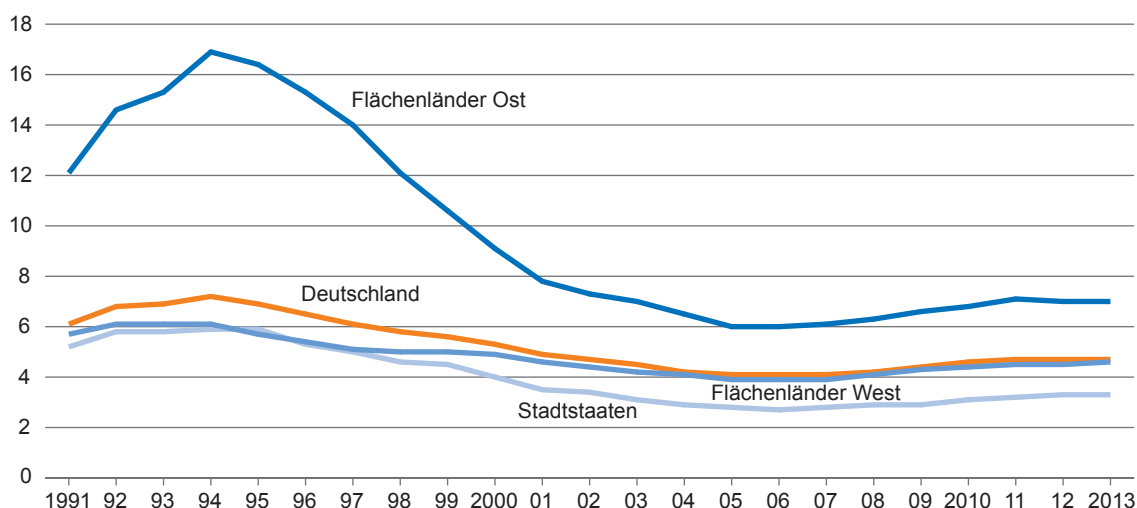
Das Baugewerbe und der „Aufbau Ost“

Das Baugewerbe war in den Jahren nach der deutschen Vereinigung eine wichtige Stütze der deutschen Wirtschaft. Insbesondere in den neuen Bundesländern boomte dieser Wirtschaftszweig. Der Aufbau der Infrastruktur sowie der Bau von Wohnungen und Gewerberäumen bescherten der Bauwirtschaft einen starken Aufschwung. In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) erhöhte sich die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes zwischen 1991 und 1995 um 160 %. Der Anteil des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung stieg im gleichen Zeitraum in den ostdeutschen Flächenländern von 12 % auf über 16 %.

Im Vergleich dazu verharrte der Anteil des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung in den westdeutschen Flächenländern zwischen 1991 und 1995 bei rund 6 %.

Anteil des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung

in %



Mitte der 1990er-Jahre brach die Bauproduktion ein. Der Anteil des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung liegt in Ostdeutschland auch heute noch über dem entsprechenden Wert in Westdeutschland.

Landwirtschaft: Große Betriebe im Nordosten, kleine im Südwesten

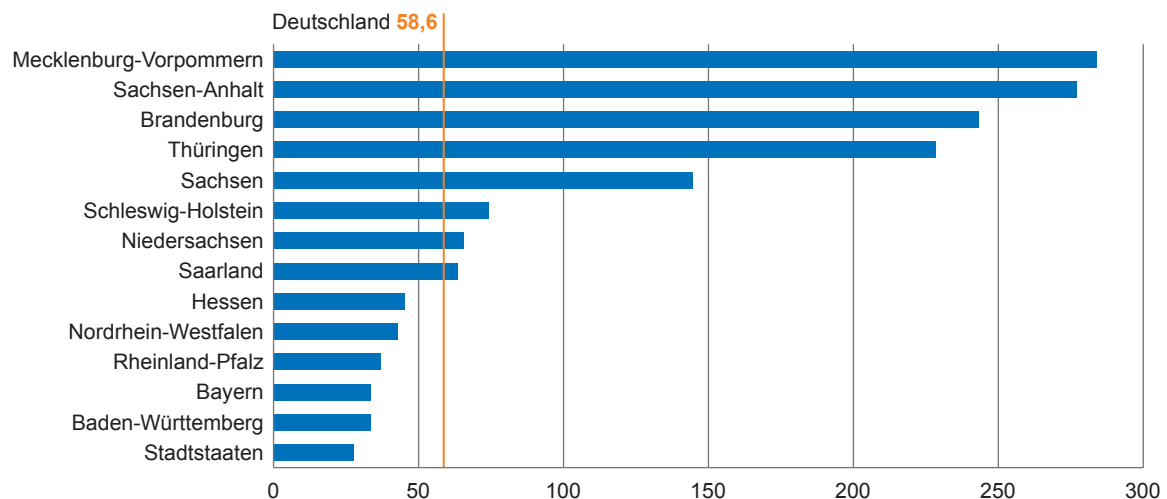
Gut die Hälfte der Gesamtfläche Deutschlands ist Landwirtschaftsfläche. Der Anteil des Bereichs „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, also des primären Wirtschaftssektors, an der gesamten Wirtschaftsleistung lag 1991 im Länderdurchschnitt bei 1,2 % und verringerte sich bis 2013 auf 0,8 %. Über dem Durchschnitt lagen alle östlichen Flächenländer sowie Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Am höchsten war der Anteil in Mecklenburg-Vorpommern mit gut 3 %.

Der landwirtschaftliche Sektor unterlag in den vergangenen 25 Jahren einem fortschreitenden Strukturwandel, der durch einen ausgeprägten Konzentrationsprozess im alten Bundesgebiet und dem Fortbestand großer Betriebe in den neuen Bundesländern gekennzeichnet war.

In Ostdeutschland gibt es heute noch große, zusammenhängende Flächen, auf denen Ackerbau betrieben wird: Eine sichtbare Folge geografischer, wirtschaftlicher und historischer Gegebenheiten in der ehemaligen DDR. Nach der Wende entstanden aus den groß strukturierten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Staatsgütern zumeist privatwirtschaftlich organisierte Agrargenossenschaften, GmbHs oder Einzelbetriebe, die eine umfangreiche Flächenausstattung bewahren konnten.

In den Ländern des früheren Bundesgebiets wird etwa die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche von klassischen Familienbetrieben mit einer Größe zwischen 10 und 50 Hektar bewirtschaftet. Hier zeigt sich ein Unterschied zwischen dem Norden und dem Süden: Sind im Norden vorrangig mittelgroße Betriebe zu finden, existiert in Süddeutschland eine Vielzahl von kleinen Betrieben, was zum Teil auf den durch klimatische Bedingungen begünstigten Anbau von Sonderkulturen, wie beispielsweise Wein, mit geringem Flächenbedarf, aber hoher Ertragskraft zurückzuführen ist. Der Hauptgrund hat historische Wurzeln: In der Vergangenheit wurde der Landbesitz oftmals unter allen Erben aufgeteilt.

Betriebe nach durchschnittlicher Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche 2013
in Hektar je Betrieb



Die Angaben zur Landwirtschaftsfläche sind Ergebnisse der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung auf Basis der amtlichen Liegenschaftskataster. Die Angaben zu den landwirtschaftlich genutzten Flächen sind Ergebnisse der Agrarstrukturenerhebung (Erhebung bei landwirtschaftlichen Betrieben).

Standortfaktoren und Infrastruktur

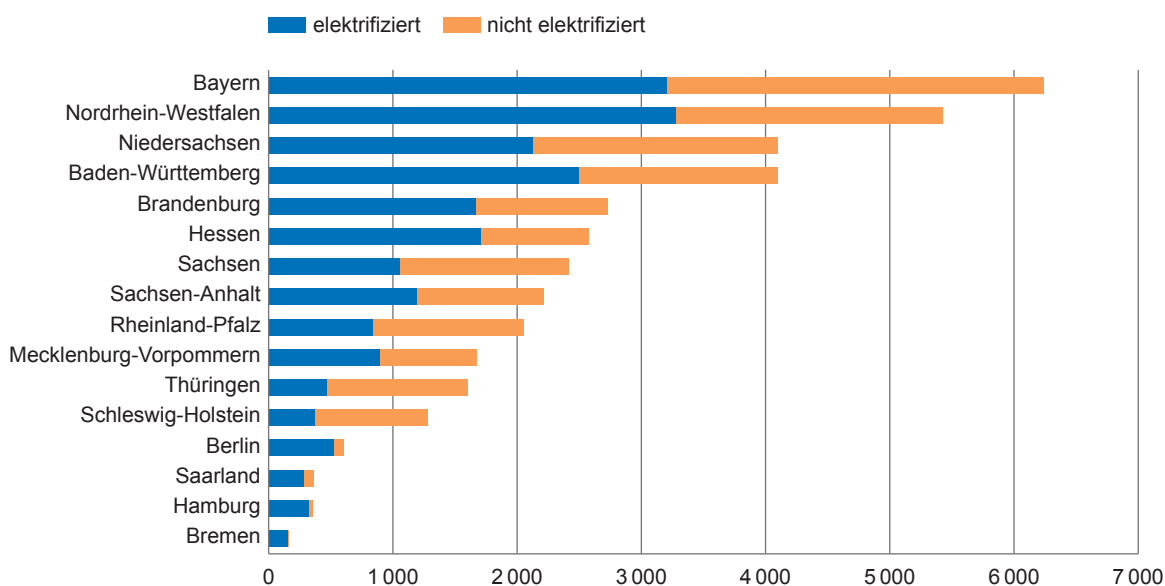
Verkehrsinfrastruktur: dichtes Straßen- und Schienennetz

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für die Wettbewerbsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft von zentraler Bedeutung. Güter- und Personenverkehr sind auf ein gut ausgebautes Schienen- und Straßenverkehrsnetz angewiesen. Deutschland ist aufgrund der Lage im Herzen Europas ein bedeutendes Transitland und ein wichtiger Logistikstandort.

1990 betrug die Streckenlänge der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs im früheren Bundesgebiet etwa 30 000 km. Die Deutsche Reichsbahn brachte im Zuge der deutschen Vereinigung ein Streckennetz von etwa 14 000 km ein. Bis 2010 verringerte sich die Gesamtlänge des Eisenbahnnetzes wieder auf rund 38 000 km, da trotz einer Reihe von Neubaumaßnahmen insbesondere Nebenstrecken aufgrund zurückgehender Nachfrage stillgelegt wurden. Erneut verstärkte Investitionen machen sich insbesondere in zunehmender Elektrifizierung bemerkbar: Der Kilometeranteil elektrifizierter Strecken erhöhte sich von 38 % im Jahr 1991 auf 54 % im Jahr 2010. Unter den Bundesländern waren die Eisenbahnstrecken in Schleswig-Holstein und Thüringen 2010 mit jeweils 29 % am wenigsten elektrifiziert.

Streckenlänge des Eisenbahnnetzes 2010

in km



Stand: 31.12.2010. Datenerhebung im Abstand von fünf Jahren (nächster Stichtag: 31.12.2015).

Das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs (Autobahnen, Bundesstraßen, Landesstraßen und Kreisstraßen) belief sich 1991 auf rund 226 000 km, davon fielen 4,8 % auf Autobahnen. 2014 war die Gesamtlänge mit rund 230 000 km leicht gewachsen, der Autobahnanteil erhöhte sich auf 5,6 %. Die höchsten prozentualen Zuwächse hatten Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, wo sich die Länge der Autobahnstrecken – bei geringem Ausgangsniveau – mehr als verdoppelte.

Straßen des überörtlichen Verkehrs

	Straßen des überörtlichen Verkehrs			Darunter Autobahnen		
	1991	2014	Veränderung in %	1991	2014	Veränderung in %
	km			km		
Baden-Württemberg	27 449	27 402	– 0,2	998	1 054	5,6
Bayern	41 400	41 892	1,2	2 063	2 515	21,9
Berlin	251	246	– 2,0	61	77	26,2
Brandenburg	11 507	12 257	6,5	743	794	6,9
Bremen	108	116	7,4	46	75	63,0
Hamburg	232	204	– 12,1	81	81	0,0
Hessen	16 345	16 104	– 1,5	931	975	4,7
Mecklenburg-Vorpommern	10 170	9 987	– 1,8	247	554	124,3
Niedersachsen	28 001	28 173	0,6	1 221	1 434	17,4
Nordrhein-Westfalen	29 868	29 569	– 1,0	2 101	2 216	5,5
Rheinland-Pfalz	18 373	18 391	0,1	801	877	9,5
Saarland	2 199	2 047	– 6,9	226	240	6,2
Sachsen	12 908	13 471	4,4	412	567	37,6
Sachsen-Anhalt	9 800	10 968	11,9	228	411	80,3
Schleswig-Holstein	9 870	9 889	0,2	445	536	20,5
Thüringen	7 980	9 661	21,1	250	511	104,4
Deutschland	226 461	230 377	1,7	10 854	12 917	19,0
Ostdeutschland (einschl. Berlin)	52 616	56 590	7,6	1 941	2 914	50,1
Westdeutschland	173 845	173 787	0	8 913	10 003	12,2

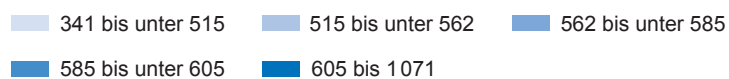
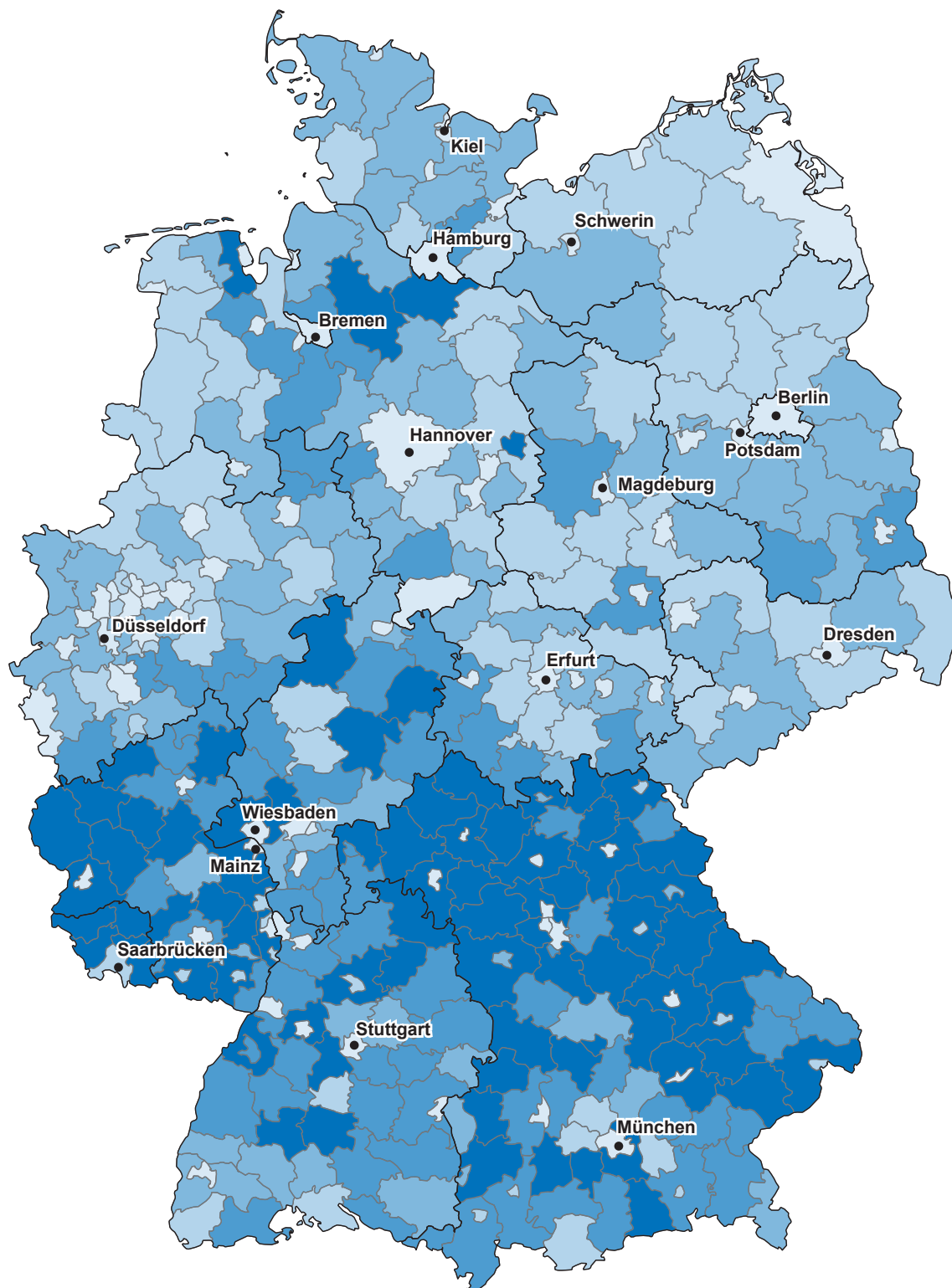
Stichtag: 1. Januar.

Neubau, Ausbau und Erhaltung des Straßenverkehrsnetzes können mit dem gestiegenen Verkehrsaufkommen kaum Schritt halten. Allein der Bestand inländischer Kraftfahrzeuge ist von 37 Millionen im Jahr 1990 auf 53 Millionen zu Beginn des Jahres 2014 angestiegen. Die Personenkraftwagen stellen dabei mit rund 83 % den überwiegenden Teil der Fahrzeuge. Darüber hinaus zählen zu den Kraftfahrzeugen Lastkraftwagen, Sattelschlepper, Omnibusse, Motorräder und sonstige Kraftfahrzeuge. Die Pkw-Dichte, also die Anzahl der Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner, liegt deutschlandweit bei 545 und bewegt sich auf Länderebene zwischen 342 in Berlin und 607 im Saarland.

Rein rechnerisch könnte jeder Haushalt in Deutschland über einen Pkw verfügen. Tatsächlich besitzen einzelne Haushalte mehr als ein Auto, andere hingegen keins. In Rheinland-Pfalz und im Saarland hatten 2013 zum Beispiel gut 85 % der Haushalte mindestens ein Auto, während nur rund der Hälfte der Berliner Haushalte ein Pkw gehört. Generell ist der Pkw-Besitz in den Stadtstaaten erheblich geringer als in den Flächenländern, was in erster Linie auf den gut ausgebauten Personennahverkehr zurückzuführen sein dürfte.

Pkw-Dichte 2013

Pkw je 1 000 Einwohner



Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG 2013

Quelle zum Pkw-Bestand: Kraftfahrt-Bundesamt

Einwohner: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung 2013 auf Grundlage des Zensus 2011

Schnelles Internet – Regionale Unterschiede in der Breitbandnutzung

Eine schnelle und effektive Internetverbindung ist für Unternehmen zunehmend ein wichtiger Standortfaktor. Sie ist Voraussetzung für die Nutzung moderner digitaler Anwendungen und Dienstleistungen wie Cloud Computing oder Online-Handel und bietet damit Unternehmen zusätzliche Wettbewerbsvorteile. Eine schnelle Internetverbindung ist über eine feste oder mobile Breitbandverbindung möglich.

2014 verfügten in Deutschland 82 % aller Unternehmen über einen Internetzugang mit festem Breitbandanschluss. Während in den alten Bundesländern 83 % der Unternehmen einen festen Breitbandanschluss nutzten, waren es in den neuen Bundesländern lediglich 75 %. Betrachtet man die Bundesländer im Einzelnen, so war im Jahr 2014 festes Breitband in Unternehmen in Brandenburg mit 88 %, in Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hessen mit jeweils 87 % am stärksten verbreitet.

Unternehmen mit Nutzung einer DSL- oder anderen ortsfesten Breitbandverbindung als Zugang zum Internet 2014

	In % an allen Unternehmen		In % an allen Unternehmen
Baden-Württemberg	83	Niedersachsen	77
Bayern	80	Nordrhein-Westfalen	87
Berlin	75	Rheinland-Pfalz	86
Brandenburg	88	Saarland	76
Bremen	87	Sachsen	72
Hamburg	79	Sachsen-Anhalt ¹	/
Hessen	87	Schleswig-Holstein	74
Mecklenburg-Vorpommern	81	Thüringen	84

¹ Es kann keine Angabe zu Sachsen-Anhalt gemacht werden, da der Zahlenwert statistisch nicht sicher genug ist.

Cloud Computing für Unternehmen bedeutet, dass über das Internet IT-Dienste wie Software oder Speicherplatz, sogenannte Cloud Services, bedarfsgerecht bereitgestellt und nutzungsabhängig abgerechnet werden. Darüber hinaus können die Beschäftigten jederzeit und ortsunabhängig auf die Cloud Services zugreifen und flexibel arbeiten.

Die Angaben zur festen Breitbandnutzung entstammen der Erhebung „Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen“.

Gewerbesteuer: Einnahmequelle für Gemeinden

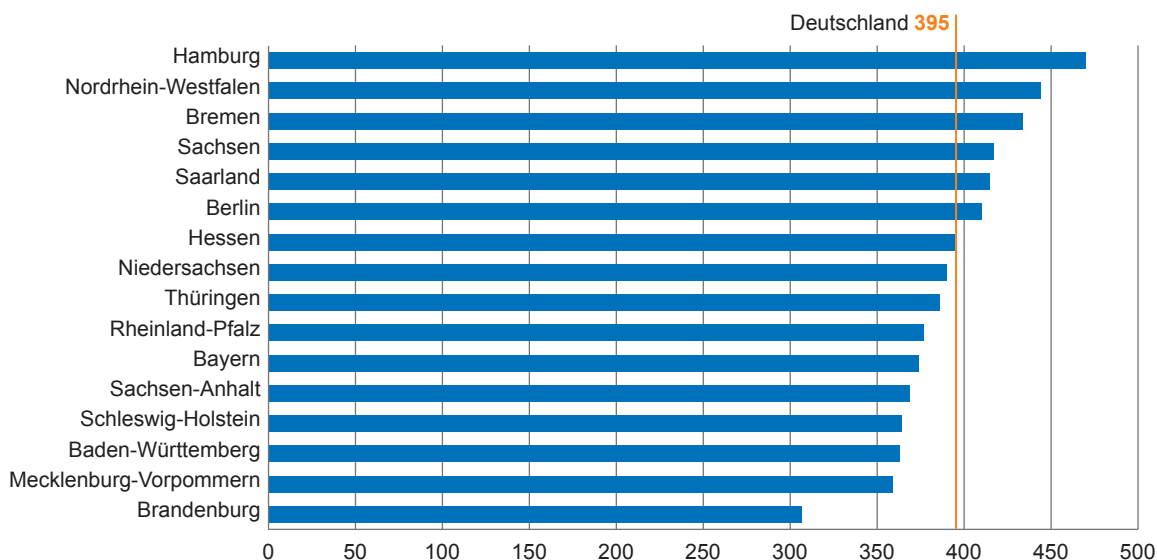
Ein wichtiger Faktor für die regionale Wettbewerbsfähigkeit sind die Gewerbesteuerhebesätze, denn sie beeinflussen direkt den Gewinn der ansässigen Unternehmen. Niedrige Sätze bieten Unternehmen einen Anreiz sich anzusiedeln. Auf der anderen Seite können höhere Sätze die Gewerbesteuererinnahmen als wichtigste originäre Einnahmequelle der Gemeinden erhöhen und somit die Voraussetzung für Investitionen in die Infrastruktur verbessern, was dann wiederum die Attraktivität zur Ansiedlung von Unternehmen steigert.

Der durchschnittliche gewogene Gewerbesteuerhebesatz lag 2013 in Deutschland bei 395 %. Unter den Flächenländern waren die meisten hohen Gewerbesteuerhebesätze in den nordrhein-westfälischen Gemeinden zu finden. Dementsprechend war auch der durchschnittliche gewogene Hebesatz in Nordrhein-Westfalen mit 444 % der höchste unter den Flächenländern. Am geringsten war er 2011 in Brandenburg (307 %). Im Vergleich der drei Stadtstaaten hatte Hamburg 2013 mit 470 % den höchsten Hebesatz.

Im Allgemeinen sind die Hebesätze in den Großstädten höher als im Umland. Unter den Großstädten ab 500 000 Einwohnern hatten 2013 München (490 %), Dortmund (485 %) und Essen (480 %) die höchsten Hebesätze. In 21 Gemeinden lag der Gewerbe-

steuerhebesatz 2013 beim minimalen Hebesatz von 200 %, und zwar in 13 Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, sieben Gemeinden in Brandenburg und einer Gemeinde in Thüringen.

Durchschnittlicher gewogener Hebesatz der Gewerbesteuer 2013 in %



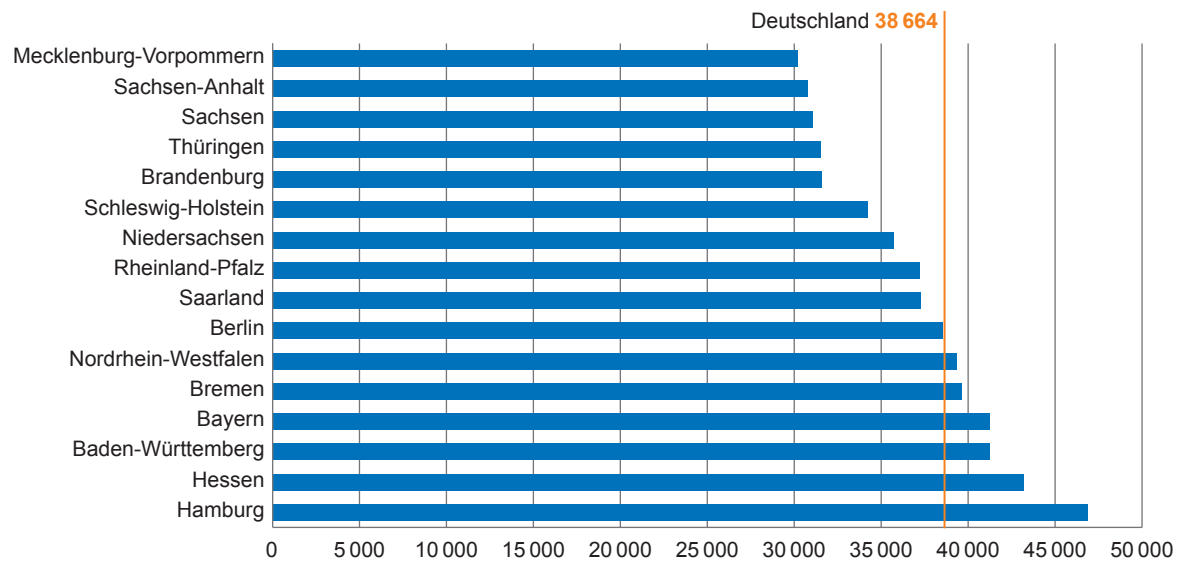
Niedrigere Lohnkosten in Ostdeutschland

Als Standortfaktor, der sich unmittelbar in der Kostenkalkulation der Unternehmen beziehungsweise der Betriebe niederschlägt, fallen die Lohnkosten ins Gewicht. Diesbezüglich hat die Wirtschaft Ostdeutschlands gegenüber dem Westen einen Vorteil. Das Arbeitnehmerentgelt, also die Summe aus Bruttolöhnen und -gehältern einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber, belief sich 2014 in Ostdeutschland je beschäftigten Arbeitnehmer auf rund 32 800 Euro, in Westdeutschland auf gut 39 900 Euro. Damit waren die Lohnkosten in Ostdeutschland rund 18 % niedriger als im Westen. Abgesehen von Berlin lagen die Lohnkosten in allen östlichen Bundesländern unter denen im Westen.

Im Vergleich zu den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung ist der Lohnkostenvorteil der neuen Länder gegenüber den alten Ländern allerdings erheblich geschrumpft. 1991 war das Arbeitnehmerentgelt pro Kopf in Ostdeutschland mit rund 15 000 Euro nur gut halb so hoch wie in Westdeutschland.

Der unmittelbare Vergleich der Lohnkosten ist allerdings hinsichtlich der Standortqualität nur eingeschränkt aussagefähig. Nicht zuletzt wird die Wettbewerbsfähigkeit durch die Produktivität beeinflusst, die in den neuen Bundesländern geringer ausfällt als im früheren Bundesgebiet.

Lohnkosten 2014 in EUR



Wissenschaftsinfrastruktur: hohe Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft

Neben den Lohnkosten spielt die Verfügbarkeit gut qualifizierter Arbeitskräfte als Standortfaktor eine wichtige Rolle. Humanressourcen und die durch Forschung und Entwicklung gewonnenen Erkenntnisse werden in einer wissensbasierten Volkswirtschaft zunehmend wichtiger. Damit erlangt das Bildungssystem und die adäquate Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzmitteln eine hohe Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit nationaler Volkswirtschaften.

Der Anteil der Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft am Bruttoinlandsprodukt lag im Jahr 2012 nach vorläufigen Berechnungen bei 9 %. Das waren rund eine Viertel Billion Euro. Der größte Teil dieses Betrags, rund 72 %, entfiel auf das Bildungsbudget (einschließlich Forschung und Entwicklung an Hochschulen), 26 % auf Forschung und Entwicklung in Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und 2 % auf Museen, Bibliotheken, Fachinformationszentren und die außeruniversitäre Wissenschaftsinfrastruktur.

Rund vier Fünftel des Bildungsbudgets werden in Deutschland durch die öffentliche Hand finanziert. Von den Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden entfällt etwa die Hälfte auf die Ausgaben für Schulen. Für die Ausbildung einer Schülerin oder eines Schülers an öffentlichen Schulen gaben die öffentlichen Haushalte im Jahr 2012 durchschnittlich 6 300 Euro aus. Die höchsten Ausgaben je Schülerin und Schüler wurden für Thüringen (8 000 Euro) und Hamburg (7 600 Euro) ermittelt, die niedrigsten für Nordrhein-Westfalen (5 500 Euro) und Schleswig-Holstein (5 600 Euro).

Im Vergleich zu 2005 haben sich die Ausgaben je Schülerin und Schüler in den einzelnen Ländern unterschiedlich entwickelt. Während die Ausgaben in Thüringen um 2 300 Euro erhöht wurden, betrug der Anstieg in Schleswig-Holstein nur 800 Euro. Ein Teil der Unterschiede ist auf Veränderungen in der Schulstruktur und in der Altersstruktur der Schülerinnen und Schüler zurückzuführen. Auch haben sich in den Ländern die Schüler-Lehrer-Relationen und die Personalausgaben unterschiedlich entwickelt. Zudem ist in den Ländern in einem unterschiedlichen Umfang in Schulgebäude und andere Sachgüter investiert worden.

Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler im Haushaltsjahr 2012 nach Schularten und Ländern

	Allgemeinbildende Schulen	Berufliche Schulen		Alle Schularten
		insgesamt	darunter Berufsschulen im dualen System ¹	
	EUR			
Baden-Württemberg	6 700	5 000	2 800	6 300
Bayern	7 600	4 300	2 800	6 800
Berlin	8 200	4 700	3 100	7 500
Brandenburg	7 000	4 300	3 400	6 500
Bremen	7 400	3 800	2 600	6 300
Hamburg	8 500	5 000	3 300	7 600
Hessen	7 100	4 600	2 900	6 500
Mecklenburg-Vorpommern	6 800	3 600	2 700	6 100
Niedersachsen	6 500	4 000	2 300	5 900
Nordrhein-Westfalen	6 000	3 800	2 400	5 500
Rheinland-Pfalz	6 600	4 100	2 600	6 000
Saarland	6 700	3 600	2 400	5 800
Sachsen	7 200	4 900	3 100	6 700
Sachsen-Anhalt	8 200	4 300	3 000	7 400
Schleswig-Holstein	6 100	4 000	2 800	5 600
Thüringen	8 500	6 200	4 100	8 000
Deutschland	6 800	4 300	2 700	6 300

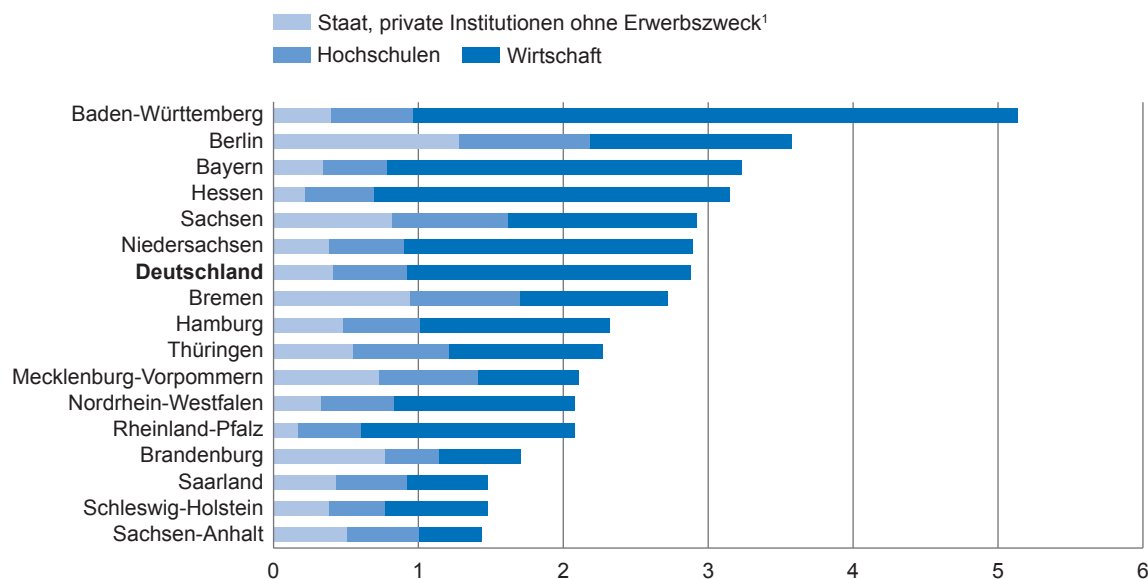
Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschl. unterstellte Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfenaufwendungen, laufender Sachaufwand, Investitionsausgaben. Alle Ergebnisse wurden nach der Berechnung gerundet.

1 Teilzeitunterricht.

Für Forschung und Entwicklung wurden 2012 fast 80 Milliarden Euro aufgewendet. Das entspricht einem Anteil von knapp 3 % am Bruttoinlandsprodukt. In Baden-Württemberg lag der Anteil im Jahr 2012 mit gut 5 % unter allen Bundesländern am höchsten, in Sachsen-Anhalt mit 1,4 % am niedrigsten. In den ostdeutschen Flächenländern wird Forschung und Entwicklung zu einem großen Teil durch die öffentlichen Haushalte finanziert, in den westdeutschen Flächenländern hingegen überwiegend durch die Wirtschaft.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2012 am Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach Bundesländern und Sektoren

in %



BIP Stand: Länder August 2013, Bund August 2014.

1 Revidierte Zahlen.

Arbeitsmarkt



Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2013 wiederholt ein Rekordniveau – in Westdeutschland lag sie über dem Niveau von 1991, in Ostdeutschland darunter.

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen entwickelte sich rückläufig – bei einem höheren Niveau in Ostdeutschland.

Seit der Deutschen Einheit ist die atypische Beschäftigung bundesweit gestiegen; sie geht in jüngster Zeit allerdings wieder zurück.

Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten zehn Jahren zurückgegangen.

In Ostdeutschland ist die Arbeitslosenquote zwar nach wie vor höher, der Abstand zwischen den Quoten ging in den letzten Jahren aber zurück.

Die vergangenen 25 Jahre brachten viel Bewegung in den deutschen Arbeitsmarkt: Der Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft wurde begleitet von Phasen mit Rekordarbeitslosigkeit, tiefgreifenden Arbeitsmarktreformen und einem Rekordniveau der Beschäftigung heute – dies sind nur wenige Wegmarken des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes seit der Wiedervereinigung.

Erwerbstätige

Unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung in den Ländern

Gegenwärtig ist mehr als die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands erwerbstätig. Im Jahr 2013 lag die Zahl der Erwerbstätigen mit 41,8 Millionen um 3,1 Millionen und somit 8,1 % über dem Wert des Jahres 1991. Die Entwicklung in den Ländern verlief unterschiedlich.

Nach leichten Arbeitsplatzverlusten in den alten Ländern (ohne Berlin) in der Mitte der 1990er-Jahre bildete das Jahr 1998 mit 30,5 Millionen Erwerbstätigen den Auftakt einer dynamischen Entwicklung, die bis heute anhält. 2013 waren in Westdeutschland 34,2 Millionen Menschen erwerbstätig, 4,0 Millionen oder 13,3 % mehr als 1991. In den neuen Ländern (ohne Berlin) ging die Zahl der Erwerbstätigen von 6,8 Millionen im Jahr 1991 bis auf 5,6 Millionen im Jahr 2005 zurück. Seitdem nimmt die Zahl wieder zu. Sie erreichte 2013 einen Wert von 5,8 Millionen. Das waren somit 14,4 % weniger als noch im Jahr 1991. Auch in Berlin ging die Beschäftigung nach der deutschen Vereinigung zunächst zurück. Der Wendepunkt wurde 2004 erreicht. 2013 wurden 1,8 Millionen Erwerbstätige in Berlin gezählt und somit 5,2 % mehr als im Jahr 1991.

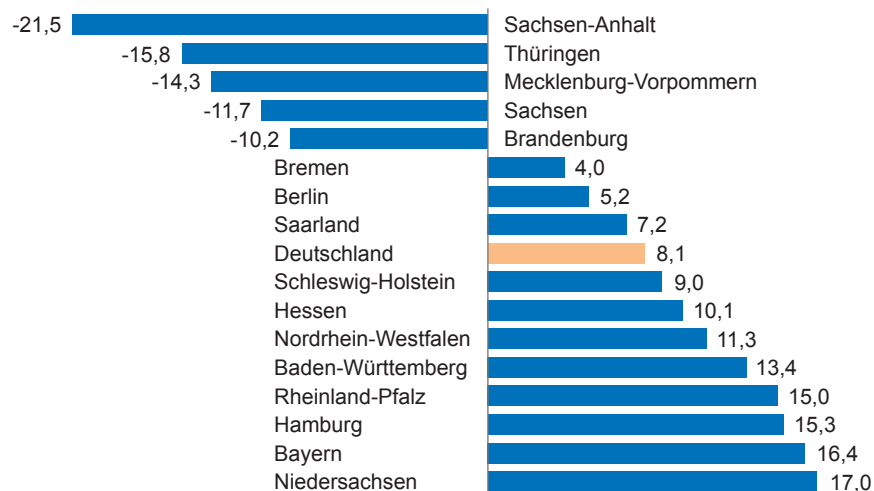
Aufgrund der unterschiedlichen Vorzeichen der Entwicklung in den neuen und alten Bundesländern haben sich auch die jeweiligen Anteile an Gesamtdeutschland leicht verändert. 2013 fanden sich 14 % (1991: 18 %) der Erwerbstätigen in den neuen Ländern und 82 % in den alten Ländern (1991: 78 %). Berlin vereinte 4 % der Erwerbstätigen auf sich.

Auf Länderebene reicht die Spannweite der Entwicklung von + 17,0 % in Niedersachsen bis zu – 21,5 % in Sachsen-Anhalt. Betrachtet man die Entwicklung seit der Jahrtausendwende, weisen Hamburg mit + 13,2 % und Sachsen-Anhalt mit – 5,7 % die höchste Dynamik auf. Unter den Kreisen Deutschlands zeigte sich für den Zeitraum von 2000 bis 2013 eine große Spannweite. Diese reicht von + 35 % in der kreisfreien Stadt Wolfsburg (Niedersachsen) bis zu – 22 % im Kyffhäuserkreis (Thüringen).

Veränderung der Erwerbstätigenzahl 2013 gegenüber 2000

	Kreise und kreisfreie Städte mit der höchsten Veränderungsrate	Veränderung in %	Kreise und kreisfreie Städte mit der geringsten Veränderungsrate	Veränderung in %
1	Wolfsburg, Kreisfreie Stadt	34,7	Kyffhäuserkreis	– 21,7
2	Vechta, Landkreis	33,3	Cottbus, Kreisfreie Stadt	– 16,2
3	Cloppenburg, Landkreis	33,0	Suhl, Kreisfreie Stadt	– 16,1

Veränderung der Erwerbstätigenzahl 2013 gegenüber 1991 in %

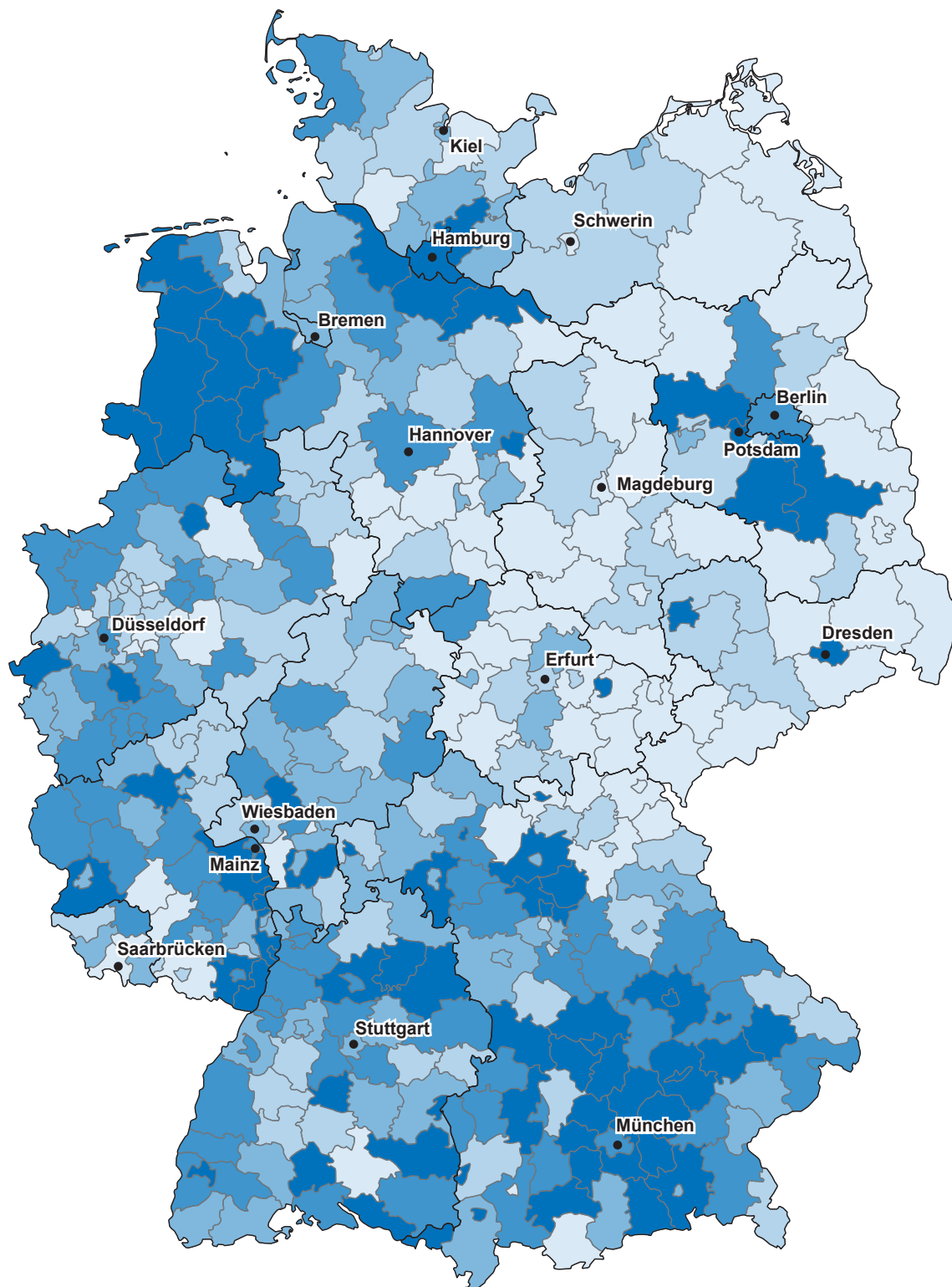


Erwerbstätigkeit

Die Darstellung der Erwerbstätigkeit erfolgt als jahresdurchschnittliche Größe nach dem Inlandskonzept (Erwerbstätige am Arbeitsort). Erfasst werden demnach alle Personen, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohn- und Arbeitsort haben, zuzüglich der außerhalb dieses Gebietes wohnenden Personen, die als Einpendler in diese Region ihren Arbeitsort erreichen. Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die als Arbeitnehmer oder Selbstständige eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit.

Die vorgestellten Gesamtzahlen sind Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder Ergebnisse des Mikrozensus. Die Erwerbstätigenrechnung liefert die genauesten verfügbaren Resultate auf Bundes- und Landesebene; der Mikrozensus ist die geeignete Quelle für Strukturaussagen.

Veränderung der Erwerbstätigenzahl 2013 gegenüber 2000 in %



unter -2,6
 -2,6 bis unter 3,2
 3,2 bis unter 7,1
 7,1 bis unter 11,9
 11,9 und mehr

Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG 2013

Arbeitsvolumen

Rückläufige durchschnittliche Jahresarbeitszeit

Neben der Anzahl der erwerbstätigen Personen stellen die geleisteten Stunden einen weiteren wichtigen Indikator zur Beschreibung des Arbeitsmarktgeschehens dar. Im Jahr 2013 leisteten die Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt rund 58,1 Milliarden Arbeitsstunden. Dies entspricht in etwa dem Niveau des Jahres 2000 mit 57,9 Milliarden Stunden. Die Entwicklung zwischen 2000 und 2013 verlief regional unterschiedlich. Verglichen mit dem Jahr 2000 nahmen die insgesamt geleisteten Stunden in Berlin um 6,3 % zu. In den alten Ländern wurde eine Zunahme um 1,6 %, in den neuen Ländern dagegen ein Rückgang um 8,2 % verzeichnet.

Im Gegensatz zur Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen geht die Zahl der je Erwerbstätigen durchschnittlich jährlich geleisteten Arbeitsstunden im Zeitverlauf zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm deutschlandweit zwischen 2000 und 2013 um rund 2,5 Millionen Personen zu. Die insgesamt geleisteten Stunden blieben in diesem Zeitraum nahezu konstant und verteilten sich somit 2013 auf eine größere Anzahl von Personen als noch 2000. Diese Entwicklung ist in Ost, West und Berlin beobachtbar, wobei die Zahl der durchschnittlich geleisteten Stunden je Erwerbstätigen in den neuen Ländern über dem Wert in den alten Ländern liegt. Während die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen in Deutschland 2013 insgesamt 1 388 Stunden betrug, lag der entsprechende Wert in den alten Ländern bei 1 371, in den neuen Ländern bei 1 471 und in Berlin bei 1 443 Stunden. Die rückläufige durchschnittliche Jahresarbeitszeit geht mit der Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen in Teilzeit oder im Rahmen von geringfügiger Beschäftigung einher.

Auch beim Blick auf die Entwicklung in den Ländern zeigt sich der eingangs beschriebene Rückgang der geleisteten Stunden je Erwerbstätigen. Die Veränderung lag zwischen – 6,8 % in Brandenburg und – 4,2 % in Hamburg. Auch bei Betrachtung des Niveaus fällt der Umfang der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden in den Ländern recht unterschiedlich aus: Die Spanne reichte 2013 von 1 346 Stunden in Nordrhein-Westfalen bis zu 1 490 Stunden in Thüringen.

Arbeitsvolumen

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Richter, marginal Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen.

Arbeitsvolumen 2000 und 2013

	Durchschnittlich jährlich geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen	
	2000	2013
Baden-Württemberg	1 443	1 375
Bayern	1 471	1 388
Berlin	1 518	1 443
Brandenburg	1 585	1 477
Bremen	1 423	1 362
Hamburg	1 492	1 429
Hessen	1 474	1 390
Mecklenburg-Vorpommern	1 563	1 473
Niedersachsen	1 448	1 371
Nordrhein-Westfalen	1 430	1 346
Rheinland-Pfalz	1 440	1 348
Saarland	1 429	1 347
Sachsen	1 550	1 456
Sachsen-Anhalt	1 570	1 471
Schleswig-Holstein	1 466	1 382
Thüringen	1 571	1 490
Deutschland	1 471	1 388

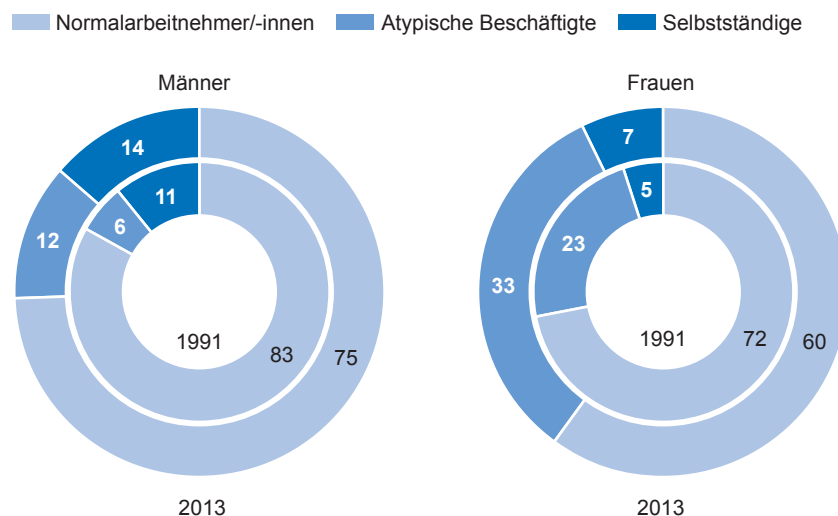
Erwerbsformen

Atypische Beschäftigung als Zeichen des Wandels der Arbeitswelt

Die steigende Zahl erwerbstätiger Personen bei einer gleichzeitig rückläufigen durchschnittlich geleisteten Stundenzahl je Erwerbstätigen deutet darauf hin, dass Erwerbsformen an Bedeutung gewinnen, die nicht dem Normalarbeitsverhältnis (in der Regel unbefristete Vollzeitstätigkeit) entsprechen, sondern zu den atypischen Beschäftigungsformen zählen. Dies sind Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Arbeitsstunden pro Woche, geringfügige Beschäftigungen, befristete Beschäftigungen sowie Zeitarbeitsverhältnisse. Mögliche Erklärungsansätze für diese Entwicklung liegen in veränderten persönlichen Vorstellungen und Wünschen an die eigene Erwerbsbiografie seitens der Erwerbspersonen sowie in Anpassungen an sich wandelnde strukturelle oder rechtliche Rahmenbedingungen seitens der Arbeitgeber.

Im Jahr 1991 lag der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse bei 76,1 % der Erwerbstätigen in Westdeutschland und bei 82,9 % in Ostdeutschland. Dieser Anteil ging auf 66,8 % in Westdeutschland beziehungsweise 70,5 % in Ostdeutschland im Jahr 2013 zurück. Der Anteil atypisch Beschäftigter an den Erwerbstätigen stieg deutschlandweit zwischen 1991 und 2013 von 13 % auf 21 % beziehungsweise deren Zahl von 4,4 Millionen auf 7,6 Millionen. Dabei ist atypische Beschäftigung insbesondere für die Erwerbstätigkeit der Frauen von großer Bedeutung. Unter den weiblichen Erwerbstätigen lag der entsprechende Anteil sogar bei 32,5 %. Seit 2011 nimmt die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse sowohl bei Männern als auch bei Frauen allerdings wieder ab. Auf der anderen Seite gab es zwischen 2011 und 2013 eine Zunahme bei den Normalarbeitsverhältnissen um rund 878 000 Beschäftigte.

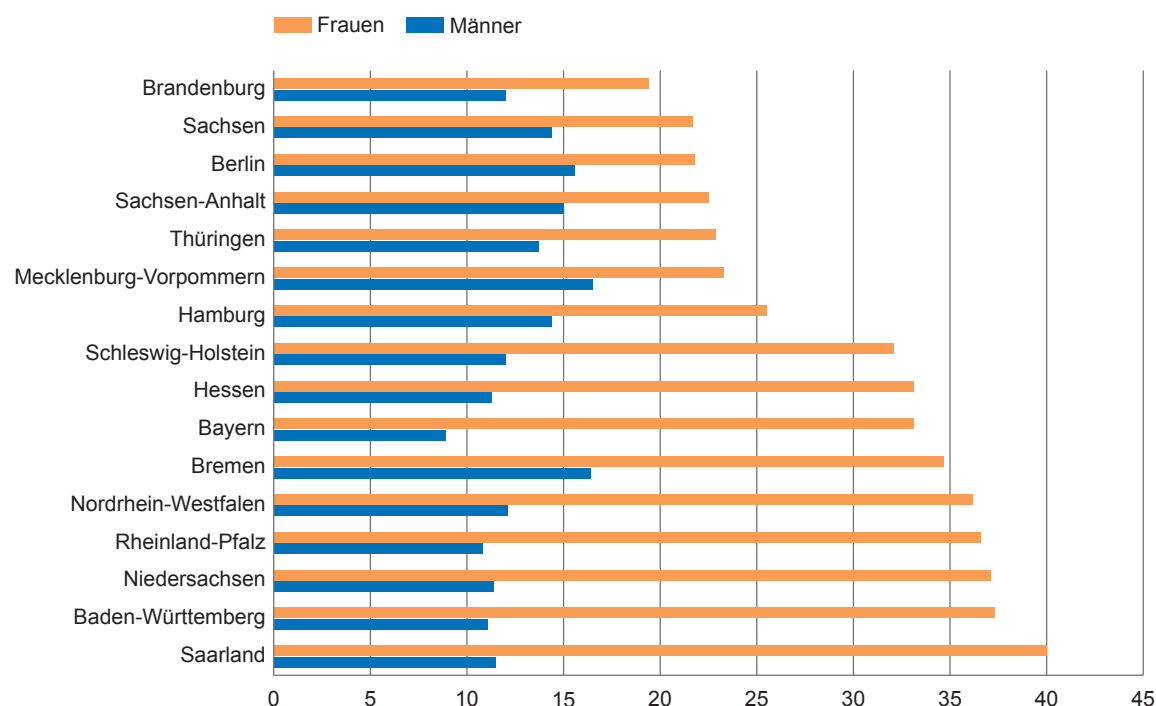
Erwerbstätige 2013 und 1991 nach Erwerbsform und Geschlecht in %



Ergebnisse des Mikrozensus.
Ohne mithelfende Familienangehörige.

Auffällig ist der starke Unterschied bei atypisch beschäftigten Frauen in Ost- und Westdeutschland. Frauen in den ostdeutschen Ländern sind deutlich seltener atypisch beschäftigt als solche im Westen. Unterschiedliche Erwerbskonstellationen sind auch noch 25 Jahre nach der Vereinigung zu beobachten. Während (volle) Erwerbstätigkeit für Frauen in der ehemaligen DDR üblich war, dominierten im früheren Bundesgebiet Familien mit einem Alleinverdiener oder die Erwerbskonstellation mit einem männlichen Hauptverdiener und der Ehefrau, die in einer Teilzeitbeschäftigung etwas hinzu verdiente.

Atypisch Beschäftigte 2013 nach Geschlecht und Bundesländern in %



Ergebnisse des Mikrozensus.
Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Ausbildung oder in einem Freiwilligendienst.

Die größte Gruppe innerhalb der atypisch Beschäftigten stellen die Teilzeitbeschäftigten mit 20 oder weniger Wochenstunden. 2013 waren dies insgesamt 5,0 Millionen Personen bei einem Frauenanteil von 86 %.

Rund 2,5 Millionen Personen waren 2013 befristet beschäftigt und bildeten mit deutlichem Abstand die zweitgrößte Gruppe der atypisch Beschäftigten. Der Anteil der befristeten Beschäftigung an den Erwerbstätigen hat von 5,7 % im Jahr 1991 auf 7,1 % im Jahr 2013 zugenommen. Das Verhältnis von Männern (49 %) und Frauen (51 %) war in dieser Gruppe nahezu ausgeglichen.

Im Jahr 2013 waren in Deutschland rund 2,4 Millionen Personen geringfügig beschäftigt. Zu den geringfügigen Beschäftigungen zählen Tätigkeiten, die ein monatliches Arbeitsentgelt von 450 Euro nicht überschreiten oder kurzfristige Beschäftigungen wie Saisonbeschäftigungen mit bis zu 50 Arbeitstagen im Jahr. In der Gruppe der geringfügig Beschäftigten lag der Frauenanteil im Jahr 2013 bei 77 %. Die geringfügige Beschäftigung wurde im Rahmen der Hartz-Gesetze neu geregelt (Mini-Jobs). Seitdem ist eine Zunahme dieser Beschäftigungsform zu beobachten. So waren im Jahr 2013 rund 3 % der erwerbstätigen Männer und 11,4 % der erwerbstätigen Frauen geringfügig beschäftigt. 1991 lag der Anteil noch unter 1 % bei den Männern sowie bei rund 4 % bei den Frauen.

Die Zeitarbeitnehmer bildeten mit rund 680 000 Personen die kleinste Gruppe der atypisch Beschäftigten. Im Gegensatz zu den bisher genannten Formen der atypischen Beschäftigung ist die Zeitarbeit eine Domäne der Männer: 68 % aller in diesem Bereich Beschäftigten waren Männer.

Atypisch Beschäftigte 2013 und 1991 nach Erwerbsformen und Geschlecht

	Befristet Beschäftigte	Teilzeitbeschäftigte bis zu 20 Wochenstunden	Geringfügig Beschäftigte	Zeitarbeitnehmer/ -innen
	1 000			
Männer				
2013	1 240	711	551	460
1991	1 047	154	102	–
Frauen				
2013	1 284	4 259	1 893	219
1991	921	2 401	552	–

Ergebnisse des Mikrozensus.

Gruppen nicht überschneidungsfrei, Angaben zur Zeitarbeit liegen erst ab 2006 vor.

Normalarbeitsverhältnis und atypische Beschäftigung

Erwerbsformen beschreiben die Art und Weise der auf Erwerb ausgerichteten Tätigkeit. Im Allgemeinen wird zunächst zwischen einer selbstständigen Tätigkeit und einer abhängigen Beschäftigung unterschieden. Die abhängige Beschäftigung lässt sich weiter in Normalarbeitsverhältnisse und atypische Beschäftigung differenzieren.

Betrachtet werden hier die sogenannten „Kernerwerbstätigen“. Das sind Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren, die sich nicht in Ausbildung oder einem Wehr-/Zivil- sowie Freiwilligendienst befinden.

Normalarbeitnehmerinnen und Normalarbeitnehmer sind abhängig Beschäftigte mit einer unbefristeten und voll sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit, die eine wöchentliche Arbeitszeit von über 20 Stunden umfasst und direkt für den Arbeitgeber ausgeführt wird.

Zu den atypischen Beschäftigungsformen werden – in Abgrenzung vom Normalarbeitsverhältnis – Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Arbeitsstunden pro Woche, geringfügige Beschäftigungen, befristete Beschäftigungen sowie Zeitarbeitsverhältnisse gezählt. Die Gruppen der atypisch Beschäftigten sind nicht überschneidungsfrei, da einzelne Personen in mehreren Untergruppen gezählt werden. Somit ist die Summe der Werte der befristet Beschäftigten, Teilzeitbeschäftigten, geringfügig Beschäftigten und Zeitarbeitnehmer höher als die Zahl der atypisch beschäftigten Personen insgesamt.

Erwerbsquote

Steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen

Der Wandel in der Gestaltung des Erwerbslebens zeigt sich neben veränderten Erwerbsformen auch in einer gestiegenen Erwerbsbeteiligung. Betrachtet man die Entwicklung im Zeitraum von 1991 bis 2013, so war die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren) im Bundesdurchschnitt rückläufig und lag im Jahr 2013 unter dem Niveau des Jahres 1991. Während Ostdeutschland einen Rückgang verzeichnete, blieb das Niveau – auch aufgrund von Zuwanderung – in Westdeutschland konstant. Gleichzeitig nahm die Zahl der Erwerbspersonen zu. Dies ist insbesondere durch die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Frauen zu erklären.

Die Erwerbsquote entspricht dem Anteil der Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 64 Jahren an der Bevölkerung dieser Altersgruppe und beschreibt das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung. Im Bundesgebiet stieg die Erwerbsquote von 71 % im Jahr 1991 auf 77 % im Jahr 2013. Dabei war das Ausgangsniveau in Ostdeutschland mit 79 % deutlich höher als in Westdeutschland mit 69 %. Im Laufe der Zeit haben sich die Quoten angenähert und lagen 2013 mit 77 % in Westdeutschland und nach wie vor 79 % in Ostdeutschland auf einem vergleichbaren Niveau. Bei Betrachtung der Länder reicht die Spanne der Erwerbsquote von 73 % in Bremen bis zu 81 % in Brandenburg und Sachsen. Differenziert nach Geschlecht wiesen 2013 die Männer mit 85 % in Bayern die höchste und mit 76 % in Bremen die geringste Erwerbsquote auf. Für die Frauen lag der Wert in Brandenburg mit 78 % am höchsten und im Saarland mit 68 % am niedrigsten.

Erwerbsquoten

	1991	2013
	%	
Baden-Württemberg	71,9	78,9
Bayern	74,0	79,4
Berlin	76,9	76,6
Brandenburg	79,7	80,5
Bremen	66,3	72,6
Hamburg	71,0	77,3
Hessen	69,6	77,0
Mecklenburg-Vorpommern	75,9	78,3
Niedersachsen	67,7	76,9
Nordrhein-Westfalen	64,4	74,2
Rheinland-Pfalz	69,3	76,6
Saarland	62,0	74,4
Sachsen	79,7	80,5
Sachsen-Anhalt	78,9	80,0
Schleswig-Holstein	70,5	76,8
Thüringen	80,1	80,1

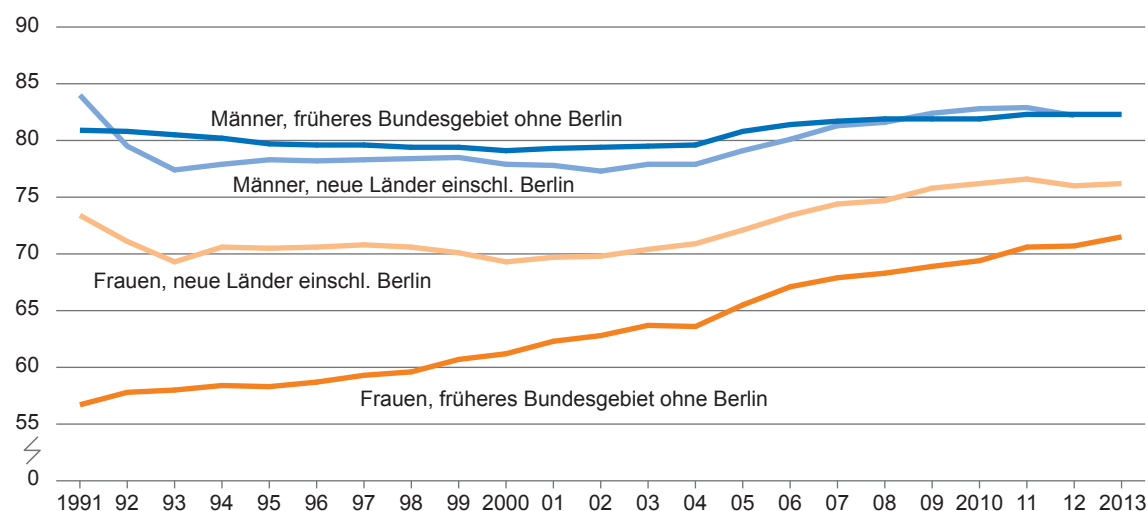
Erwerbspersonen setzen sich aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen zusammen:

Erwerbstätige sind nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die im Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen oder in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschließlich Soldatinnen und Soldaten sowie mithelfender Familienangehöriger), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen Freien Beruf ausüben.

Erwerbslose sind Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, das heißt innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind.

Die Erwerbsquoten der Männer lagen in Ost- und in Westdeutschland nahezu gleichauf, seit dem Jahr 2006 stets über 80 %. Bei den Frauen zeigt sich ein anderes Bild. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland nahm die Erwerbsbeteiligung zu, wobei sie generell unter jener der Männer lag. Die Erwerbsquote der Frauen in den alten Ländern war mit Werten von unter 60 % zu Beginn der 1990er-Jahre von einem deutlich geringeren Niveau gegenüber Ostdeutschland gestartet. Hier lag die Erwerbsquote der Frauen meist über 70 % und erreichte im Jahr 2013 einen Wert von 76 %. Die Frauen in Westdeutschland wiesen mit 72 % im Jahr 2013 einen geringfügig kleineren Wert auf.

Erwerbsquoten nach Geschlecht in %



Teilzeitquote

Geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Teilzeitarbeit

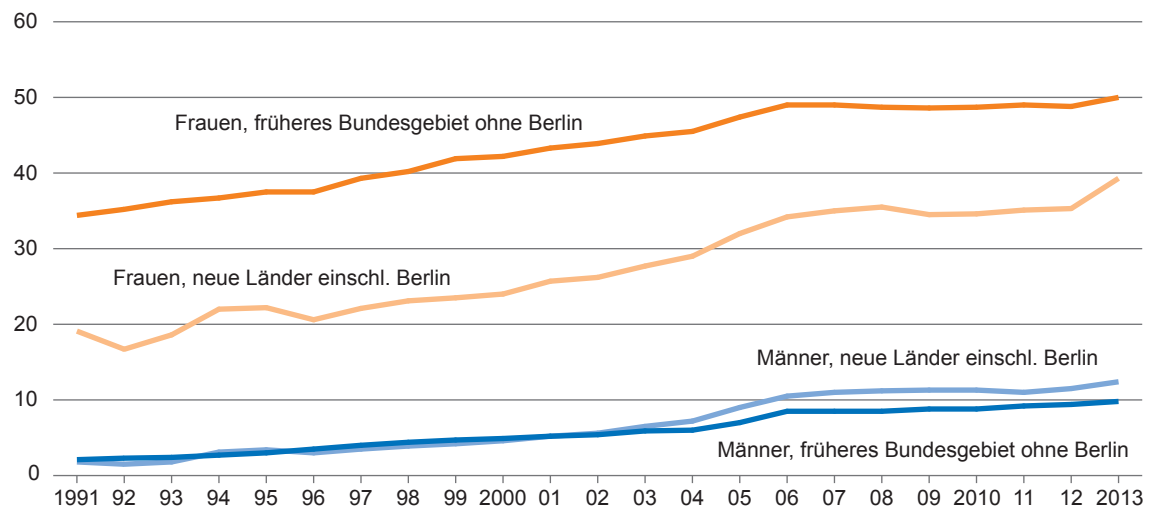
Die Entwicklung der Erwerbsquote wird auch beeinflusst von den Möglichkeiten, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Die Teilzeitquote verdoppelte sich in Deutschland von 14 % im Jahr 1991 auf 28 % im Jahr 2013. Gleichzeitig gaben lediglich 15 % der Befragten im Mikrozensus an, eine Teilzeittätigkeit auszuüben, weil keine Vollzeittätigkeit zu finden war. Unter den Frauen war dies jede Siebte, unter den Männern jeder Fünfte. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland nahm die Teilzeitquote seit 1991 zu. Über den gesamten Beobachtungszeitraum lag sie in den alten Ländern über jener in Ostdeutschland.

Unter den Teilzeitbeschäftigten wird die größte Gruppe von Frauen gestellt. Waren 1991 2 % der abhängig erwerbstätigen Männer teilzeitbeschäftigt, so waren dies zum gleichen Zeitpunkt 30 % der abhängig erwerbstätigen Frauen. Die Anteile nahmen bis 2013 auf 10 % bei den Männern und auf 48 % bei den Frauen zu. 2013 lag die Teilzeitquote der Männer in Ostdeutschland mit 12 % leicht über der Quote der Männer in Westdeutschland (10 %). Hingegen stieg die Teilzeitquote bei den Frauen im Osten bis 2013 auf 39 %, im Westen auf 50 %.

Teilzeitquote

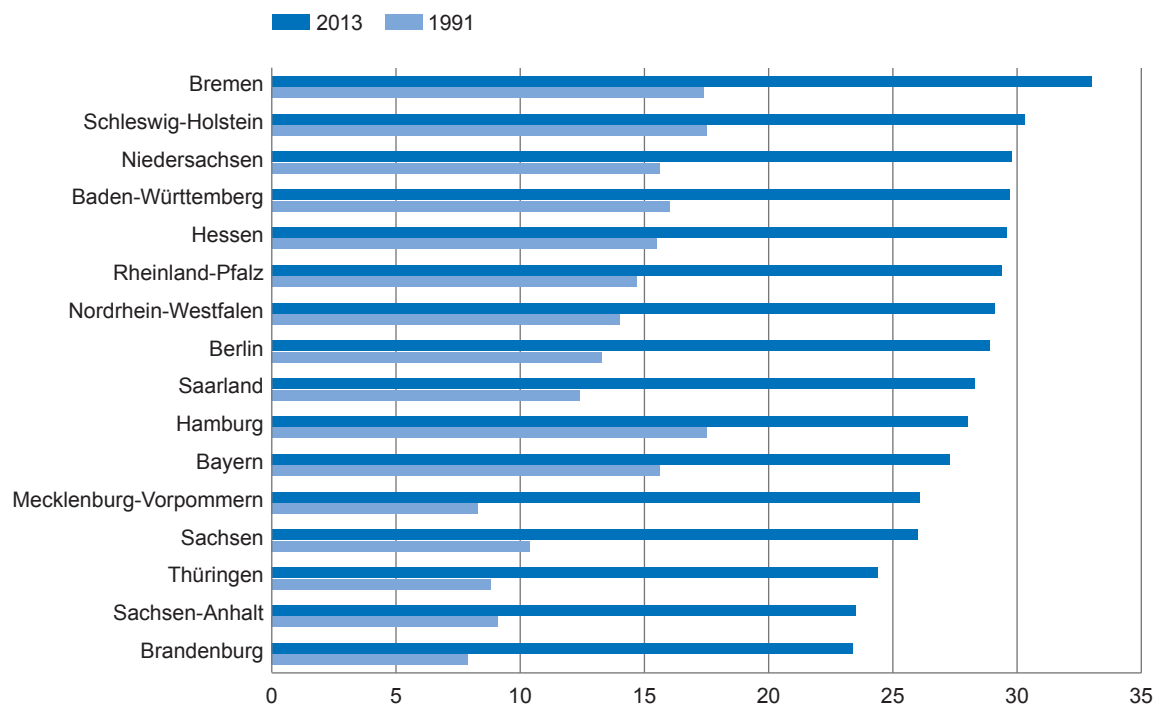
Die Ergebnisse zur Teilzeit beruhen auf einer Selbsteinstufung der Befragten. Die Quote ergibt sich als Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den abhängig Erwerbstätigen insgesamt.

Teilzeitquoten nach Geschlecht in %



Bei Betrachtung der Teilzeitquoten in den Ländern reicht die Spanne von 23 % in Brandenburg bis zu 33 % in Bremen. Mit insgesamt 26 % weist Ostdeutschland eine geringere Quote auf als die alten Länder mit 29 %.

Teilzeitquoten 2013 und 1991 in %



Arbeitslosigkeit

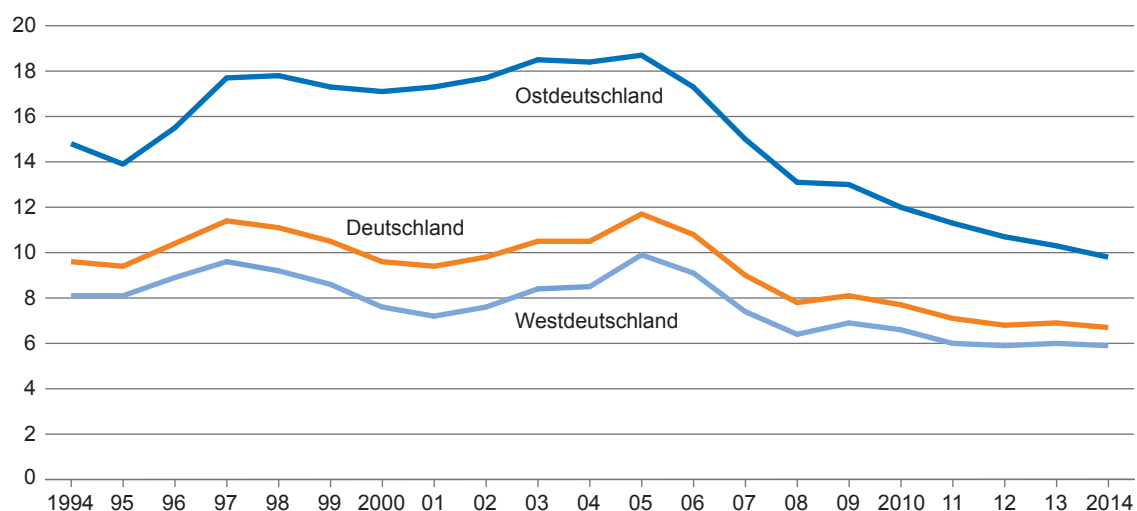
Anstieg nach der Wiedervereinigung, Rückgang in den letzten zehn Jahren

Nicht nur hinsichtlich der Erwerbstätigkeit, sondern auch in Bezug auf die Arbeitslosigkeit folgten der Wiedervereinigung ereignisreiche Jahre. Die vergangenen 25 Jahre waren geprägt von historischen Höchstständen, grundlegenden Arbeitsmarktreformen und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit in der letzten Dekade. Im Jahr 1991 waren 2,6 Millionen Menschen arbeitslos. 2005 wurde mit mehr als 4,8 Millionen Arbeitslosen der bisherige Höchststand erreicht. Charakteristisch für den Zeitraum bis zum Jahr 2005 in Deutschland ist, dass sich die Arbeitslosigkeit auch nach Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs auf einem höheren Niveau verfestigt hat und nicht wieder vollständig zurückging. 2014 fiel die Arbeitslosigkeit in Deutschland mit 2,9 Millionen Personen auf das niedrigste Niveau seit 1992. Das entsprach einer Arbeitslosenquote von 6,7 %.

Im Jahr 1991 befand sich unter den 2,6 Millionen registrierten Arbeitslosen eine Million Arbeitslose in Ostdeutschland, wo das Phänomen Arbeitslosigkeit nach der deutschen Vereinigung erstmals statistisch erfasst wurde. Bedingt durch die Anpassung an die Marktwirtschaft und den Wegfall staatlicher Großbetriebe wurden hier zunächst mehr Arbeitskräfte freigesetzt als neu eingestellt. Gleichzeitig kam die Sozialunion zum Tragen – neben der Währungs- und Wirtschaftsunion die dritte Säule der Wiedervereinigung. Diese umfasste neben der Rentenversicherung insbesondere die Arbeitslosenunterstützung in Form von Geldtransfers oder arbeitsmarktpolitischer Instrumente, wie zum Beispiel Kurzarbeit. Dieses Instrument kam im Jahr 1991 in größerem Umfang zum Einsatz und konzentrierte sich damals auf Ostdeutschland. Insgesamt gab es 1991 in Deutschland 1,8 Millionen Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter, davon 1,6 Millionen in den neuen Bundesländern.

Entwicklung der Arbeitslosenquoten

in %



Arbeitslosenquote: Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose sind nach § 16 SGB III Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben, eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen, den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind, in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben und sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben.

Die Arbeitslosenquote ist der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose). Eine gängige und auch hier verwendete Betrachtungsweise der Bundesagentur für Arbeit bezieht die Arbeitslosenquote auf alle zivilen Erwerbspersonen. Quoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen für Ost- und Westdeutschland liegen ab 1994 vor.

Der sogenannte Hartz-IV-Effekt verursachte eine jahresdurchschnittliche Zunahme der Arbeitslosigkeit von ca. 380 000 Personen – nicht zuletzt wegen der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ab Januar 2005.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 1991 lässt sich grob in drei Phasen unterteilen: Die Phase von 1991 bis 1997 war geprägt von einer deutlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit. Deutschlandweit stieg die Zahl der Arbeitslosen um rund 1,8 Millionen an. Von dieser Zunahme entfielen 1,3 Millionen auf West- und 500 000 auf Ostdeutschland. In Westdeutschland entsprach dies im Jahr 1997, verglichen mit dem Jahr 1991, einem Zuwachs von 80 %, in Ostdeutschland von 51 %. Die Arbeitslosenquote lag 1997 allerdings in Ostdeutschland mit 17,7 % erheblich höher als in Westdeutschland mit 9,6 %.

Um die Jahrtausendwende stellte sich eine leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt ein. Diese konnte sich jedoch wegen der weltweiten und binnenwirtschaftlichen Schwäche im Jahr 2002 nicht weiter stabilisieren. Die Zahl der Arbeitslosen ging in Westdeutschland zunächst zurück, um dann im Jahr 2005 den Höchststand von 3,2 Millionen Personen zu erreichen. In Ostdeutschland wurde 1999 ein leichter Rückgang verzeichnet, gefolgt von einem Anstieg der Zahl der Arbeitslosen auf 1,6 Millionen Personen im Jahr 2005.

Mit dem konjunkturellen Aufschwung zwischen 2006 und 2008 verbesserte sich auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Im Anschluss, infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise, stieg die Arbeitslosigkeit 2009 deutschlandweit auf 3,4 Millionen oder eine Quote von 8,1 % an. Gleichzeitig stieg die Kurzarbeiterzahl auf 1,1 Millionen. Diesmal war insbesondere Westdeutschland mit fast einer Million Personen erheblich stärker von Kurzarbeit betroffen als Ostdeutschland. Danach verringerte sich die Arbeitslosenzahl bis 2014 auf 2,1 Millionen in Westdeutschland (5,9 %) und 0,8 Millionen (9,8 %) in Ostdeutschland.

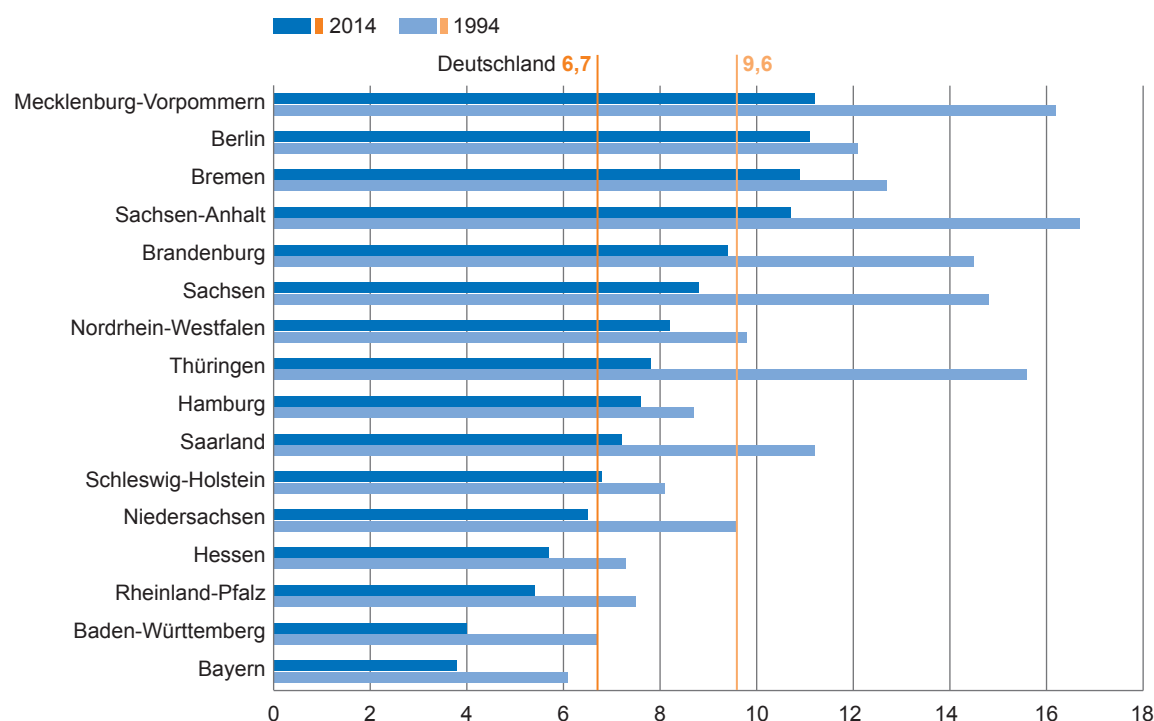
Das Niveau in den Ländern ist unterschiedlich

Auf Länderebene gibt es beträchtliche Unterschiede. Im Jahr 1994 wies Bayern mit 6,1 % die geringste, Sachsen-Anhalt mit 16,7 % die höchste Arbeitslosenquote auf. 2014 lag die geringste Quote mit 3,8 % erneut in Bayern. Den höchsten Wert wies Mecklenburg-Vorpommern mit 11,2 % auf und verzeichnete somit eine geringfügig höhere Quote als Berlin (11,1 %). Gleichwohl ging die Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern von 1994 bis 2014 um fünf Prozentpunkte zurück. Thüringen wies mit einem Rückgang der Quote von 15,6 % auf 7,8 % die höchste Dynamik auf.

Unter den westdeutschen Flächenländern hatte Nordrhein-Westfalen 2014 mit 8,2 % die höchste Arbeitslosenquote. Der Rückgang der Quote im Betrachtungszeitraum fällt in Westdeutschland schwächer aus – allerdings ist hier das Ausgangsniveau geringer.

Arbeitslosenquoten 2014 und 1994

in %



Arbeitslosenquote: Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen.

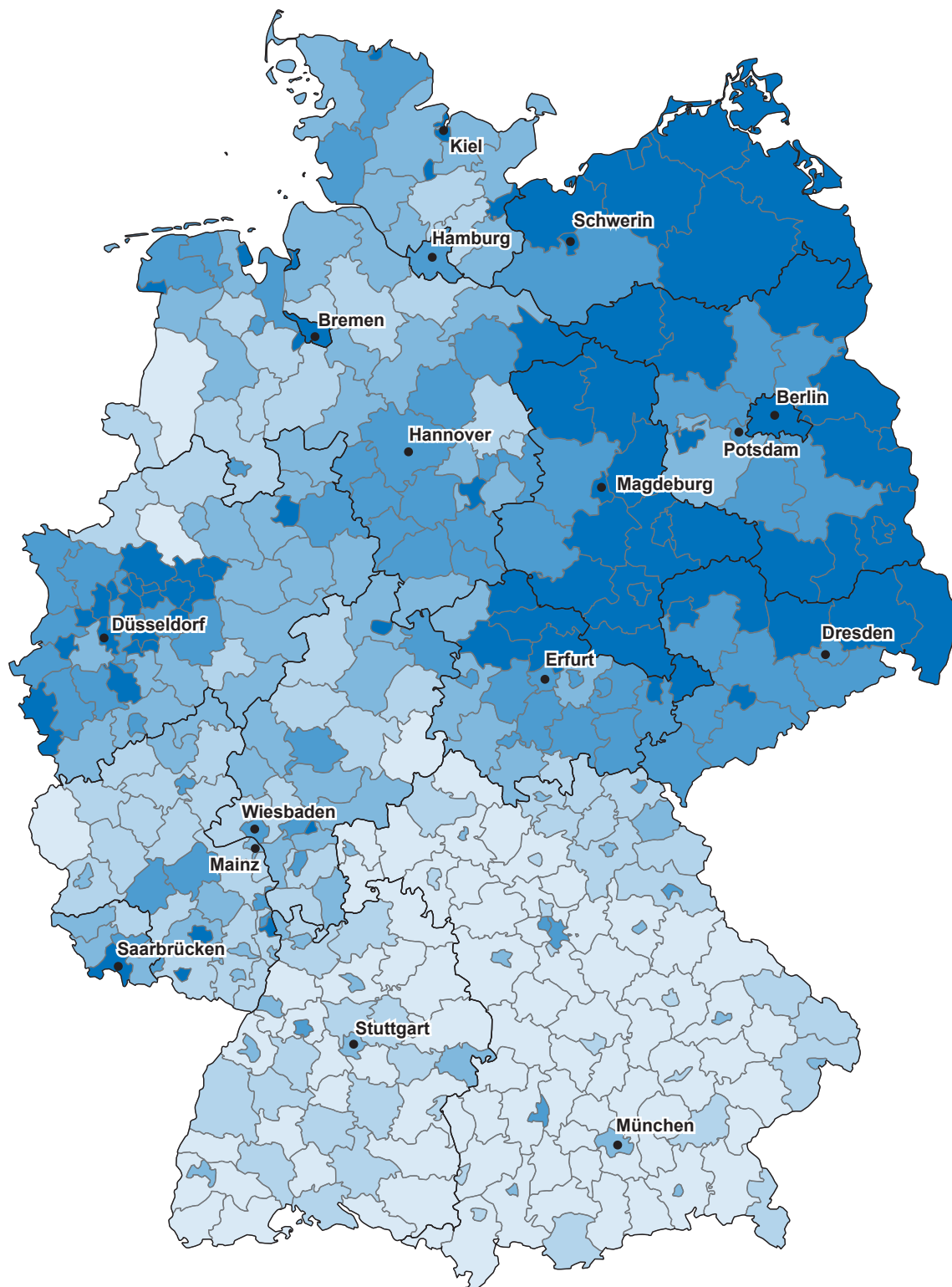
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Auch innerhalb der Bundesländer gibt es regionale Unterschiede. Unter allen deutschen Kreisen und kreisfreien Städten hatte 2014 der Landkreis Uckermark die höchste Arbeitslosenquote mit 15,4 %, gefolgt von den kreisfreien Städten Bremerhaven und Gelsenkirchen mit jeweils 14,7 %. Die geringste Arbeitslosenquote verzeichnete der Landkreis Eichstätt mit 1,4 %.

Trotz des Beschäftigungsaufbaus der letzten Jahre gibt es auch heute noch eine hohe Zahl an Langzeitarbeitslosen. Das sind Personen, die zum jeweiligen Stichtag länger als zwölf Monate arbeitslos waren. Im Jahresdurchschnitt 2014 lag ihre Zahl in Deutschland bei 1,1 Millionen Personen. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen betrug 37,2 %. Somit ist mehr als jeder dritte Arbeitslose langzeitarbeitslos. Den geringsten Anteil wies Bayern mit 25,8 %, den höchsten Bremen und Nordrhein-Westfalen mit jeweils 43,6 % auf.

Arbeitslosenquote 2014

Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen in %



unter 3,6 3,6 bis unter 5,1 5,1 bis unter 6,6 6,6 bis unter 8,7 8,7 und mehr

Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG 2014

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Materielle Lebensbedingungen

Der Verdienst ist die wichtigste Einkommensquelle.

Die Verdienstunterschiede zwischen Branchen und Regionen sind beträchtlich.

Soziale Mindestsicherung: Ältere Menschen derzeit relativ selten betroffen, Kinder dagegen häufiger.

Wohnungsneubau: Die „Speckgürtel“ um die (Groß-)Städte sind gewachsen.

Immer mehr Wohnfläche: Pro Person stehen 46 m² Wohnfläche zur Verfügung, Tendenz steigend.

Die häufigste Form des Immobilienbesitzes ist das Einfamilienhaus – auch in Ostdeutschland.

Einkommen und Verdienste

Verdienst ist die wichtigste Einkommensquelle

Der Verdienst ist für viele Menschen der wichtigste Teil ihres Einkommens. 44 % der Bevölkerung bestritten im Jahr 2013 ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit – in Ost- wie in Westdeutschland. Knapp 26 % wurden als Familienmitglieder ganz oder zum großen Teil durch Angehörige versorgt. Der entsprechende Anteil ist in Ostdeutschland geringer, dafür bestritt hier ein höherer Bevölkerungsanteil den Lebensunterhalt durch Renten.

2013 lebten deutschlandweit 4,8 % der Bevölkerung überwiegend von Arbeitslosengeld I oder Hartz IV. In Berlin war der Anteil mit 11,5 % am höchsten, in Bayern mit 2,0 % am niedrigsten.

Bevölkerung 2013 nach überwiegendem Lebensunterhalt

	Eigene Erwerbstätigkeit	Arbeitslosengeld I / Hartz IV	Rente und Sonstiges ¹	Einkünfte von Angehörigen
	%			
Baden-Württemberg	45,8	2,3	23,5	28,4
Bayern	47,2	2,0	23,9	26,9
Berlin	43,2	11,5	26,2	19,1
Brandenburg	45,6	6,3	30,4	17,7
Bremen	40,2	8,2	27,2	24,4
Hamburg	47,3	5,6	23,6	23,5
Hessen	44,3	4,5	24,1	27,1
Mecklenburg-Vorpommern	43,2	7,9	32,0	16,9
Niedersachsen	42,5	4,1	24,6	28,8
Nordrhein-Westfalen	41,1	6,1	24,0	28,8
Rheinland-Pfalz	44,1	2,9	25,5	27,5
Saarland	41,9	5,6	26,0	26,5
Sachsen	43,3	6,8	33,0	16,9
Sachsen-Anhalt	43,6	7,8	32,9	15,7
Schleswig-Holstein	42,8	4,2	27,7	25,2
Thüringen	45,7	5,9	32,3	16,2
Deutschland	43,9	4,8	25,6	25,7
Östliche Flächenländer	44,2	6,9	32,2	16,7
Westliche Flächenländer	43,9	4,0	24,3	27,9
Stadtstaaten	44,1	9,3	25,5	21,0

¹ Pension; eigenes Vermögen; laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und andere Hilfen in besonderen Lebenslagen; Elterngeld; sonstige Unterstützungen (z. B. BAföG).

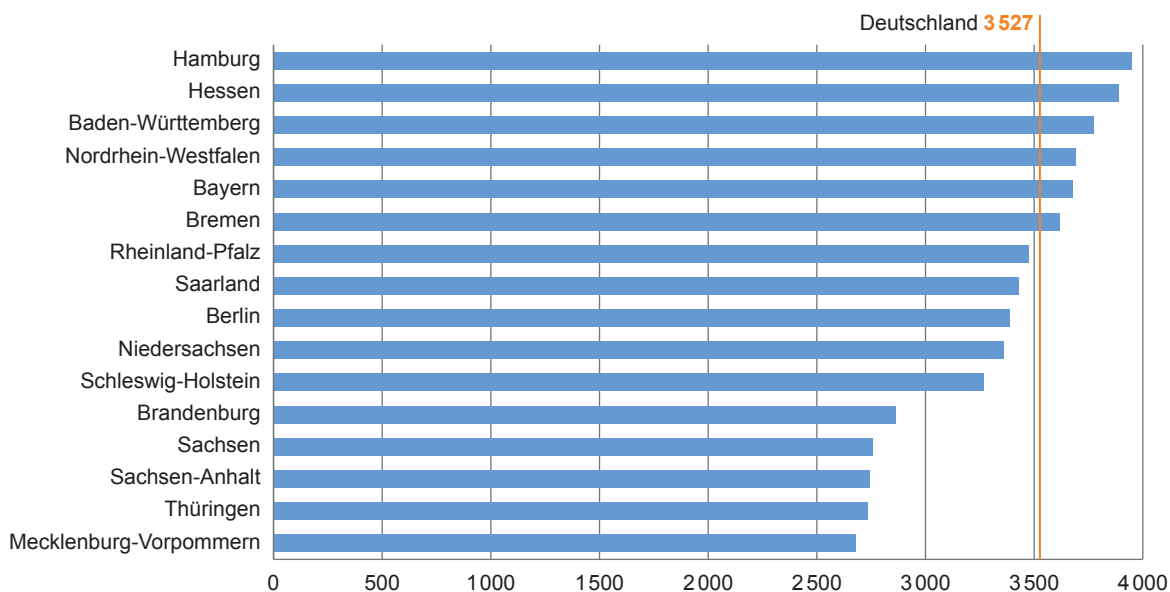
Überwiegender Lebensunterhalt

Der überwiegende Lebensunterhalt kennzeichnet die Unterhaltsquelle, aus welcher hauptsächlich die Mittel für den Lebensunterhalt bezogen werden. Die Angaben hierzu entstammen dem Mikrozensus und beruhen auf der Selbsteinschätzung der Befragten.

Beträchtliche Verdienstunterschiede zwischen Branchen und Regionen

In Deutschland verdienten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2014 ohne Sonderzahlungen im Durchschnitt 3 527 Euro brutto pro Monat. Unter allen Bundesländern gab es die höchsten Bruttomonatsverdienste in Hamburg mit 3 949 Euro, die niedrigsten in Mecklenburg-Vorpommern mit 2 679 Euro. Der Durchschnittsverdienst in Westdeutschland einschließlich Berlin lag 2014 bei 3 652 Euro, in Ostdeutschland waren es 2 760 Euro. Damit erreichte der Bruttomonatsverdienst hier rund 76 % des Westniveaus.

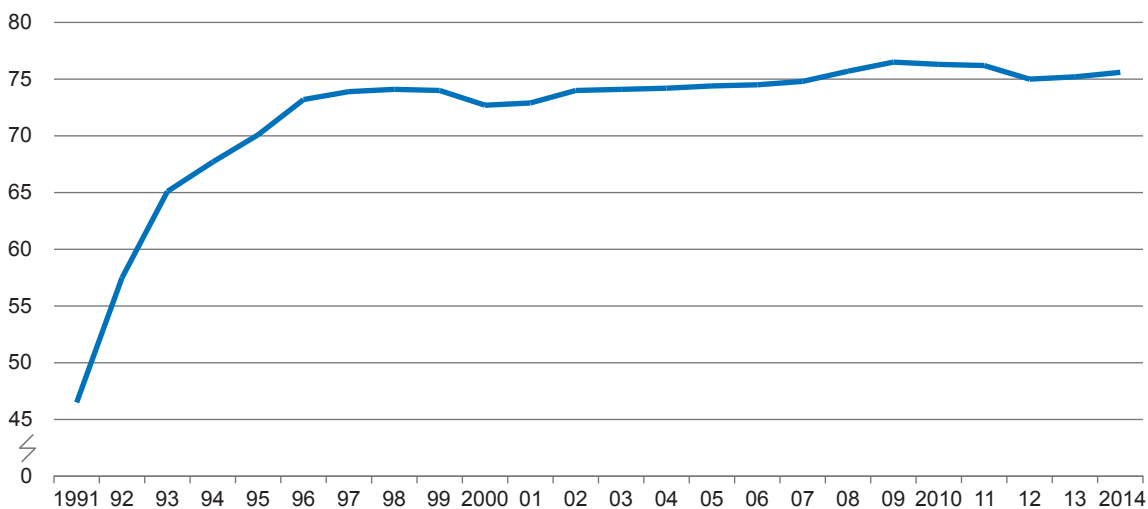
Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2014 in EUR



Ohne Sonderzahlungen.

Gegenüber 1991 ist der Verdienstunterschied zwischen West- und Ostdeutschland erheblich geschrumpft – damals verdienten Ostdeutsche nur rund 47 % des West-niveaus – jedoch konzentrierte sich der Angleichungsprozess hauptsächlich auf die ersten fünf Jahre nach der Vereinigung Deutschlands.

Entwicklung des Anteils der Ostverdienste an den Westverdiensten in %



Bezogen auf den Bruttomonatsverdienst von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer/-innen, früheres Bundesgebiet einschl. Berlin.

Größe der Betriebe und Tarifbindung beeinflussen die Verdiensthöhe. In den meisten Branchen in Ostdeutschland gibt es deutlich weniger große Betriebe mit Tarifbindung als in Westdeutschland. Das Produzierende Gewerbe ist in den ostdeutschen Flächenländern überwiegend durch kleine und mittlere Betriebe geprägt. Hier lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst 2014 bei 69 % des Westniveaus, im Dienstleistungsbereich betrug die entsprechende Quote rund 80 %.

Deutlich geringere Verdienste als im Westen erzielen insbesondere die ostdeutschen Männer, was nicht zuletzt auch auf die Branchenzugehörigkeit zurückzuführen sein dürfte: Männer sind häufig im Produzierenden Gewerbe tätig, das ein starkes Verdienstgefälle zwischen West- und Ostdeutschland aufweist. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter männlicher Arbeitnehmer lag 2014 in den östlichen Flächenländern rund 27 % niedriger als der ihrer West-Kollegen; die Frauen verdienten im Osten rund 16 % weniger als im Westen.

Höhe und Struktur der Haushaltseinkommen differieren

Deutschlandweit belief sich das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen privater Haushalte 2012 auf 3 989 Euro. Haupteinnahmequelle waren mit einem Anteil von 62 % die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit: Durchschnittlich 2 482 Euro stammten aus selbstständiger und unselbstständiger Tätigkeit. Danach folgten mit 896 Euro monatlich oder 23 % des Bruttoeinkommens die Transferzahlungen des Staates, wie zum Beispiel Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, staatliche Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosengeld I und II sowie Sozialhilfe. Einnahmen aus Vermögen in Höhe von 403 Euro trugen 10 % zum Haushaltsbruttoeinkommen bei. Die Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen, wie zum Beispiel Unterhalt durch getrennt lebende Partner, und aus Untervermietung machten mit 209 Euro beziehungsweise 5 % einen geringen Teil aus.

Das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen der privaten Haushalte belief sich auf 3 069 Euro, wobei vom Bruttoeinkommen 532 Euro für Pflichtbeiträge der Sozialversicherung aufzuwenden und 424 Euro Steuern zu zahlen waren.

Sowohl die Höhe als auch die Struktur der Haushaltseinkommen in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich. Den Haushalten in Ostdeutschland standen 2012 mit einem durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen in Höhe von 3 151 Euro lediglich 75 % des Westniveaus zur Verfügung. Dabei war der Anteil der Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen – insbesondere Renten – am Bruttoeinkommen mit 28 % um rund sechs Prozentpunkte höher als in den alten Bundesländern. Dagegen waren die Einnahmen aus Vermögen nur etwa halb so hoch wie in Westdeutschland. Ihr Anteil am Bruttoeinkommen belief sich in Ostdeutschland auf 7 %, in Westdeutschland auf 11 %.

Auf der anderen Seite stellten die Steuerabzüge und Sozialabgaben mit 22 % des Bruttoeinkommens beziehungsweise 698 Euro in Ostdeutschland eine geringere Belastung dar als in Westdeutschland mit 24 % oder 1 027 Euro. Dadurch belief sich das durchschnittliche Nettoeinkommen in Ostdeutschland auf 76 % des Westniveaus.

Die Ergebnisse über Brutto-, Netto- und ausgabefähige Einkommen entstammen den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR). Haushalte von Selbstständigen (Gewerbetreibende und selbstständige Landwirtinnen sowie Landwirte) werden hier nicht befragt.

In die Einnahmen aus Vermögen wird eine sogenannte unterstellte Eigentütermiete eingerechnet.

Der Betrag, der den Haushalten zur Lebensführung zur Verfügung steht, ist geringfügig höher als das Nettoeinkommen, da diesem weitere Einnahmen hinzugerechnet werden, wie zum Beispiel Erlöse aus dem Verkauf von Waren (etwa Gebrauchtwagen) oder Energiekostenrückerstattungen.

Für 2013 liegen keine Ergebnisse der LWR vor, da im Jahr 2013 die sogenannte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durchgeführt wurde. Diese hat einen größeren Stichprobenumfang und ist besser geeignet, tief gegliederte beziehungsweise regionalisierte Ergebnisse abzubilden. Die Ergebnisse über die Einnahmen und Ausgaben der EVS 2013 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Einkommen und Einnahmen privater Haushalte 2012

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
	Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR		
Haushaltsbruttoeinkommen	3 989	4 219	3 151
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 462	2 616	1 900
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	20	21	16 ¹
Einnahmen aus Vermögen	403	452	224
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	896	901	875
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	209	229	135
abzüglich:			
Einkommen-, Lohn-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	424	464	278
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	532	563	420
zuzüglich:			
Zuschüsse der Arbeitgeber und Rentenversicherungsträger zur Krankenversicherung	36	42	17 ¹
Haushaltsnettoeinkommen	3 069	3 234	2 470
zuzüglich:			
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	64	68	50
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	3 133	3 301	2 519

1 Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.

Nahezu identische Konsummuster in Ost- und Westdeutschland

Den größten Teil ihres ausgabefähigen Einkommens verwenden die privaten Haushalte für den Konsum, also unter anderem für Nahrung, Wohnen, Bekleidung, Mobilität und Freizeit. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte lagen 2012 in Ostdeutschland mit 1 915 Euro bei 79 % des Westniveaus. Trotz der unterschiedlichen absoluten Beträge sind die Anteile der einzelnen Ausgabearten am gesamten Konsum in West- und Ostdeutschland fast identisch. Für die Grundbedürfnisse Wohnen, Essen, Trinken und Bekleiden verwendeten die privaten Haushalte gut die Hälfte ihrer gesamten Konsumausgaben. Ein weiteres Viertel entfiel auf Mobilität, Freizeit, Unterhaltung und Kultur. Als weitere größere Posten waren noch Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte, Restaurantbesuche und Gesundheitsausgaben zu verbuchen.

Konsumausgaben privater Haushalte 2012 in %

Deutsch- land	West- deutschland	Ost- deutschland	
34,5	34,5	34,2	Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung
14,2	14,3	13,9	Verkehr
13,9	13,8	14,4	Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren
10,6	10,5	11,1	Freizeit, Unterhaltung und Kultur
5,5	5,4	6,0	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände
5,5	5,5	5,3	Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen
4,6	4,7	4,2	Bekleidung und Schuhe
4,2	4,3	3,4	Gesundheitspflege
7,1	7,0	7,4	Sonstiges (Nachrichtenübermittlung, Bildungswesen, andere Waren und Dienstleistungen)

Armutsgefährdung

Deutschland gilt international gesehen als ein reiches Land. Dennoch spielt die Armutsgefährdung in den Diskussionen um Wohlfahrt eine Rolle. Armutsgefährdung wird standardmäßig in Relation zur mittleren Einkommenssituation in der jeweiligen Region definiert. So ermittelte Armutsgefährdungsquoten sind in erster Linie Maße der Einkommensverteilung und kein Maßstab für absolute Armut.

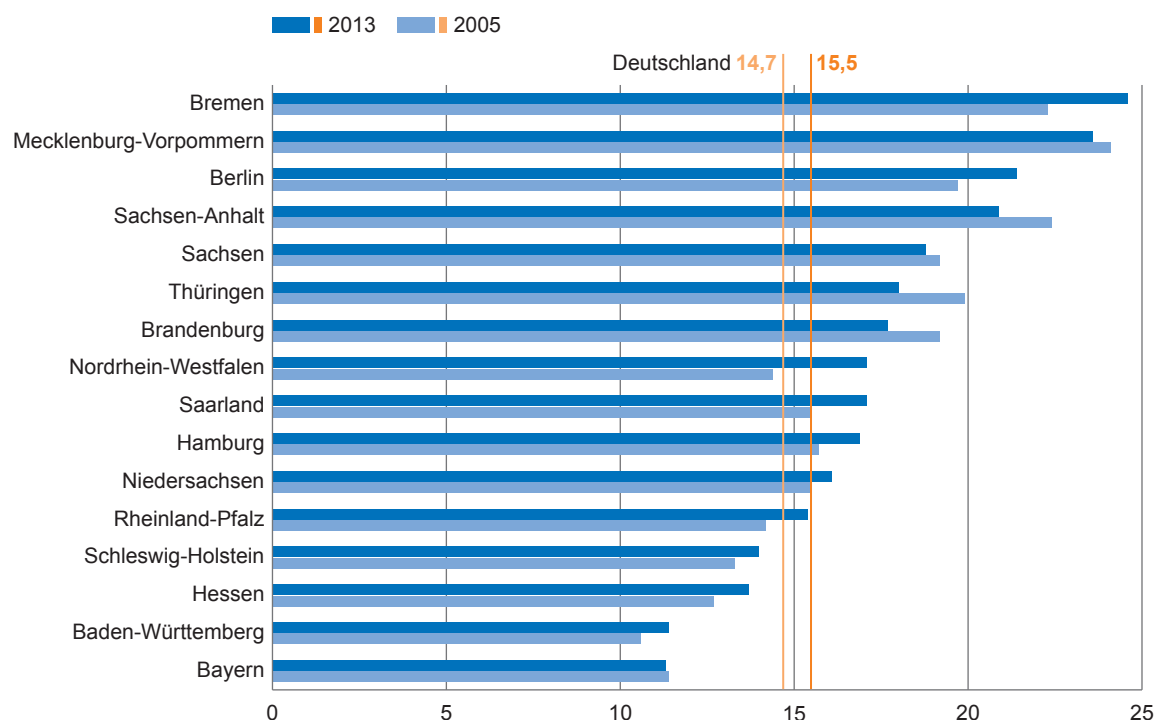
Armutsgefährdung bei regional unterschiedlicher Entwicklung bleibt Thema in Deutschland

15,5 % der Bevölkerung in Deutschland galten im Jahr 2013 als armutsgefährdet, weil sie in einem Haushalt lebten, dessen monatliches Einkommen (einschließlich Transferleistungen) unterhalb der jeweiligen Armutsgefährdungsschwelle lag. Die Armutsgefährdung lag damit über dem Stand bei Beginn der Auswertungen im Jahr 2005 (14,7 %).

Für einen Einpersonenhaushalt lag die Armutsgefährdungsschwelle im Jahr 2013 bei 892 Euro. Für größere Haushalte richtet sich der jeweilige Betrag nach deren individueller Zusammensetzung, wobei sowohl die Anzahl der Personen als auch deren Alter (über/unter 14 Jahre) Berücksichtigung finden. Für einen Haushalt von zwei Erwachsenen mit zwei Kindern unter 14 Jahren waren das beispielsweise 1 873 Euro.

Armutsgefährdungsquote (Bundesmedian) 2013 und 2005

in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

Hochrechnung 2013 anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis Zensus 2011.

Hochrechnung für 2005 basiert auf den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen.

Armutsgefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied.

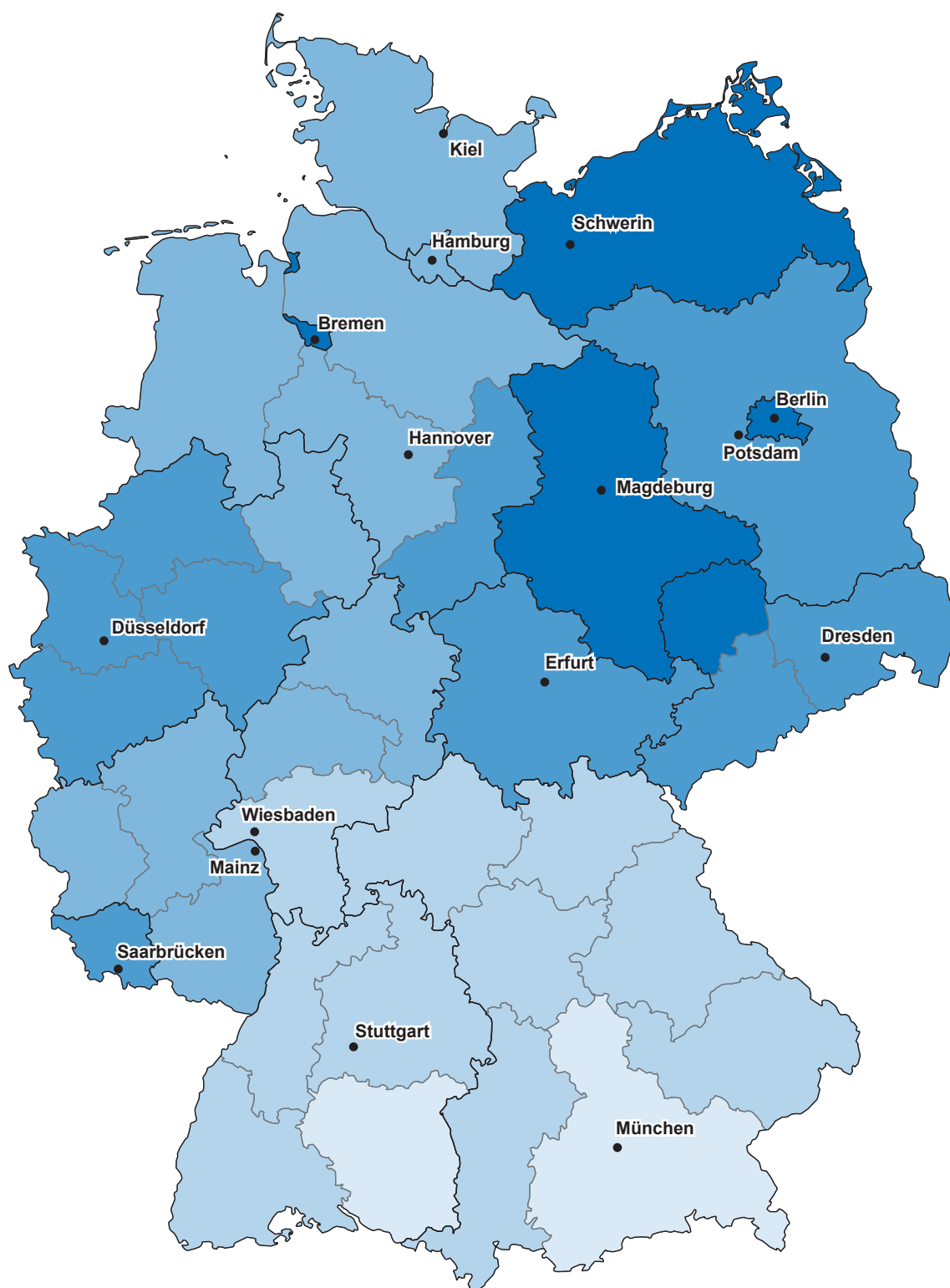
Die hier betrachteten Armutsgefährdungsquoten werden auf Basis des Bundesmedians der Einkommen berechnet. Diese Ergebnisse richten den Blick stärker auf die Unterschiedlichkeit der materiellen Lebensverhältnisse zwischen den Regionen innerhalb Deutschlands, indem die Armutsgefährdungsschwelle an den mittleren bundesdeutschen Verhältnissen ausgerichtet wird.

Alternativ dazu kann die Verteilung der Einkommen innerhalb der einzelnen Bundesländer oder Regionen herangezogen werden. Danach gelten alle Personen, deren Einkommen unterhalb der jeweiligen Armutsgefährdungsschwelle ihres Bundeslandes oder ihrer Region liegt, als armutsgefährdet. Dabei wird den Unterschieden im Einkommens- und teilweise auch im Preisniveau (zum Beispiel Wohnkosten) zwischen den Bundesländern und Regionen Rechnung getragen.

Datenquelle: Mikrozensus

In den neuen Bundesländern war der Anteil armutsgefährdeter Personen an der Bevölkerung aufgrund des geringeren Einkommensniveaus nach der Vereinigung Deutschlands nach wie vor höher als im Großteil des früheren Bundesgebiets. Die Armutsgefährdungsquote lag für das Gesamtgebiet aller neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) mit 19,8 % um 5,4 Prozentpunkte höher als in den alten Bundesländern (14,4 %). Die höchste Armutsgefährdungsquote wurde 2013 dennoch im Land Bremen (24,6 %) ermittelt.

Armutsgefährdungsquote (Bundesmedian) 2013 in %



9,3 bis unter 11 11 bis unter 14 14 bis unter 17 17 bis unter 20 20 bis 24,6

Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG 2013 (Daten verändert)

Während in allen ostdeutschen Flächenländern gegenüber 2005 ein Rückgang der Quote registriert wurde, waren für Nordrhein-Westfalen, Bremen, Berlin und das Saarland die höchsten Zuwächse zu verzeichnen. Am niedrigsten war die Armutsgefährdung nach wie vor im Süden Deutschlands (Bayern 11,3 %; Baden-Württemberg 11,4 %).

Armutsgefährdung Älterer in den neuen Bundesländern niedriger

Bei Personen ab 65 Jahren war die Armutsgefährdung 2013 mit 14,3 % niedriger als in der Gesamtbevölkerung. Allerdings stieg die Armutsgefährdungsquote der Seniorinnen und Senioren seit 2005 wesentlich stärker an (+ 3,3 Prozentpunkte) als die allgemeine Armutsgefährdungsquote (+ 0,8 Prozentpunkte). Ältere Menschen in den neuen Bundesländern und Berlin waren dabei im Jahr 2013 mit einer Quote von 12,5 % seltener armutsgefährdet als ihre Altersgenossen in Westdeutschland (14,8 %).

Am höchsten war 2013 die Armutsgefährdungsquote für Seniorinnen und Senioren im Saarland (19,2 %), in Rheinland-Pfalz (17,8 %), aber auch in Bayern (17,0 %), dem Bundesland mit der geringsten Armutsgefährdung in der Gesamtbevölkerung. Neben Baden-Württemberg (12,8 %) waren das auch die einzigen Bundesländer, in denen die Armutsgefährdung für Ältere höher war als für die jeweilige Gesamtbevölkerung im Bundesland.

Im Gegensatz dazu wurde die geringste Armutsgefährdungsquote für Personen ab 65 Jahre in Berlin ermittelt. Mit 11,0 % war 2013 die Armutsgefährdung in dieser Altersgruppe hier nur etwa halb so hoch wie in der Berliner Gesamtbevölkerung. Ähnlich niedrig war die Quote auch in Sachsen (11,5 %) und Hamburg (11,7 %) – so wie in insgesamt zwölf Bundesländern waren Ältere hier seltener armutsgefährdet als der Bevölkerungsdurchschnitt.

Soziale Sicherung

Soziale Mindestsicherung seit 2005 durch Hartz IV dominiert

Personen, die aus verschiedenen Gründen nicht (auch vorübergehend) über genügend Einkommen zur Sicherung ihrer Grundbedürfnisse verfügen, haben Anspruch auf Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme. Dies sind finanzielle Hilfen des Staates, welche den in Not geratenen Menschen eine menschenwürdige Lebensführung ermöglichen.

Am Jahresende 2013 bezogen insgesamt 7,4 Millionen Menschen in Deutschland Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Die bisher höchsten Empfängerzahlen waren mit 8,3 Millionen im Jahr 2006 zu verzeichnen, die bisher niedrigsten mit gut 7,2 Millionen Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfängern im Dezember 2012.

Die weitaus meisten Menschen (knapp 82 %), die 2013 Leistungen der sozialen Mindestsicherung in Anspruch nahmen, erhielten diese in Form der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV).

Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung nach beteiligten Leistungssystemen

Leistungsart	Anzahl		Anteil in %		Je 1 000 Einwohner	
	2006	2013	2006	2013	2006	2013
Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende „Hartz IV“)	7 283 493	6 041 123	87,7	81,8	88,5	74,8
davon Arbeitslosengeld II	5 310 821	4 350 135	64,0	58,9	64,5	53,9
Sozialgeld ¹	1 972 672	1 690 988	23,8	22,9	24,0	20,9
Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB XII (Sozialhilfe)	763 809	1 084 563	9,2	14,7	9,3	13,4
davon Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	681 991	962 187	8,2	13,0	8,3	11,9
Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	81 818	122 376	1,0	1,7	1,0	1,5
Regelleistungen nach dem AsylbLG (Asylbewerberleistungsgesetz)	193 562	224 993	2,3	3,0	2,4	2,8
Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge (Bundesversorgungsgesetz) ²	59 849	34 268	0,7	0,5	0,7	0,4
Insgesamt	8 300 713	7 384 947	100	100	100,8	91,4

1 Für nicht erwerbsfähige Personen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, wie z. B. Kinder.

2 Erhebung im Zweijahresturnus (gerades Jahr); für 2013 Angaben aus dem Berichtsjahr 2012.

Quelle für Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Soziale Mindestsicherung

Die Tabelle zeigt, welche Leistungen seit Einführung von „Hartz IV“ und der Neuordnung des Sozialleistungssystems in Deutschland 2005 zur Mindestsicherung gehören und verdeutlicht die Bedeutung der einzelnen Leistungssysteme anhand ihrer Empfängerzahlen am jeweiligen Jahresende.

Das SGB II hat den größten Empfängerkreis, weil in seinen Zuständigkeitsbereich bis auf wenige Ausnahmen alle hilfebedürftigen erwerbsfähigen Personen fallen, die das 15. Lebensjahr vollendet und die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben, sowie die Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben.

SGB-XII-Leistungen erhalten dagegen hilfebedürftige Personen jenseits der Regelaltersgrenze beziehungsweise wenn sie nicht erwerbsfähig sind oder mit Erwerbsfähigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben.

Rückgang bei „Hartz IV“, Anstieg bei Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Während die Zahl der SGB-II-Empfängerinnen und -Empfänger in den meisten Jahren durch die Auswirkungen der demografischen Entwicklung und die in den letzten Jahren eingetretene Entspannung auf dem Arbeitsmarkt – oft sogar sehr deutlich – zurückging, stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger mit den Lebensunterhalt sichernden Leistungen im Rahmen des SGB XII (Sozialhilfe) stetig an. Diese Leistungen hatten dadurch 2013 mit 14,7 % einen deutlich höheren Anteil an der Mindestsicherung als noch 2006 (9,2 %). Ursächlich war hier insbesondere die Zunahme der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Seit 2010 steigt die Zahl der Regelleistungsempfängerinnen und -empfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dennoch machte diese Empfängergruppe am Jahresende 2013 nur 3,0 % der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger aus.

Die Kriegsopferfürsorge hat 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges einen sehr geringen und weiter abnehmenden Anteil an der Mindestsicherung (0,5 %).

Bezug von Mindestsicherungsleistungen in den Stadtstaaten stärker ausgeprägt als in den Flächenländern

Die Mindestsicherungsquoten in den Stadtstaaten Berlin und Bremen lagen mit Werten von 19,4 beziehungsweise 17,1 Empfängern je 100 Einwohner am Jahresende 2013 weit über der Mindestsicherungsquote für Deutschland (9,1). Auch Hamburg mit einer Quote von 13,2 und die Flächenländer Mecklenburg-Vorpommern (13,7) und Sachsen-Anhalt (13,9) wiesen stark überdurchschnittliche Quoten auf. Nur vier Bundesländer – allesamt im Süden Deutschlands gelegene Flächenländer – hatten niedrigere Quoten als Gesamtdeutschland.

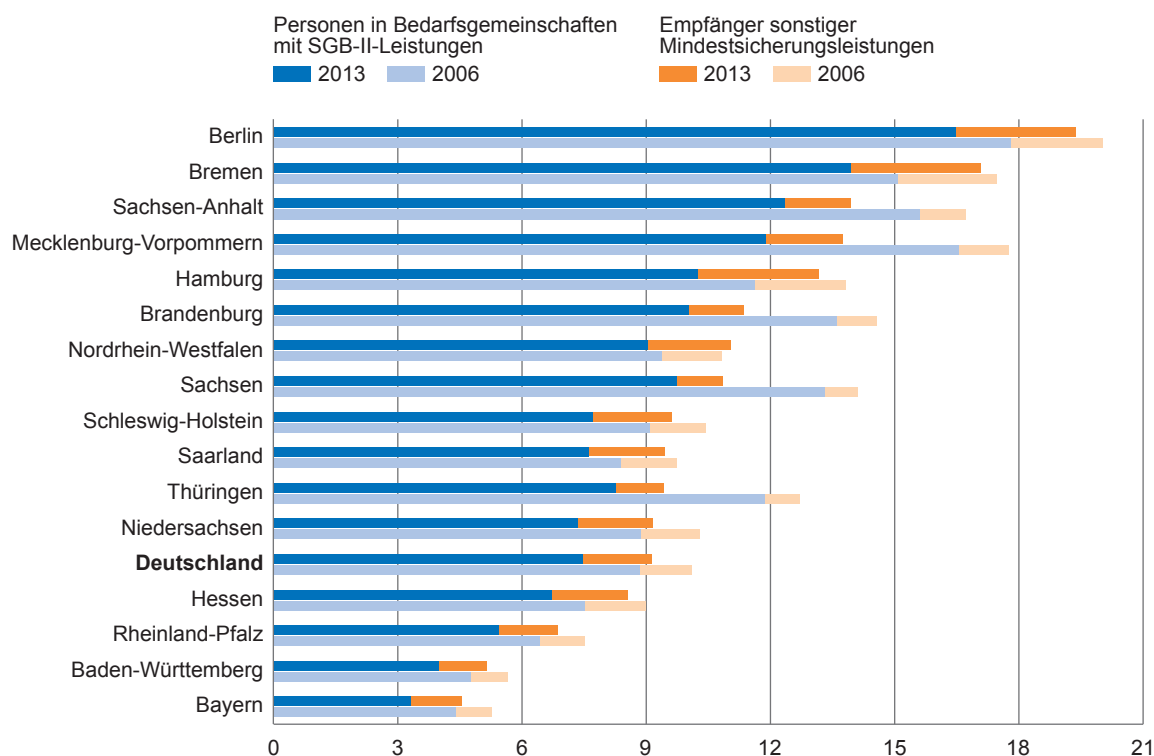
Mindestsicherungsquote

Mindestsicherungsempfänger je 100 Einwohner.

Zwischen 2006 und 2013 verringerte sich die Mindestsicherungsquote in Deutschland um 9,4 %. Der stärkste Rückgang (über 25 %) war in Thüringen zu verzeichnen, aber auch die Quoten in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg gingen in diesem Zeitraum um über 20 % zurück. In Sachsen-Anhalt und Bayern verringerten sich die Quoten (– 16 % beziehungsweise – 14 %) ebenfalls sehr stark. Einen Anstieg der Mindestsicherungsquote gab es nur in Nordrhein-Westfalen.

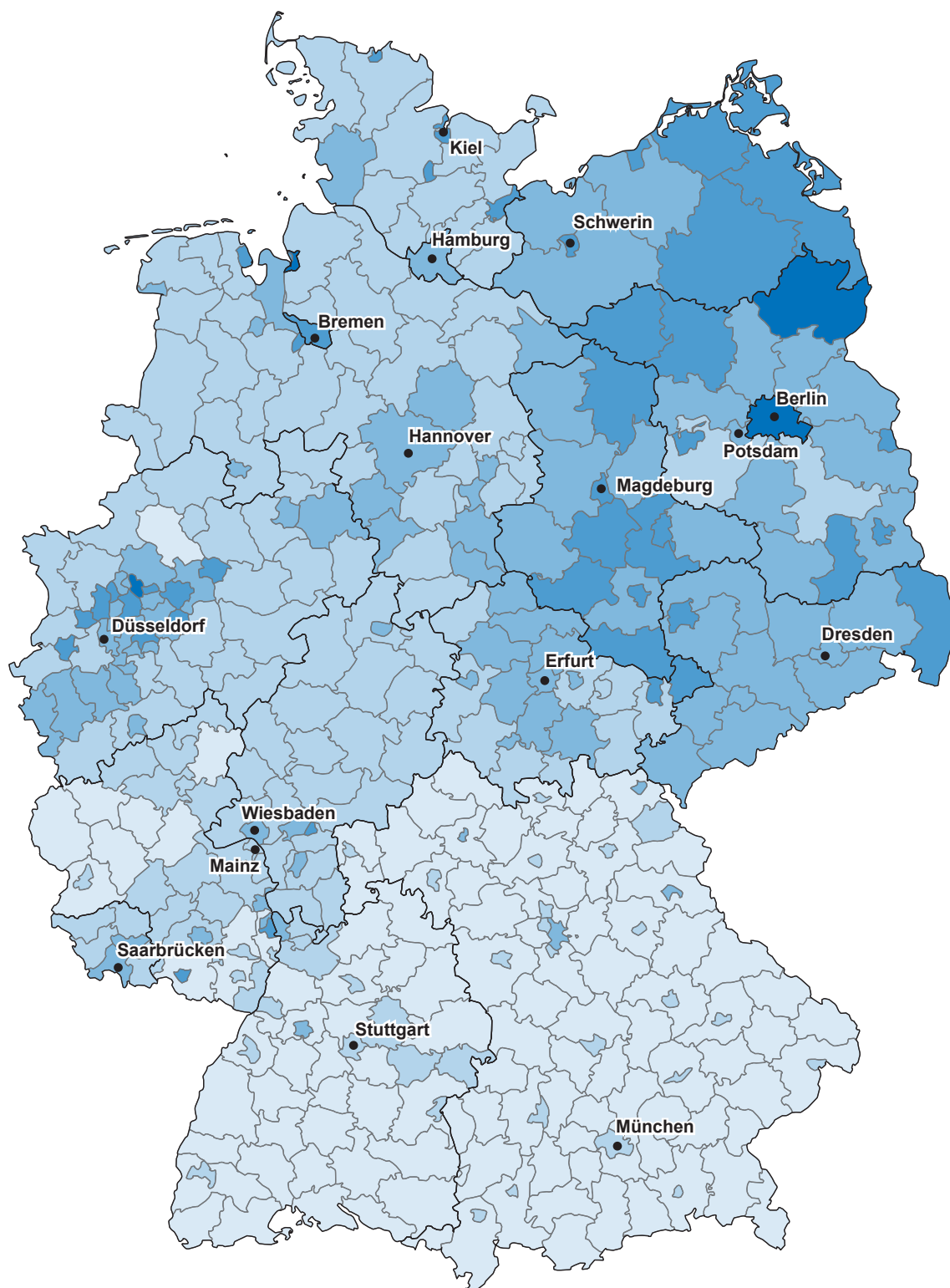
Mindestsicherungsquote im Dezember 2013 gegenüber 2006

Empfänger je 100 Einwohner



Ähnlich wie in den Stadtstaaten spielen auch in den kreisfreien Städten Mindestsicherungsleistungen, insbesondere „Hartz IV“, tendenziell eine größere Rolle als in den Landkreisen.

SGB-II-Quote im Dezember 2013 in %



unter 5 5 bis unter 10 10 bis unter 15 15 bis unter 20 20 bis unter 23

Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG 2013

Quelle für Leistungen nach SGB II: Bundesagentur für Arbeit

SGB-II-Quote

Bestand an Personen in Bedarfsgemeinschaften mit Leistungen der Grundsicherung für Arbeit-suchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) je 100 Einwohner bis zur Regelalters-grenze (2013: 65 Jahre und zwei Monate).

Ältere Menschen sind in Deutschland derzeit relativ selten von Mindest-sicherung betroffen, Kinder dagegen häufiger

Während im Dezember 2013 in Deutschland insgesamt etwa jeder elfte Einwohner Mindestsicherung empfing, war es bei den Kindern unter 15 Jahren etwa jedes sechste, bei älteren Menschen ab 65 Jahren nur jeder 32-ste.

Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung 2013 nach Altersgruppen

Leistungsart	Alter (in Jahren)			
	insgesamt	unter 15	15 bis unter 65	65 und mehr
SGB II	6 041 123	1 617 831	4 415 523	7 769
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ¹	962 187	X	462 892	499 295
Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	122 376	19 675	99 782	2 919
Regelleistungen nach dem AsylbLG (Asylbewerberleistungsgesetz)	224 993	59 571	161 132	4 290
Insgesamt²	7 384 947	1 697 077	5 139 329	514 273
Je 100 Einwohner	9,1	16,0	9,6	3,1

¹ Leistungsberechtigung besteht ab dem 18. Lebensjahr.

² Empfänger mit Leistungen der Kriegsopferfürsorge werden nicht nach dem Alter erfasst. Sie sind deshalb nur in der Gesamtsumme enthalten.

Quelle für Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Von den fast 1,7 Millionen Kindern unter 15 Jahren, die am Jahresende 2013 deutschlandweit Mindestsicherung in Anspruch nahmen, lebten 95 % mit ihren Eltern oder einem Elternteil in Bedarfsgemeinschaften mit „Hartz IV“-Bezug.

Jedes dritte Kind in Berlin lebte 2013 in einer SGB-II-Bedarfsgemeinschaft. Ähnlich hoch war der Anteil in Bremen (30,9 %) und in Sachsen-Anhalt (26,6 %). In den Ländern Bayern und Baden-Württemberg lebten mit 7,0 % und 8,2 % die wenigsten Kinder der Altersgruppe unter 15 Jahren in Familien mit „Hartz IV“-Leistungen.

Ältere Menschen ab 65 Jahre, die ihren Lebensunterhalt durch eigenes Einkommen nicht vollständig decken können, beziehen in den allermeisten Fällen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Ende 2013 waren das insgesamt 499 295 Personen dieser Altersgruppe und damit über ein Drittel mehr als noch 2006 (370 543). In den Stadtstaaten sind ältere Menschen am häufigsten auf diese Hilfe angewiesen (61 von 1 000) und in den ostdeutschen Flächenländern am seltensten (13 von 1 000).

Wohnen in Deutschland

Die Schaffung von Wohnraum und die städtebauliche Entwicklung in Ostdeutschland gehörten mit zu den vordringlichsten Aufgaben nach der Vereinigung Deutschlands. Während in Westdeutschland die Nachkriegsbebauung sehr ausgeprägt ist, gibt es in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen viele Kreise mit einem hohen Anteil an Altbauten, die vor 1919 gebaut wurden. Zudem wurde das Erscheinungsbild der ostdeutschen Städte auch von weitläufigen Plattenbausiedlungen geprägt.

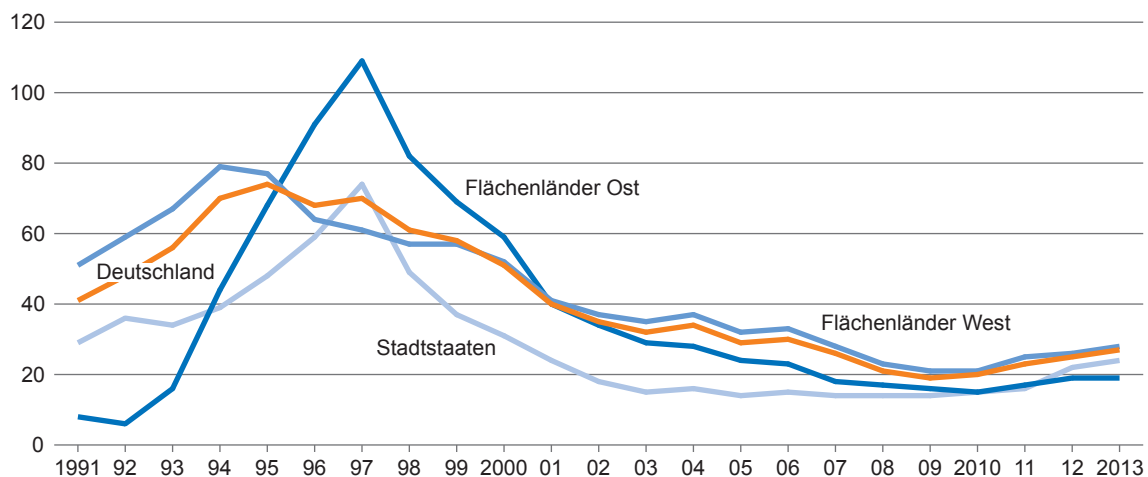
Ostdeutschland: Boom im Wohnungsbau Mitte der 1990er-Jahre

Seit 1991 wurden knapp acht Millionen neue Wohnungen in Deutschland gebaut, im Durchschnitt waren dies pro Jahr etwa 341 000 Wohnungen. Tatsächlich schwankte die Zahl der Fertigstellungen zwischen einem Minimum von 159 000 Wohnungen im Jahr 2009 und dem Maximum von 603 000 Wohnungen 1995. Fast zwei Drittel der Wohnungen entstanden in den bevölkerungsreichen Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost erlebte die Bautätigkeit nach der Wende zunächst einen spürbaren Aufschwung, der etwa bis zur Jahrtausendwende anhielt. Bezogen auf die Bevölkerung wurden in diesen Jahren dort mehr Wohnungen fertig gestellt als im Bundesdurchschnitt. Eine Ursache hierfür waren großzügige Abschreibungsmodelle, mit denen der Staat damals Investitionen in den Mietwohnungsbau gefördert hat.

Baufertigstellungen von Wohnungen

je 10 000 Einwohner



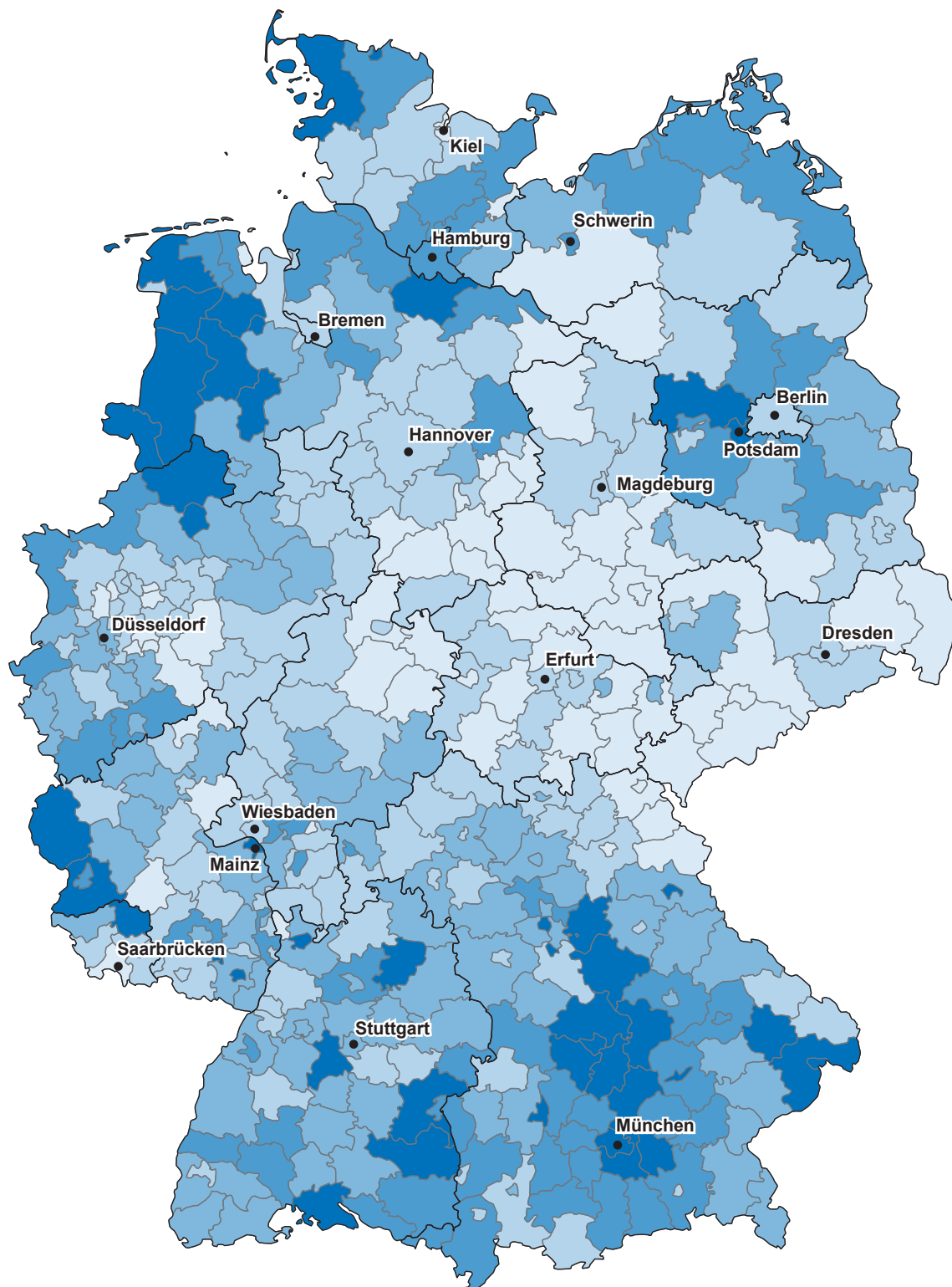
Auf dem Gipfel des Baubooms, im Jahr 1997, lag mehr als ein Viertel aller in Deutschland fertig gestellten Wohnungen in den ostdeutschen Flächenländern. Bezogen auf 10 000 Einwohner wurden in Brandenburg 131 Wohnungen fertig gestellt, in Mecklenburg-Vorpommern 120 und in Sachsen 119, während es deutschlandweit 70 Wohnungen je 10 000 Einwohner waren. Die hohe Neubautätigkeit in Brandenburg weist auf den Aufbau des „Speckgürtels“ rund um Berlin hin, wo sich Menschen um eine Großstadt herum im „Grünen“ ansiedeln, jedoch in der Kernstadt arbeiten. Die Stadtstaaten folgten in abgeschwächter Form der Entwicklung der ostdeutschen Flächenländer – dies ist aber überwiegend auf die hohe Zahl der Baufertigstellungen in Berlin und hier insbesondere Berlin-Ost zurückzuführen. In den westlichen Flächenländern war die Zahl der fertig gestellten Wohnungen je 10 000 Einwohner bereits seit 1994 rückläufig. Nachdem die staatliche Förderung des ostdeutschen Wohnungsbaus ab 1999 eingestellt wurde, sank die Zahl der Baufertigstellungen je 10 000 Einwohner ab dem Jahr 2002 in den ostdeutschen Flächenländern wieder unter den Bundesdurchschnitt und erreichte ihren Tiefststand in der Wirtschaftskrise 2009/2010. Seitdem ist wieder ein Anstieg der Bautätigkeit in ganz Deutschland zu beobachten.

Statistik der Baufertigstellungen

Dargestellt wird die Zahl der fertig gestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen. Zu den Wohngebäuden zählen auch Wohnheime.

Baufertigstellungen 2013

Baufertigstellungen von Wohnungen je 10 000 Einwohner



unter 10
 10 bis unter 20
 20 bis unter 30
 30 bis unter 40
 40 und mehr

Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG 2013

Wohnen im Wandel: Einfamilienhäuser auch in Ostdeutschland gefragt

Während des Baubooms zwischen 1995 und 1997 wurden in den ostdeutschen Flächenländern und Berlin-Ost vorrangig Wohnungen in Mehrfamilienhäusern errichtet (Anteil von 64 % im Jahr 1997). Danach nahm der Bau von Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern deutlich zu (höchster Anteil 2004 mit 85 % an allen fertig gestellten Wohnungen), denn diese Wohnform setzte sich auch im Osten immer mehr durch. Gegenwärtig entfallen etwa zwei Drittel der neu errichteten Wohnungen in Ostdeutschland auf diese kleinen Wohneinheiten. In Westdeutschland verlief die Entwicklung ähnlich, wobei dort der Anteil der neuen Wohnungen in Mehrfamilienhäusern etwas höher liegt.

In allen östlichen Flächenländern werden heute am häufigsten Einfamilienhäuser gebaut, ebenso wie in den weniger dicht besiedelten westlichen Flächenländern Saarland, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. In den Stadtstaaten und dicht besiedelten Bundesländern überwiegt der Bau von Mehrfamilienhäusern aufgrund knapper Fläche und entsprechend höherer Grundstückspreise.

Neu gebaute Wohnungen nach Art des Gebäudes 2013 in %

	Wohnungen in Wohngebäuden mit		
	1 Wohnung	2 Wohnungen	3 und mehr Wohnungen
Baden-Württemberg	38,6	11,5	49,9
Bayern	42,5	9,1	48,4
Berlin	39,0	2,9	58,1
Brandenburg	69,0	6,4	24,6
Bremen	37,3	1,6	61,1
Hamburg	23,4	3,1	73,4
Hessen	37,4	7,2	55,4
Mecklenburg-Vorpommern	53,4	9,3	37,3
Niedersachsen	53,3	11,0	35,7
Nordrhein-Westfalen	42,6	8,4	49,0
Rheinland-Pfalz	49,1	11,7	39,2
Saarland	59,9	7,7	32,4
Sachsen	63,8	7,4	28,8
Sachsen-Anhalt	65,6	4,0	30,4
Schleswig-Holstein	55,0	10,0	35,0
Thüringen	62,5	6,1	31,4
Deutschland	45,3	9,0	45,7

Statistik der Baufertigstellungen.

Betrachtet man den gesamten Wohnungsbestand, so befanden sich 2013 etwa 83 % der Wohnungen in Deutschland in Ein- oder Zweifamilienhäusern und 17 % in Mehrfamilienhäusern.

Parallel zum Bauboom in den 1990er-Jahren wurden viele Altbauten in den ostdeutschen Kernstädten mit öffentlichen und privaten Geldern instandgesetzt und modernisiert. Gleichzeitig fand in Ostdeutschland und Berlin auch ein umfangreicher Rückbau städtischer Quartiere statt, insbesondere der Hochhaussiedlungen. So sind dort in den Jahren zwischen 1993 und 2013, insbesondere nach der Jahrtausendwende, insgesamt knapp 55 700 Wohngebäude abgerissen oder rückgebaut worden, davon waren 70 % Wohngebäude mit mehr als drei Wohnungen. Die fortdauernde Abwanderung in den Westen und die beginnende Suburbanisierung in den ostdeutschen Städten haben jedoch dazu geführt, dass es heute in vielen ostdeutschen Kernstädten einen erheblichen Leerstand an Wohnungen gibt.

Im Ergebnis der Umwälzungen im Wohnungssektor hat sich in Ostdeutschland und Berlin der Wohnungsbestand seit 1991 überdurchschnittlich um ein gutes Viertel auf knapp neun Millionen Wohnungen erhöht. In Deutschland gab es 2013 insgesamt mit gut 41 Millionen Wohnungen etwa 20 % mehr Wohnungen als noch 1991.

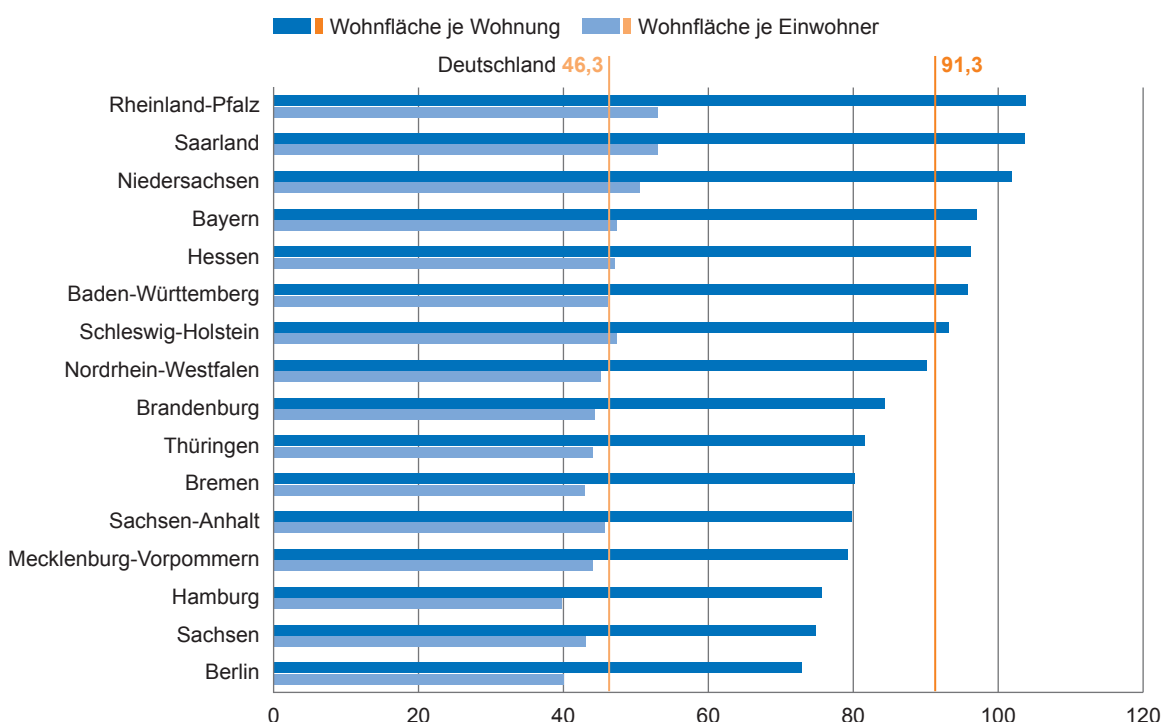
Immer mehr Wohnfläche

Bestehende Wohnungen in Deutschland sind derzeit (2013) durchschnittlich 91 m² groß, wobei zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede bestehen: Die kleinsten Wohnungen gibt es in Berlin mit knapp 73 m², die größten in Niedersachsen, im Saarland und in Rheinland-Pfalz mit über 100 m². In diesen Ländern stehen den Einwohnerinnen und Einwohnern durchschnittlich mehr als 50 m² Wohnfläche pro Kopf zur Verfügung, in Hamburg begnügen sich die Menschen mit weniger als 40 m². Im Durchschnitt leben die Menschen in Deutschland auf 46 m² Wohnfläche.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurden die Wohnungen im Durchschnitt immer größer: 1990 waren die Wohnungen noch 82 m² groß, pro Kopf standen 35 m² Wohnfläche zur Verfügung.

Dieser Trend zu größeren Wohnungen hält auch weiterhin an: Die 2013 neu gebauten Wohnungen sind im Durchschnitt 112 m² groß. Die kleinsten Wohnungen werden in Hamburg gebaut (100 m²), die größten in Sachsen (121 m²).

Durchschnittliche Wohnungsgröße und Wohnfläche je Einwohner/-in 2013 in m²



Fortschreibung basierend auf den endgültigen Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 2011, einschließlich Wohnheime. Die Angaben beziehen sich auf Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.

Knapp jeder zweite Haushalt in Deutschland mit Haus- und Grundbesitz

Zum Jahresbeginn 2013 verfügten knapp 48 % der Privathaushalte in Deutschland über Haus- und Grundbesitz in Form von Immobilien oder unbebauten Grundstücken. Die ostdeutschen Länder lagen mit einem Anteil von gut 44 % noch unter dem Bundesdurchschnitt; die Stadtstaaten hatten mit 27 % den niedrigsten Anteil. Besonders verbreitet war der Haus- und Grundbesitz im Südwesten und Süden Deutschlands, aber auch Thüringen und Brandenburg lagen mit einem Anteil von etwa je 49 % über dem Bundesdurchschnitt. Die häufigste Form des Immobilienbesitzes in Deutschland ist das Einfamilienhaus (64 %), an zweiter Stelle steht die Eigentumswohnung (29 %). In den ostdeutschen Ländern entscheiden sich die Privathaushalte beim Erwerb einer Immobilie überwiegend für das Einfamilienhaus, während die Eigentumswohnung in den bevölkerungsreichen westlichen Flächenländern sowie in den Stadtstaaten eine größere Rolle spielt.

Private Haushalte mit Haus- und Grundbesitz 2013

in %

	Insgesamt	Mit Angaben zur Art des Haus- und Grundbesitzes, darunter: Einfamilienhäuser
Baden-Württemberg	58,2	55,2
Bayern	55,0	62,3
Berlin	22,7	41,1
Brandenburg	49,0	77,8
Bremen	44,6	57,8
Hamburg	30,8	52,6
Hessen	52,4	63,1
Mecklenburg-Vorpommern	41,7	73,5
Niedersachsen	51,6	74,5
Nordrhein-Westfalen	45,8	60,3
Rheinland-Pfalz	60,8	74,3
Saarland	63,0	73,5
Sachsen	40,8	63,7
Sachsen-Anhalt	42,9	74,4
Schleswig-Holstein	52,9	76,4
Thüringen	48,6	67,2
Deutschland	47,5	63,7
Östliche Flächenländer	44,2	70,4
Westliche Flächenländer	52,6	63,8
Stadtstaaten	27,4	47,8

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013.

Lebensqualität



In allen Bundesländern ist ein Trend zu höherer Bildung zu verzeichnen.

Übergewicht und Rauchen sind gravierende Gesundheitsrisiken.

Angehörige und ambulante Pflegedienste sind die tragenden Säulen bei der Versorgung pflegebedürftiger Personen.

Der Anteil der Stromerzeugung aus regenerativen Energien ist in den letzten zehn Jahren in allen Bundesländern erheblich gestiegen.

Stadtstaaten haben den größten Anteil an Erholungs- und Wasserflächen.

Die Wahlbeteiligung geht gegenüber der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl in allen Bundesländern zurück.

Die Lebensbedingungen der Menschen in Deutschland werden über den rein materiellen Wohlstand hinaus maßgeblich von Faktoren bestimmt, die besonders stark zum subjektiven Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger beitragen. Dazu gehören beispielsweise Bildungsangebote, die Gesundheitsversorgung oder Möglichkeiten der Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf. Zunehmend wichtiger wird ebenfalls der nachhaltige Umgang mit Umwelt- und Energieressourcen.

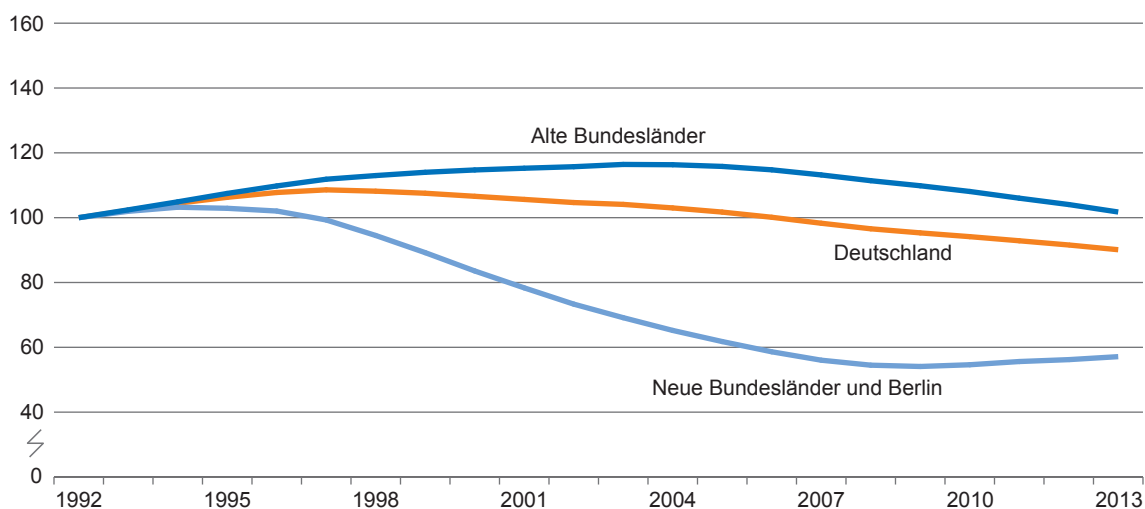
Bildungssituation

Trend zu höherer Bildung in allen Bundesländern

Bildung hat in einem modernen Land wie Deutschland einen hohen Stellenwert. Sie entscheidet maßgeblich über Lebenschancen und befähigt Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dabei erweist sich „Bildung“ als ein lebenslanger Prozess – anfangen von der frühkindlichen Bildung über das allgemein- und berufsbildende Schulsystem bis hin zur Weiterbildung im Beruf und nach der Erwerbsphase. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten haben sich die Jahrgangsstärken derjenigen, die in das Bildungssystem hineinwachsen, verringert. Der Geburtenrückgang und die Abwanderungen während der 1990er-Jahre haben in den neuen Ländern und Berlin zu einem deutlichen Rückgang der Schülerzahlen geführt. So gingen dort 2013 rund 40 % weniger Schülerinnen und Schüler in die allgemeinbildenden Schulen als 1992. Da auch in den alten Bundesländern die Schülerzahlen seit rund zehn Jahren rückläufig sind, lagen sie deutschlandweit 2013 um etwa 10 % niedriger als zu Beginn der 1990er-Jahre.

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen

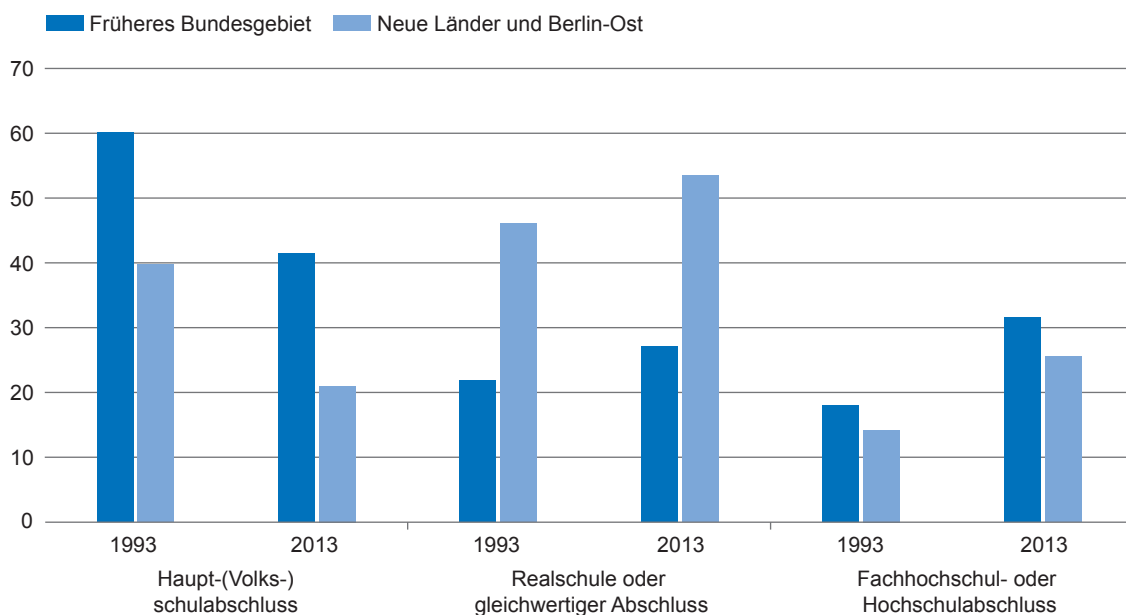
Messziffer (1992 = 100)



Ein wachsender Anteil der Schülerinnen und Schüler hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten die allgemeinbildenden Schulen mit der Fachhochschul- und Hochschulreife verlassen. Bundesweit ist dieser Anteil seit 1992 von knapp 25 % auf fast 36 % im Jahr 2013 angestiegen. Dieser Aufwärtstrend zeigt sich in allen Bundesländern. Er ist aber auch aufgrund der unterschiedlichen Ausgestaltung der Schulsysteme unterschiedlich stark ausgeprägt. Mit Ausnahme der Stadtstaaten verlassen jedoch nach wie vor die meisten Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen mit dem mittleren Abschluss.

Der Blick auf den schulischen Bildungsstand der Bevölkerung (ab 15 Jahren) zeigt, dass mittlere und hohe Bildungsabschlüsse seit Beginn der 1990er-Jahre zugenommen haben. Im früheren Bundesgebiet verfügen die meisten Menschen über einen Haupt- oder Volksschulabschluss. Ihr Anteil ist jedoch stark gesunken, lag aber 2013 noch bei rund 41 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost dominieren auch heute mittlere Schulabschlüsse (53 %), die im früheren Bundesgebiet nur halb so stark (27 %) verbreitet sind.

Bevölkerung mit allgemeinbildendem Schulabschluss nach Art des Abschlusses in %



Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr.

An den Hochschulen hat sich die Zahl der Studierenden in allen Bundesländern seit dem Wintersemester 1991/92 stark erhöht. Im Bundesdurchschnitt lag der Zuwachs bis zum Wintersemester 2013/14 bei gut 50 %, in den fünf östlichen Flächenländern zusammen haben sich – auch bedingt durch den Ausbau der Hochschulen und die Zuwanderung von Studierenden aus den alten Bundesländern – die Zahlen fast verdreifacht. Dort waren 2013/14 mit rund 311 000 Studierenden knapp 12 % aller rund 2,6 Millionen Studierenden in Deutschland eingeschrieben (1990/91: rund 6 %).

Die häufigsten Ausbildungsberufe

Die Zahl derer, die sich in einer betrieblichen Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf befinden, ist in den neuen Ländern und Berlin seit 1991 um rund 30 % auf knapp 194 000 (2013) gesunken. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) fiel der Rückgang mit einem Minus von 14 % nur halb so hoch aus; hier befanden sich 2013 fast 1,2 Millionen Männer und Frauen in einer betrieblichen Ausbildung. Auch hier wirkt sich das anhaltend niedrige Geburtenniveau so aus, dass weniger junge Menschen in das Ausbildungsalter nachwachsen.

Die Präferenzen der Auszubildenden für bestimmte Berufe haben sich in den neuen Ländern und im früheren Bundesgebiet seit Anfang der 1990er-Jahre in unterschiedlichem Maße geändert. Dabei ist allerdings die Vergleichbarkeit durch Veränderungen in den Berufsbildern und ihrer Benennungen eingeschränkt. Bei den männlichen Auszubildenden stehen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) nach wie vor die technisch orientierten Ausbildungsberufe mit dem Kfz-Mechatroniker und dem Industriemechaniker an der Spitze hoch im Kurs. In den neuen Ländern (mit Berlin) dominieren heute ebenfalls die Technik bezogenen Ausbildungsberufe: Sie haben dort den früheren Ausbildungsberuf Nr. 1 „Maurer“ sowie den „Maler und Lackierer“ nach hinten in der Rangliste verdrängt. Weibliche Auszubildende im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern ziehen heute wie zu Beginn der 1990er-Jahre hauptsächlich die „Medizinische Fachangestellte“ sowie die „Kaufrau in Büro, Industrie und Einzelhandel“ vor. Die anfangs noch ausgeprägte Beliebtheit der Ausbildung zur Friseurin hat mittlerweile sowohl in den westdeutschen wie auch ostdeutschen Bundesländern deutlich eingebüßt.

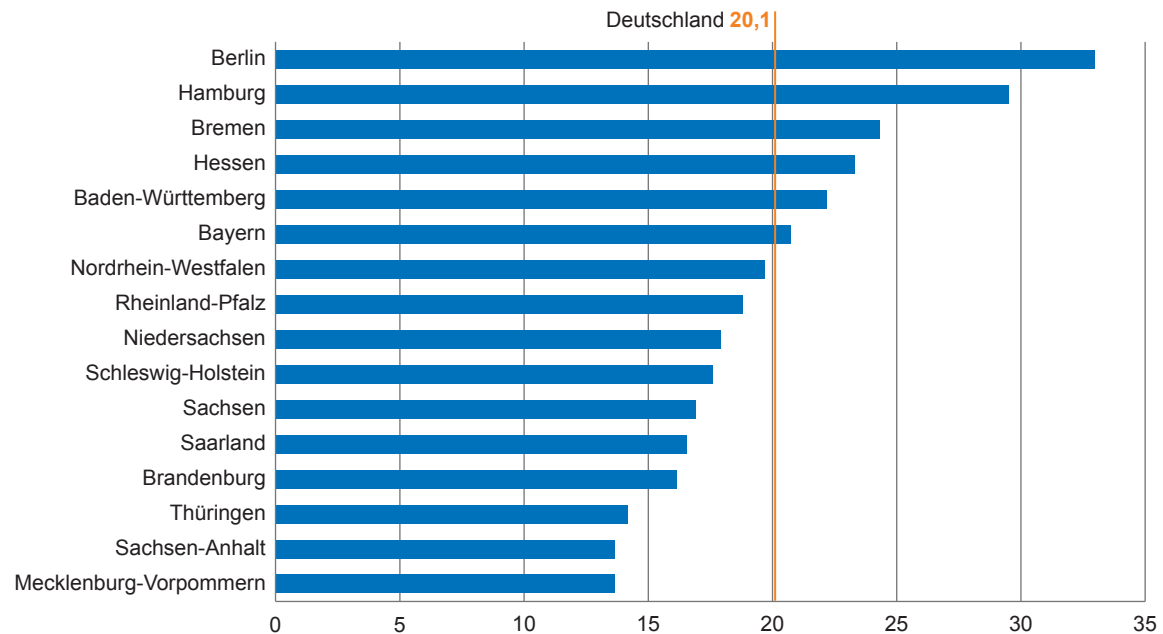
Die jeweils fünf am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2013

	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin
Männer		
1	Kraftfahrzeugmechatroniker	Kraftfahrzeugmechatroniker
2	Industriemechaniker	Industriemechaniker
3	Elektroniker	Mechatroniker
4	Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	Kaufmann im Einzelhandel
5	Kaufmann im Einzelhandel	Koch
Frauen		
1	Medizinische Fachangestellte	Kaufrau im Einzelhandel
2	Bürokauffrau	Bürokauffrau
3	Industriekaufrau	Verkäuferin
4	Kaufrau im Einzelhandel	Kaufrau für Bürokommunikation
5	Zahnmedizinische Fachangestellte	Medizinische Fachangestellte

Die meisten Menschen in Deutschland, die eine berufliche Ausbildung abgeschlossen haben, sind mit einer Lehrausbildung ihren Berufs- und Lebensweg gegangen. Im Bundesdurchschnitt besaßen 2013 gut zwei Drittel der 15-Jährigen und Älteren diesen Berufsbildungsabschluss. Etwas über diesem Durchschnitt lagen die Anteile im Saarland, in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, während die Berliner Bevölkerung mit rund 57 % den niedrigsten Anteil aufwies. Sie wiederum hatte – vermutlich auch bedingt durch die Struktur des Arbeitsmarktes – den bundesweit höchsten Anteil an Menschen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss (rund ein Drittel).

Personen mit Fachhochschul-/Hochschulabschluss an der Bevölkerung mit einem beruflichen Bildungsabschluss 2013

in %



Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr.

Tagesbetreuung von Kleinkindern

Ostdeutsche Länder liegen weit vorn, westdeutsche Länder holen auf

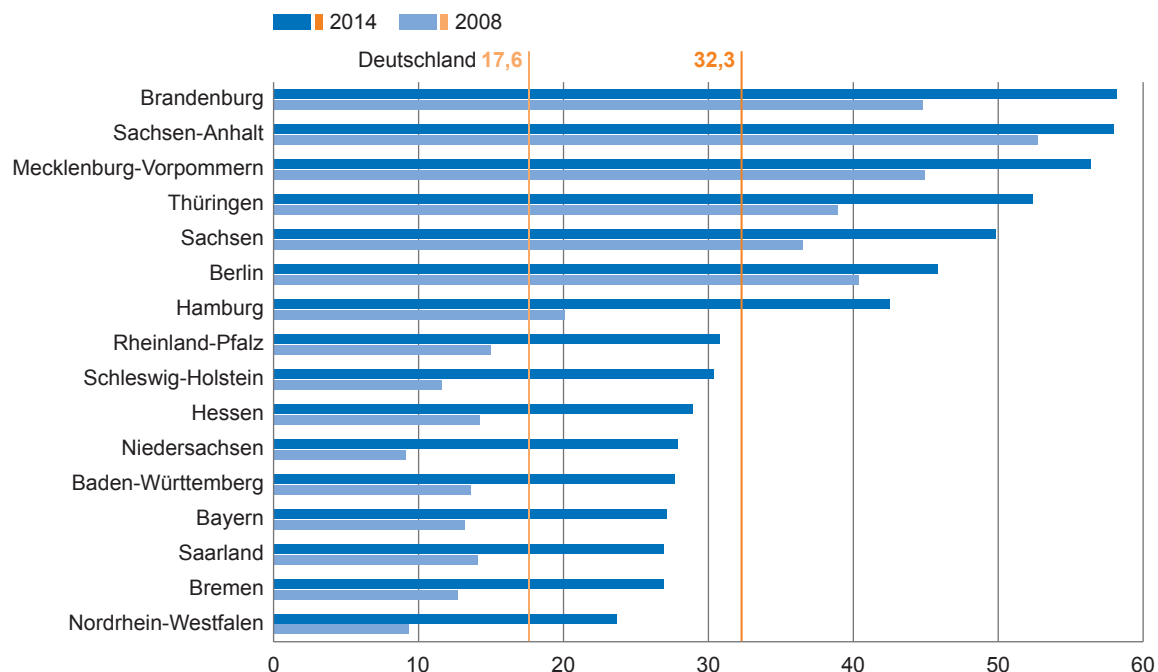
Die Beteiligung am Erwerbsleben stellt für Mütter und Väter ein prägendes Merkmal ihres Alltags dar. Zu den Möglichkeiten, Beruf und Familie besser unter einen Hut zu bekommen, gehören die Angebote, Kinder tagsüber auch außerhalb der eigenen Familie betreuen zu lassen. Bundesweit befand sich 2014 knapp ein Drittel der Kinder unter 3 Jahren in einer Kindertagesbetreuung – fast doppelt so viele wie 2008.

Betreuungsquote

Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern der gleichen Altersgruppe.

Weit vorn in Angebot und Nutzung von Kindertagesbetreuung für Kleinkinder liegen nach wie vor die ostdeutschen Bundesländer einschließlich Berlin mit einer Betreuungsquote von 52 % gegenüber rund 27 % im übrigen Bundesgebiet. In den östlichen Flächenländern zusammen stand bereits seit Beginn der 1990er-Jahre für mehr als ein Drittel der unter 3-Jährigen ein Tagesbetreuungsplatz zur Verfügung. Spitzenreiter unter den einzelnen Bundesländern waren 2014 Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Die niedrigsten Betreuungsquoten für unter 3-Jährige wiesen Nordrhein-Westfalen und Bremen auf. Mit Ausnahme von Hamburg lag die durchschnittliche Betreuungsquote bei Kleinkindern in allen anderen Ländern des früheren Bundesgebietes (ohne Berlin) noch unterhalb des zwischen Bund, Ländern und Kommunen vereinbarten Zielwertes von 35 %.

Betreuungsquoten der Kinder unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung 2014 und 2008 in %



Gleichwohl haben sich Angebot und Nutzung der Kindertagesbetreuung in den Ländern des früheren Bundesgebietes (ohne Berlin) in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweitet: Von ihren 325 Landkreisen und kreisfreien Städten wies 2014 etwa ein Viertel eine Betreuungsquote von 30 % bis unter 35 % auf, rund jeder 15. Kreis lag bei 35 % und mehr. Im Vergleich dazu wurden in den 76 Kreisen der östlichen Flächenländer mindestens rund 45 % der Kinder unter 3 Jahren tagsüber außerhalb ihrer Familien betreut. Bundesweiter Spitzenreiter war 2014 die Stadt Frankfurt (Oder) mit einer Quote von rund 63 %; das Schlusslicht bildete der bayerische Landkreis Berchtesgadener Land mit knapp 14 %.

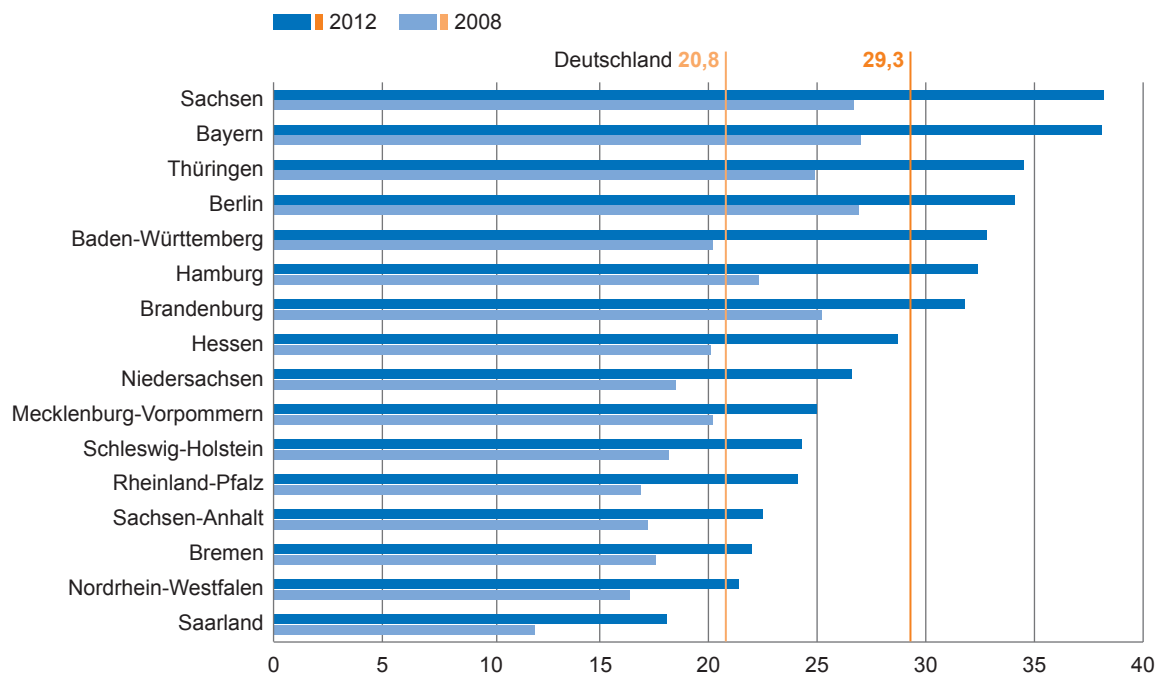
Betreuungsquoten für Kinder unter 3 Jahren 2014

	Die zehn Kreise mit der			
	höchsten			niedrigsten
	Betreuungsquote unter 3-Jähriger			
	%			
1	Frankfurt (Oder), Stadt	63,0	Kelheim, Landkreis	17,3
2	Wittenberg, Landkreis	62,8	Kaufbeuren, Stadt	17,1
3	Elbe-Elster, Landkreis	62,8	Dithmarschen, Kreis	16,8
4	Jerichower Land, Landkreis	62,3	Traunstein, Landkreis	16,5
5	Börde, Landkreis	62,1	Ostallgäu, Landkreis	16,3
6	Salzlandkreis	61,0	Mönchengladbach, Stadt	16,2
7	Saale-Holzland-Kreis	60,3	Wuppertal, Stadt	16,1
8	Saalekreis	60,3	Wilhelmshaven, Stadt	15,6
9	Potsdam-Mittelmark, Landkreis	60,3	Duisburg, Stadt	15,3
10	Spree-Neiße, Landkreis	60,1	Berchtesgadener Land, Landkreis	13,9

Mehr Väter nehmen Elternzeit

Die außerfamiliäre Betreuung von Kindern in ihrem ersten Lebensjahr war 2014 im Bundesdurchschnitt mit einer Quote von etwas unter 3 % wenig verbreitet, auch wenn Sachsen-Anhalt (7,9 %), Brandenburg (5,5 %) und Mecklenburg-Vorpommern (5,4 %) deutlich überdurchschnittliche Betreuungsquoten aufwiesen. In dieser Altersphase der Kinder kommt die Inanspruchnahme des seit 2007 eingeführten Elterngeldes zum Tragen. So haben für im Jahr 2012 geborene Kinder in allen Bundesländern – bis auf jeweils einen kleinen Anteil – nahezu alle Mütter Elterngeld in Anspruch genommen, und zwar im Durchschnitt für knapp 12 Monate. Von den Vätern der 2012 geborenen Kinder haben sich rund 29 % an der Elterngeldzeit beteiligt – im Durchschnitt für etwas mehr als drei Monate. Damit lag die Beteiligung der Väter deutlich höher als bei denen der 2008 geborenen Kinder (knapp 21 %). Am häufigsten bezogen Väter in Sachsen und Bayern Elterngeld, am wenigsten nahmen Väter in Nordrhein-Westfalen und im Saarland diese Leistung in Anspruch.

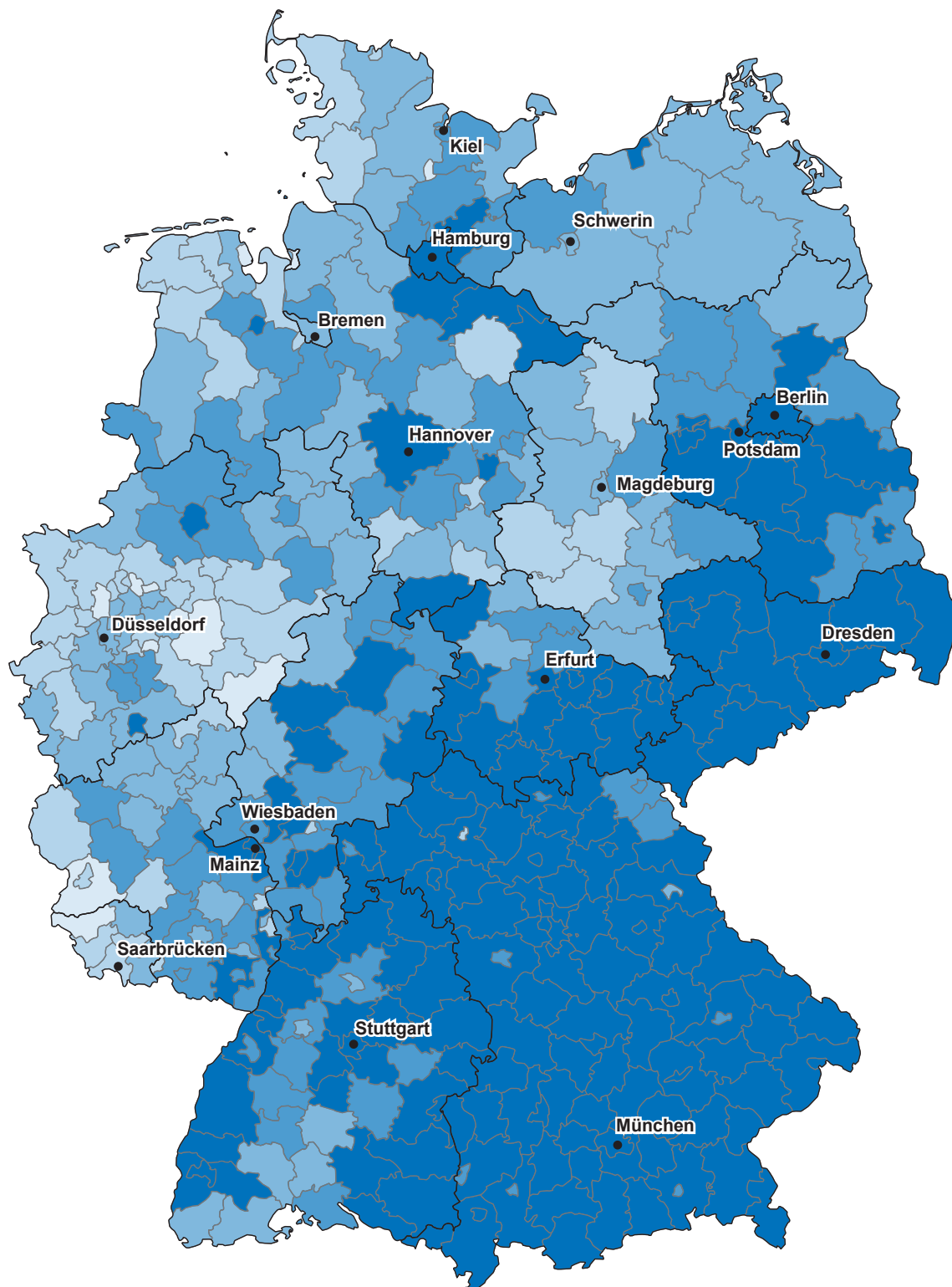
Beteiligung der Väter von 2012 und 2008 geborenen Kinder am Elterngeld in %



Anteil der 2012 und 2008 geborenen Kinder, deren Vater Elterngeld bezogen hat, an allen in diesen Jahren Geborenen.

Wie zwischen den Bundesländern finden sich auch auf der Ebene der 402 Kreise Deutschlands deutliche Unterschiede in der Beteiligung der Väter am Elterngeld. In fast der Hälfte aller Kreise lag die Väterbeteiligung über dem Bundesdurchschnitt mit einer deutlichen räumlichen Konzentration in Sachsen, Bayern und Thüringen. Spitzenreiter unter den einzelnen Kreisen war die thüringische Stadt Jena (50,3 %) vor dem bayrischen Landkreis Main-Spessart (48,4 %). Die niedrigste Väterbeteiligung fand sich in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen mit den Städten Neumünster (11,0 %) und Gelsenkirchen (10,5 %).

Elterngeldbezug von Vätern von 2012 geborenen Kindern in %



unter 15 15 bis unter 20 20 bis unter 25 25 bis unter 30 30 und mehr

Gesundheitliche Versorgung

Gesundheitliche Infrastruktur regional unterschiedlich

Das deutsche Gesundheitswesen steht angesichts des demografischen Wandels und des gestiegenen Kostendrucks verstärkt vor der Herausforderung, Patientenwohl und Wirtschaftlichkeit miteinander in Einklang zu bringen. Eine Folge davon sind Umstrukturierungsprozesse in der Versorgungslandschaft, insbesondere im Krankenhauswesen.

Aufgrund von Schließungen, Fusionen oder Umwidmungen ging die Zahl der Krankenhäuser von 1991 bis 2013 um 17 % oder 415 Einrichtungen zurück. Bundesweit gab es 2013 noch 1 996 Krankenhäuser. Parallel dazu wurden kontinuierlich Krankenhausbetten abgebaut: So standen 2013 in Deutschland 500 671 Betten zur stationären Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung, etwa ein Viertel weniger als 1991. Die Bettendichte sank von 8,3 auf 6,2 Betten je 1 000 Einwohner. Des Weiteren sank die Verweildauer in den Krankenhäusern (2013: 7,5 Tage gegenüber 14,0 Tage in 1991) bei gleichzeitig steigenden Patientenfallzahlen. Dennoch waren die Krankenhausbetten 2013 mit 77 % seltener belegt als 1991 (84 %).

Auf Kreisebene sind die höchsten Bettendichten in kreisfreien Städten zu verzeichnen, die ihr Umland mit versorgen. Bei der Betrachtung auf Länderebene fallen die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie Thüringen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen mit einer deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegenden Bettendichte auf.

Bettendichte in Krankenhäusern

Die Bettendichte gibt an, wie viele Krankenhausbetten im Jahresdurchschnitt je 1 000 Einwohner aufgestellt waren. Sie ist ein Maß für die stationäre Gesundheitsversorgung.

Ärztendichte

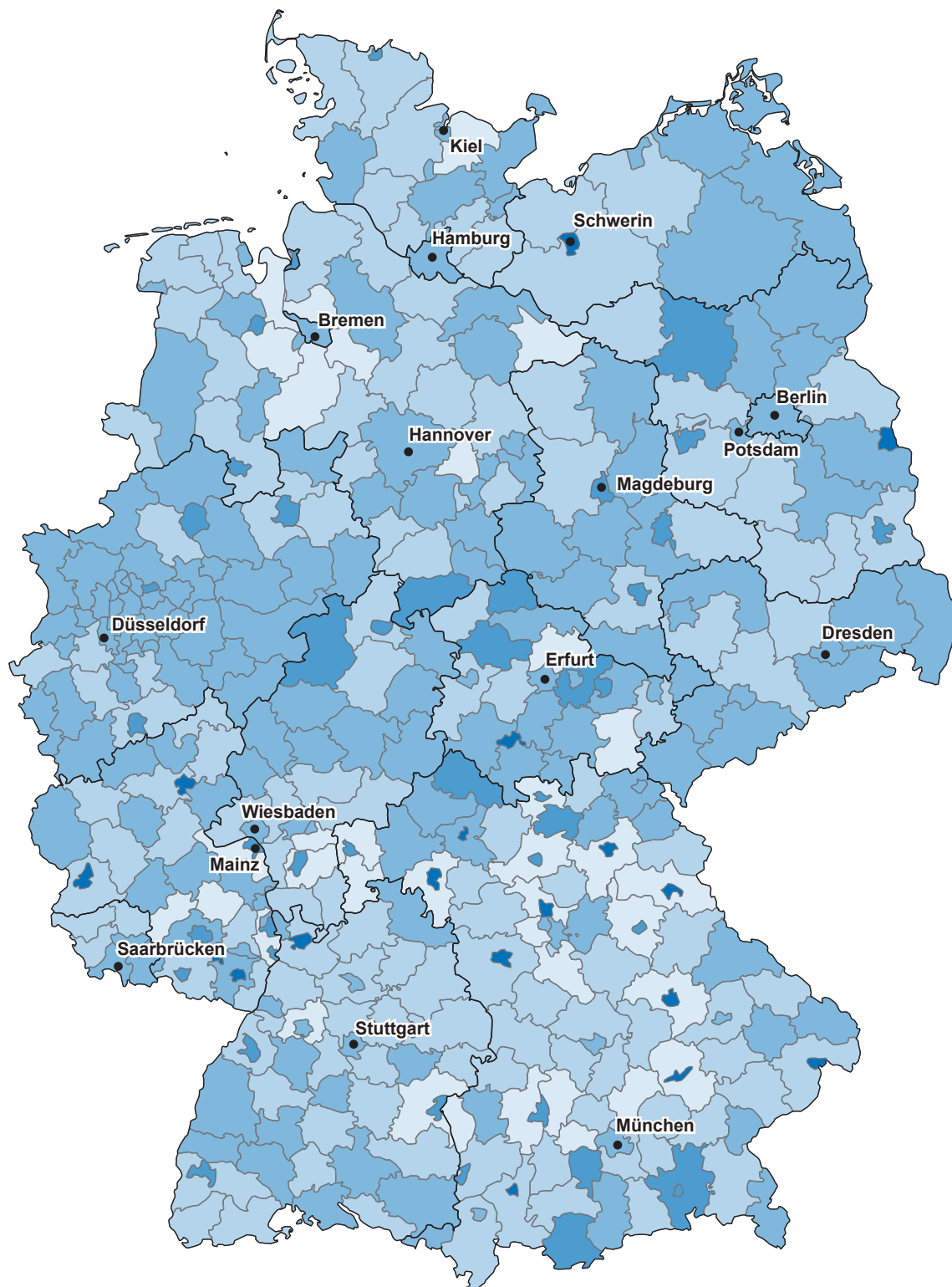
Angegeben wird die Zahl der praktizierenden Ärzte (Allgemeinärzte und Fachärzte) je 100 000 Einwohner.

Ärztendichte: deutliche Verbesserung in Ostdeutschland

Am Jahresende 2013 waren in Deutschland 357 252 Ärztinnen und Ärzte tätig, das waren 46 % mehr als 1991. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass zunehmend mehr Ärztinnen und Ärzte auch Teilzeit arbeiten: So hat sich beispielsweise die Zahl der nicht in Vollzeit beschäftigten hauptamtlichen Ärztinnen und Ärzte in Krankenhäusern von knapp 4 % in 1991 auf über 20 % im Jahr 2013 erhöht. Die höchste Ärztedichte wird sowohl insgesamt als auch im ambulanten Bereich in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin registriert, während die Ärztedichte in den angrenzenden Flächenländern (insbesondere Brandenburg und Niedersachsen) am geringsten war. Im Zeitverlauf ist die Ärztedichte in ganz Deutschland gestiegen (+ 45 %), wobei sie in allen östlichen Flächenländern überdurchschnittlich zugenommen hat: Die Spanne reicht von + 55 % in Sachsen bis zu jeweils + 66 % in Brandenburg und Thüringen. Dazu beigetragen hat auch der Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland.

Krankenhausbettendichte 2012

Krankenhausbetten je 1 000 Einwohner

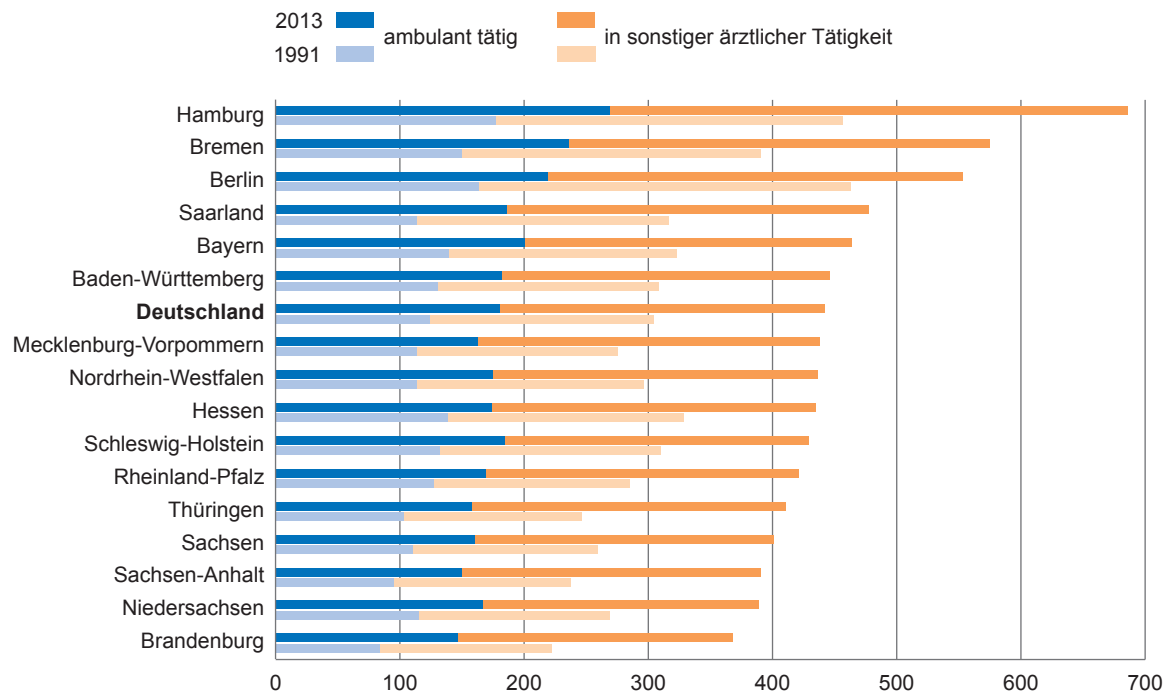


unter 2,5 2,5 bis unter 5,0 5,0 bis unter 10,0 10,0 bis unter 15,0 15,0 und mehr

Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG 2012

Ärztinnen und Ärzte 2013 und 1991

Anzahl je 100 000 Einwohner



Während der Anteil der Ärztinnen in den neuen Ländern schon 1991 bei über 50 % lag und sich seither kaum verändert hat, stieg der Frauenanteil an allen tätigen Ärzten im früheren Bundesgebiet von 30 % (1991) auf 44 % (2013). Mehr Frauen als Männer sind unter anderem in den Gebieten Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Kinder- und Jugendmedizin sowie Haut- und Geschlechtskrankheiten tätig. Dagegen sind die Gebiete Chirurgie und Urologie überwiegend männlich besetzt. Der Anteil ausländischer Ärztinnen und Ärzte hat sich seit 1991 deutschlandweit mehr als verdoppelt (2013: 8,7 %) und liegt in Ostdeutschland mittlerweile höher als in Westdeutschland. Ausländische Ärztinnen und Ärzte sind überwiegend in Krankenhäusern tätig und kommen am häufigsten aus Rumänien, Griechenland und Österreich.

Gesundheitsrisiken: Übergewicht und Rauchen

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Neben den gesundheitlichen Voraussetzungen, mit denen jeder Mensch unterschiedlich ausgestattet ist, spielen auch das Alter, das Gesundheitsbewusstsein und persönliche Lebensweisen eine Rolle. Übergewicht und Rauchen gehören dabei zu den Risikofaktoren für die Gesundheit.

Jeder zweite Bundesbürger ist übergewichtig

Übergewicht ist in Deutschland weit verbreitet. Mehr als die Hälfte (52,4 %) der erwachsenen Bevölkerung hatte 2013, ausgehend vom Body-Mass-Index (BMI), Übergewicht: 36,7 % der Erwachsenen hatten leichtes Übergewicht, 15,7 % galten sogar als stark übergewichtig. Normalgewicht hatten 45,5 % der Bevölkerung und untergewichtig waren lediglich 2,0 %.

Männer waren häufiger stark übergewichtig (17,1 %) als Frauen (14,3 %). Mit Übergewicht haben vor allem ältere Menschen zu kämpfen. So steigt der Anteil der stark übergewichtigen Personen mit zunehmendem Alter an und erreicht in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen mit 23,6 % bei den Männern und 19,0 % bei den Frauen seinen Spitzenwert. Bei den Personen im Alter von 65 und mehr Jahren setzt sich dieser Anstieg jedoch nicht weiter fort.

Body-Mass-Index 2013

	Durchschnittlicher Body-Mass-Index	Bevölkerung mit einem Body-Mass-Index von ... bis unter ... kg/m ²				
		unter 18,5	18,5 – 25	25 – 30	30 – 40	40 und mehr
	kg/m ²	%				
Baden-Württemberg	25,6	2,3	48,0	35,6	13,3	0,8
Bayern	25,7	2,2	47,1	35,9	14,0	0,9
Berlin	25,3	2,4	50,3	34,3	12,1	0,9
Brandenburg	26,4	1,2	41,3	39,6	16,7	1,2
Bremen	25,7	2,0	47,2	36,1	13,3	1,3
Hamburg	25,0	2,6	55,0	31,3	10,4	0,7
Hessen	25,8	2,2	45,7	36,5	14,7	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	26,7	1,6	38,5	39,4	19,1	1,5
Niedersachsen	25,9	1,7	45,4	37,5	14,6	0,9
Nordrhein-Westfalen	25,9	2,1	45,1	36,6	15,1	1,1
Rheinland-Pfalz	26,0	2,1	44,2	36,7	16,0	1,1
Saarland	26,1	1,8	44,0	38,2	14,7	1,3
Sachsen	26,2	1,5	43,1	38,6	15,8	1,1
Sachsen-Anhalt	26,6	1,5	39,1	39,2	19,0	1,2
Schleswig-Holstein	25,8	1,8	46,8	37,0	13,2	1,2
Thüringen	26,3	1,5	40,6	39,8	17,0	1,1
Deutschland	25,9	2,0	45,5	36,7	14,7	1,0

In Mecklenburg-Vorpommern (20,6 %) und Sachsen-Anhalt (20,2 %) war rund ein Fünftel aller Erwachsenen stark übergewichtig. Auch in den anderen ostdeutschen Flächenländern sowie in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland lag deren Anteil über dem Bundesdurchschnitt. In Hamburg wiesen hingegen nur 11,1 % einen BMI von 30 oder mehr auf, in Berlin waren es 13,0 %.

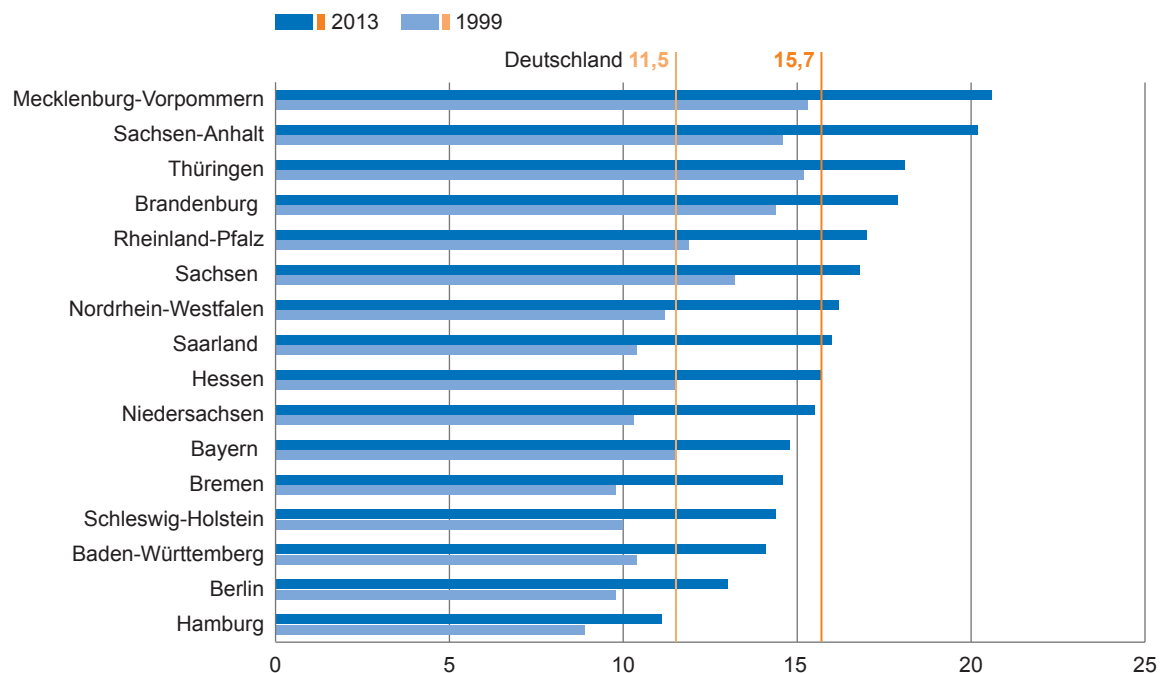
Gegenüber 1999 (11,5 %) hat der Anteil stark Übergewichtiger deutschlandweit um rund ein Drittel zugenommen. In Sachsen-Anhalt und dem Saarland (jeweils + 5,6 Prozentpunkte) fiel der Zuwachs am höchsten aus; in Hamburg (+ 2,3 Prozentpunkte) war die Zunahme am geringsten.

Body-Mass-Index (BMI)

Der BMI wird errechnet, indem man das Körpergewicht (in Kilogramm) durch das Quadrat der Körpergröße (in Metern) teilt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Erwachsene mit einem BMI von über 25 als übergewichtig ein, mit einem Wert von über 30 als stark übergewichtig und mit einem Wert von unter 18,5 als untergewichtig. Das Geschlecht und das Alter bleiben bei dieser Einteilung unberücksichtigt.

Die Ergebnisse zu Körpergröße und -gewicht werden als freiwillige Angaben im Rahmen des Mikrozensus erhoben. Ergebnisse zum Übergewicht von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren werden im Mikrozensus nicht ermittelt.

Personen mit starkem Übergewicht (BMI 30 und mehr) 2013 und 1999 in %



Ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland raucht

Drei Viertel der Bevölkerung ab 15 Jahre in Deutschland sind Nichtraucherinnen oder Nichtraucher. 24,5 % der Personen ab 15 Jahre zählten sich 2013 zu den regelmäßigen oder gelegentlichen Raucherinnen oder Rauchern. Bei den Männern war der Raucheranteil etwas höher als bei den Frauen.

Rauchverhalten

Die Auskünfte zum Rauchverhalten werden als freiwillige Angaben im Rahmen des Mikrozensus erhoben. Der Raucheranteil entspricht dem Anteil der regelmäßigen und gelegentlichen Raucherinnen und Rauchern an allen Personen ab 15 Jahre, die Angaben zu ihrem Rauchverhalten gemacht haben.

Die meisten Raucherinnen und Raucher gibt es unter den 25- bis unter 55-Jährigen, von denen 2013 jede beziehungsweise jeder Dritte regelmäßig oder zumindest gelegentlich zu Zigarette, Zigarre, Pfeife oder Ähnlichem gegriffen hat. Der Anteil der jüngeren Raucherinnen und Raucher im Alter von 15 bis unter 25 Jahren war mit 22,7 % wesentlich höher als derjenige der älteren Generation ab 65 Jahren (9,1 %).

Bei der jungen Generation im Alter von 15 bis unter 35 Jahren ist das Rauchen jeweils in den fünf ostdeutschen Flächenländern am stärksten verbreitet.

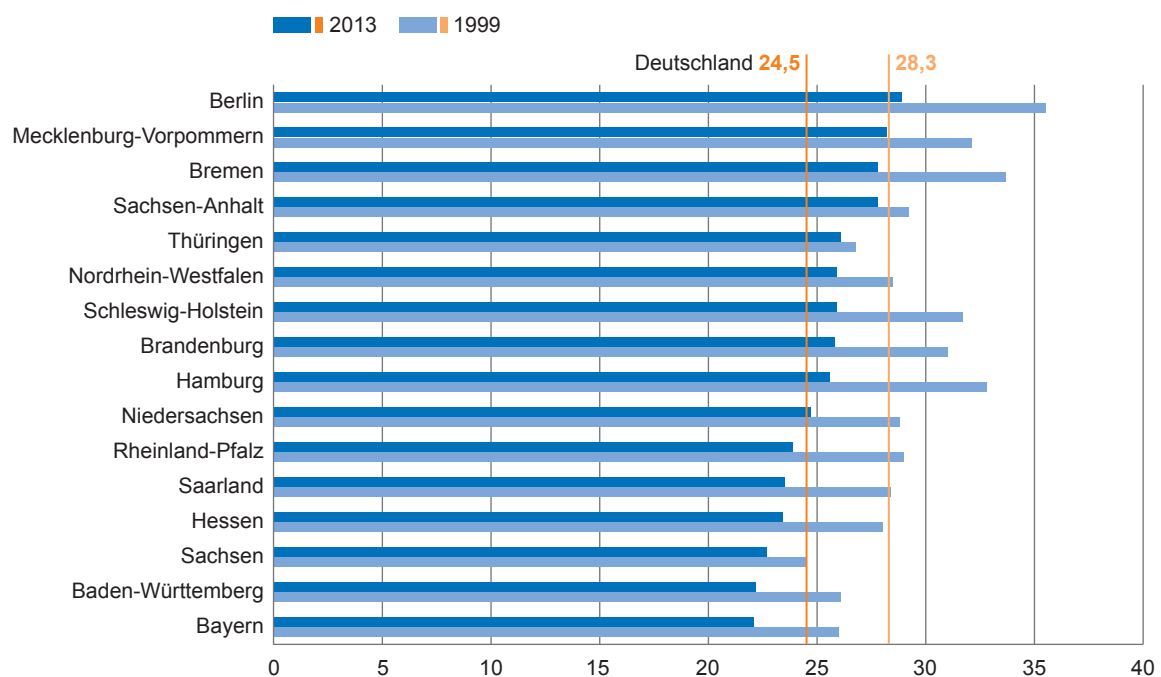
Raucherinnen und Raucher 2013 nach Altersgruppen und Geschlecht

	Insgesamt	Im Alter von . . . bis unter . . . Jahren						Männer	Frauen
		15 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 und älter		
	%								
Baden-Württemberg	22,2	21,4	33,5	28,8	28,7	22,4	7,7	26,2	18,4
Bayern	22,1	22,8	33,1	27,8	27,2	22,5	8,2	26,6	17,9
Berlin	28,9	26,3	36,9	35,4	37,7	30,8	13,0	34,4	23,7
Brandenburg	25,8	28,5	43,6	34,2	33,7	25,0	8,2	31,6	20,2
Bremen	27,8	22,7	37,7	36,2	38,3	31,0	12,3	33,3	22,7
Hamburg	25,6	20,3	33,4	31,7	34,5	27,0	11,6	30,1	21,7
Hessen	23,4	20,9	33,0	30,7	30,8	24,8	9,2	27,3	19,7
Mecklenburg-Vorpommern	28,2	31,6	44,8	39,9	38,7	27,2	8,2	33,9	22,8
Niedersachsen	24,7	19,9	35,2	33,7	34,3	26,2	9,6	29,1	20,6
Nordrhein-Westfalen	25,9	20,6	36,5	34,4	33,9	29,3	10,7	29,8	22,3
Rheinland-Pfalz	23,9	23,5	33,2	32,0	33,2	24,3	9,2	27,6	20,3
Saarland	23,5	19,7	35,8	31,7	31,9	25,8	9,2	26,8	20,5
Sachsen	22,7	28,6	38,7	33,1	30,8	21,2	6,1	29,3	16,6
Sachsen-Anhalt	27,8	33,6	45,7	40,5	38,1	26,8	8,0	33,6	22,5
Schleswig-Holstein	25,9	23,9	37,1	32,7	36,2	28,1	11,0	30,4	21,7
Thüringen	26,1	30,8	45,3	37,2	37,0	23,0	6,9	31,6	20,9
Deutschland	24,5	22,7	36,0	32,3	32,4	25,5	9,1	29,0	20,3

Besonders viele Rauchende – Männer wie Frauen – sind in Berlin (28,9 %), Mecklenburg-Vorpommern (28,2 %), Bremen und Sachsen-Anhalt (jeweils 27,8 %) beheimatet. Gesundheitsbewusster in Bezug auf den Tabakgenuss ist die Bevölkerung in Bayern (22,1 %), Baden-Württemberg (22,2 %) und Sachsen (22,7 %). Während dies allerdings in Süddeutschland auf beide Geschlechter zutrifft, rauchen in Sachsen sogar mehr Männer (29,3 %) als im Bundesdurchschnitt. Der insgesamt geringe Raucheranteil in Sachsen resultiert aus der bundesweit niedrigsten Quote der Raucherinnen (16,6 %).

Raucherinnen und Raucher 2013 und 1999

in %



Raucheranteil gegenüber 1999 gesunken

Gegenüber 1999 (28,3 %) ist der Raucheranteil in Deutschland um 3,8 Prozentpunkte gesunken. Dabei verringerte sich der Anteil der Raucher an allen Männern ab 15 Jahre stärker als der Anteil der Raucherinnen unter den Frauen.

Besonders stark änderte sich das Rauchverhalten in den drei Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen, wo der Anteil der Raucherinnen und Raucher beträchtlich zurückging. In Sachsen, wo 1999 der geringste Raucheranteil (24,5 %) ermittelt wurde, sank dieser Wert bis 2013 nur um 1,7 Prozentpunkte. Die geringsten Rückgänge wurden in Thüringen und Sachsen-Anhalt verzeichnet. In diesen drei Ländern griffen im Unterschied zu allen anderen Bundesländern sogar mehr Frauen zur Zigarette als 1999.

Pflege

Pflege gewinnt durch die demografische Entwicklung stark an Bedeutung

Die höhere Lebenserwartung in Deutschland ist ein positives Ergebnis der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie der medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Mit zunehmendem Alter, etwa ab 75 Jahre, steigt die Pflegebedürftigkeit jedoch rasch an. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Alterung der Bevölkerung in Deutschland regional unterschiedlich weit fortgeschritten ist: Jüngere Menschen verlassen strukturschwache Räume mit der Folge, dass dort der Anteil der Älteren an den verbleibenden Einwohnern steigt.

Umgekehrt gibt es aber auch Städte, wie zum Beispiel Baden-Baden oder Görlitz, die um den Zuzug älterer, meist einkommensstarker Menschen werben und damit aktiv den Seniorenanteil an der Einwohnerschaft erhöhen. So stellen sich die Anforderungen an die Sicherung der Pflege älterer Menschen regional unterschiedlich dar.

Im Dezember 2013 lebten in Deutschland 2,6 Millionen Pflegebedürftige. Ihre Zahl hat gegenüber 1999 um gut 30 % zugenommen. 83 % der Pflegebedürftigen hatten das 65. Lebensjahr vollendet, mehr als ein Drittel (36,5 %) war 85 Jahre und älter. Ein weiteres Drittel der Pflegebedürftigen entfiel allein auf die pflegestarken Jahrgänge zwischen 75 bis 84 Jahren.

Pflegebedürftige in Deutschland

	Pflegebedürftige insgesamt	Davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren			
		unter 75	75 bis 85	85 bis 90	90 und mehr
1999					
Anzahl der Pflegebedürftigen	2 016 091	703 543	576 470	436 921	299 157
männlich	631 822	352 337	150 904	82 286	46 295
weiblich	1 384 269	351 206	425 566	354 635	252 862
Anteil weiblich in %	68,7	49,9	73,8	81,2	84,5
Pflegequote insgesamt in %	2,5	0,9	13,9	38,4	60,2
männlich	1,6	0,9	11,5	29,1	42,0
weiblich	3,3	0,9	15,0	41,5	65,3
2013					
Anzahl der Pflegebedürftigen	2 626 206	803 803	863 733	538 799	419 871
männlich	928 869	414 127	309 589	131 693	73 460
weiblich	1 697 337	389 676	554 144	407 106	346 411
Anteil weiblich in %	64,6	48,5	64,2	75,6	82,5
Pflegequote insgesamt in %	3,3	1,1	13,9	38,2	64,4
männlich	2,3	1,1	11,8	29,6	51,8
weiblich	4,1	1,1	15,5	42,2	67,9

Pflegebedürftige

Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen der sozialen Pflegeversicherung (einschließlich privater Pflege-Pflichtversicherung) als Sachleistungen (Betreuung in stationären Einrichtungen bzw. durch ambulante Pflegedienste) und/oder Geldleistungen (zur Pflege in eigener Regie, meist durch Angehörige).

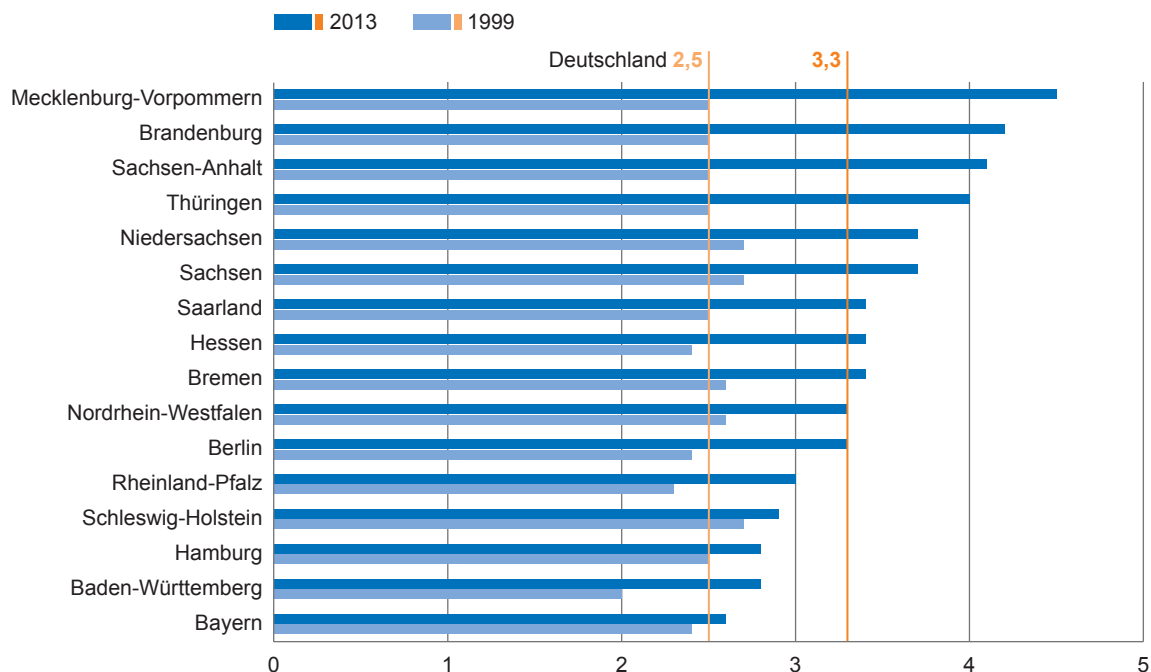
Pflegequote

Pflegebedürftige je 100 Einwohner.

Während die Pflegequote bei den unter 75-Jährigen etwa ein Prozent beträgt, steigt sie ab dem Alter von 75 Jahren rasch an und liegt bei den 75- bis unter 85-Jährigen bereits bei etwa 14 %. Die 90-Jährigen und Älteren hatten 2013 mit 64 % die höchste Pflegequote. Fast zwei Drittel aller Pflegebedürftigen waren weiblich (1999: 69 %). Frauen ab 85 Jahre haben deutlich höhere Pflegequoten als Männer. Neben der unterschiedlichen gesundheitlichen Verfassung kann eine Ursache auch in den Lebensumständen liegen: Da die Frauen die hohen Altersgruppen dominieren und so als überwiegend Alleinlebende Hilfe bedürfen, wird für sie eher Pflegebedarf angemeldet. Pflegebedürftige Männer werden hingegen häufig zuerst von ihren Frauen versorgt und stellen zunächst keinen Antrag auf Pflegeleistungen.

Pflegequoten 2013 und 1999

Pflegebedürftige je 100 Einwohner



Die Pflegequoten in den ostdeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern (4,5), Brandenburg (4,2), Sachsen-Anhalt (4,1) und Thüringen (4,0) waren unter allen Bundesländern am höchsten. Unter dem Bundesdurchschnitt (3,3) lagen Bayern (2,6), Baden-Württemberg (2,8), Schleswig-Holstein (2,9) und Rheinland-Pfalz (3,0). Von den Stadtstaaten hatte Hamburg mit 2,8 die niedrigste Pflegequote.

Versorgungsstrukturen: Angehörige und Pflegedienste tragen die Hauptlast

Die Mehrheit der Pflegebedürftigen (71 %) wird heute von den Angehörigen versorgt, eventuell unterstützt von ambulanten Pflegediensten. In Hessen hatte 2013 die Angehörigenpflege (54 %) die größte Bedeutung; der Vergleichswert für Deutschland betrug 47 %. In einigen ostdeutschen Flächenländern wie Brandenburg und Sachsen (jeweils 29 %), Mecklenburg-Vorpommern (26 %), aber auch in den Stadtstaaten stellen die ambulanten Pflegedienste eine tragende Säule bei der Versorgung der Pflegebedürftigen dar. Die stärkste Bedeutung hat die Pflege in Heimen mit 41 % in Schleswig-Holstein, während bundesweit nur 29 % der Pflegebedürftigen vollstationär versorgt wurden.

Pflegebedürftige 2013 nach Art der Versorgung

	Durch vollstationäre Pflegeheime	Zusammen mit/durch ambulante Pflegedienste	Allein durch Angehörige
	%		
Baden-Württemberg	30,4	21,2	48,4
Bayern	32,2	22,8	45,0
Berlin	24,5	24,7	50,9
Brandenburg	22,9	28,5	48,6
Bremen	27,8	28,7	43,5
Hamburg	31,5	29,2	39,3
Hessen	24,8	21,7	53,5
Mecklenburg-Vorpommern	25,7	26,3	48,0
Niedersachsen	30,8	23,6	45,6
Nordrhein-Westfalen	27,6	22,6	49,8
Rheinland-Pfalz	28,9	21,3	49,8
Saarland	30,2	21,2	48,6
Sachsen	31,1	29,0	39,9
Sachsen-Anhalt	30,6	24,9	44,5
Schleswig-Holstein	40,5	20,3	39,3
Thüringen	26,9	24,1	49,0
Deutschland	29,1	23,5	47,4

Ergebnisse der Pflegestatistik.

Pflege allein durch Angehörige entspricht den Empfängern/-innen von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 Absatz 1 SGB XI.

Empfänger/-innen von Kombinationsleistungen nach § 38 Satz 1 SGB XI sind dagegen in den ambulanten Pflegediensten enthalten.

Energie und Umwelt

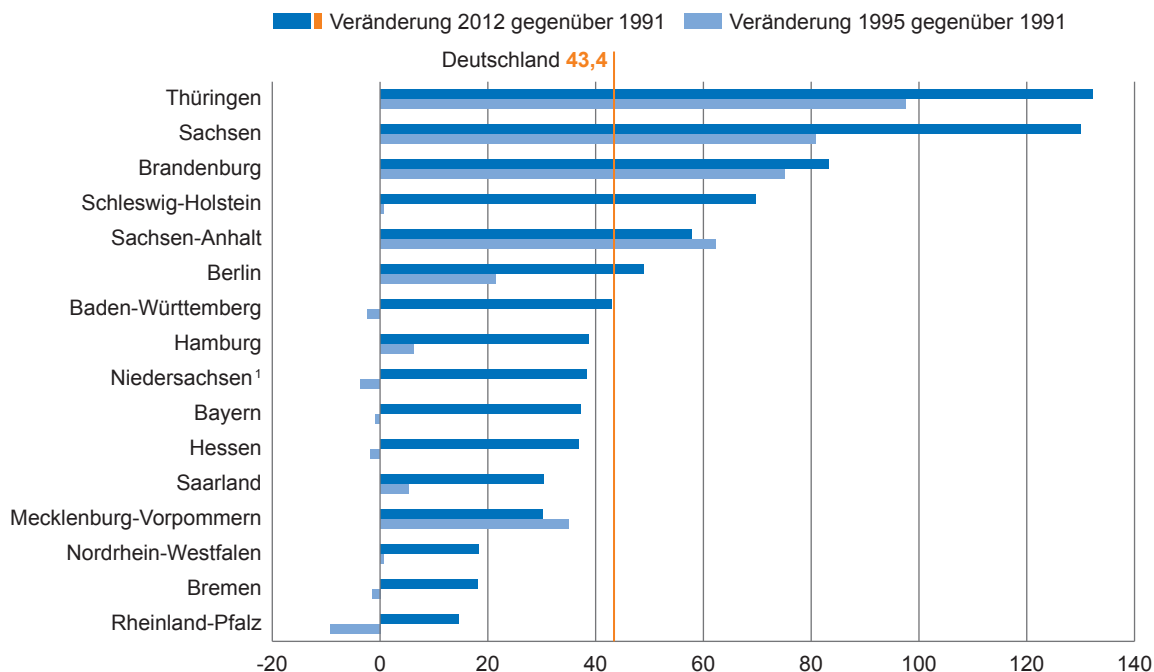
Energieproduktivität in den ostdeutschen Bundesländern stark gestiegen

Globale Herausforderungen wie der Klimawandel haben das Bewusstsein für die sogenannten Nachhaltigkeitsziele geschärft, zu denen ein sparsamer und effizienter Umgang mit Ressourcen ebenso gehört wie die Reduktion der Treibhausgase für den Klimaschutz und der Ausbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung.

Ein Maß für die Effizienz einer Volkswirtschaft im Umgang mit den Energieressourcen ist die Energieproduktivität. Die Steigerung der Energieproduktivität hat zentrale Bedeutung für Erfolge bei der angestrebten Ressourcenschonung und der Verminderung des Ausstoßes an Treibhausgasen. Der Indikator wird als Quotient aus dem Bruttoinlandsprodukt (als Maß der wirtschaftlichen Leistung) und dem gesamten Primärenergieverbrauch berechnet. Je höher die volkswirtschaftliche Gesamtleistung je Einheit eingesetzter Primärenergie, umso effizienter nutzt die Volkswirtschaft die beanspruchte Primärenergie. In der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist das Ziel formuliert, die Energieproduktivität bis zum Jahr 2020 zu verdoppeln. Die Länder haben sich diesem Ziel angeschlossen.

Das Niveau der Energieproduktivität (in jeweiligen Preisen) variiert zwischen den Bundesländern erheblich und muss bei der Beurteilung der Steigerungsraten berücksichtigt werden. Das höchste absolute Niveau wurde in Hamburg (393 Euro je Gigajoule) erreicht, unter den Flächenländern ist Baden-Württemberg führend (282 Euro je Gigajoule). Der niedrigste Wert liegt in Brandenburg (82 Euro je Gigajoule, Stand 2011) vor.

Veränderung der Energieproduktivität in %



Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet; Berechnungsstand: Februar 2014) je direktem Energieverbrauch.

1 Veränderung 1996 gegenüber 1991.

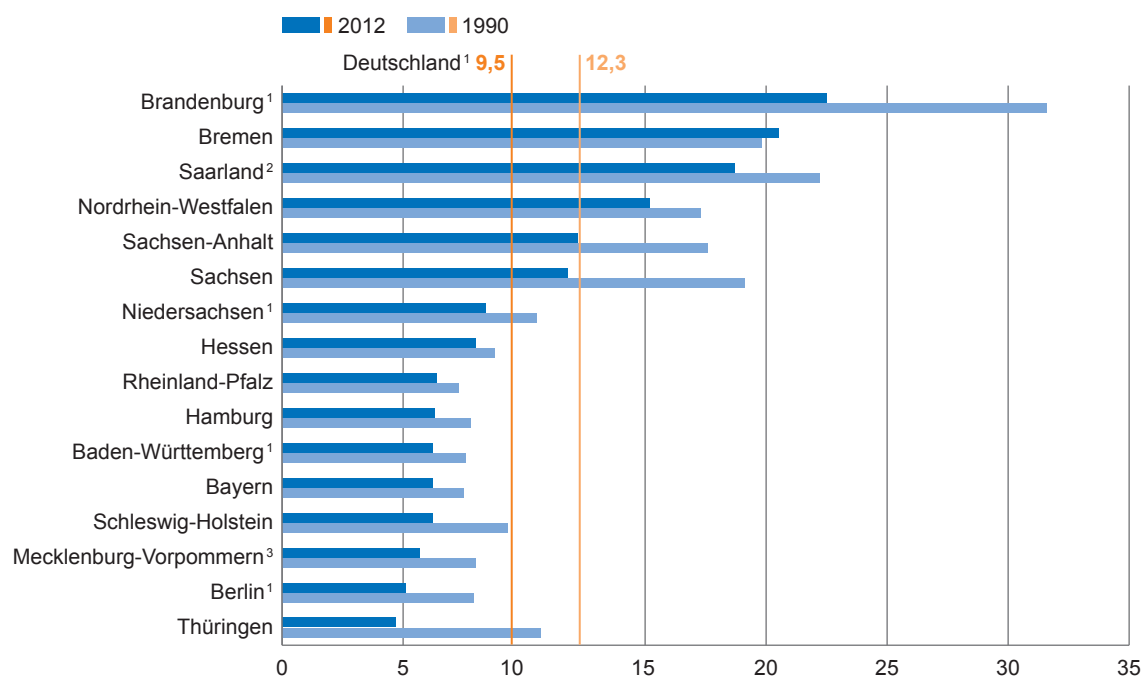
Zu Beginn der 1990er-Jahre wurde in den neuen Bundesländern, vor allem bedingt durch die Stilllegung energieintensiver Produktionsanlagen, ein beträchtlicher Anstieg der Energieproduktivität erreicht. Nachdem 1995 diese rasanten Strukturveränderungen zu einem vorläufigen Abschluss kamen, stieg die Energieproduktivität hier nur noch moderat an. Dennoch ist die Steigerung der Energieproduktivität seit 1991 in Thüringen, Sachsen und Brandenburg am höchsten.

Rückgang der energiebedingten CO₂-Emissionen in Deutschland um mehr als 20 % seit 1990

CO₂-Emissionen entstehen bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Der Ausstoß von Kohlendioxid tritt vor allem bei der Stromerzeugung in öffentlichen Kraftwerken und der Industrie auf, in Prozessfeuerungen, bei der Beheizung und im Verkehr. CO₂ oder Kohlendioxid war 2012 mit einem Emissionsanteil von bundesweit rund 88 % das bedeutsamste Treibhausgas. Die übrigen 12 % entfallen hauptsächlich auf Methan- und Lachgasemissionen. Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, seine energiebedingten CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 um 40 % zu reduzieren und hat auch bereits darüber hinausgehende Minderungsziele formuliert.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen je Einwohner differieren zwischen den einzelnen Ländern erheblich. Zudem können konjunkturbedingt starke jährliche Schwankungen auftreten. Vergleichsweise hohe Emissionen weisen Länder mit einem hohen Anteil der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern auf, wie zum Beispiel Brandenburg, Bremen und das Saarland. In der Tendenz sind die jährlichen Emissionen jedoch rückläufig.

Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch 2012 und 1990 Tonnen je Einwohner



1 Stand 2011.

2 Stand 2010.

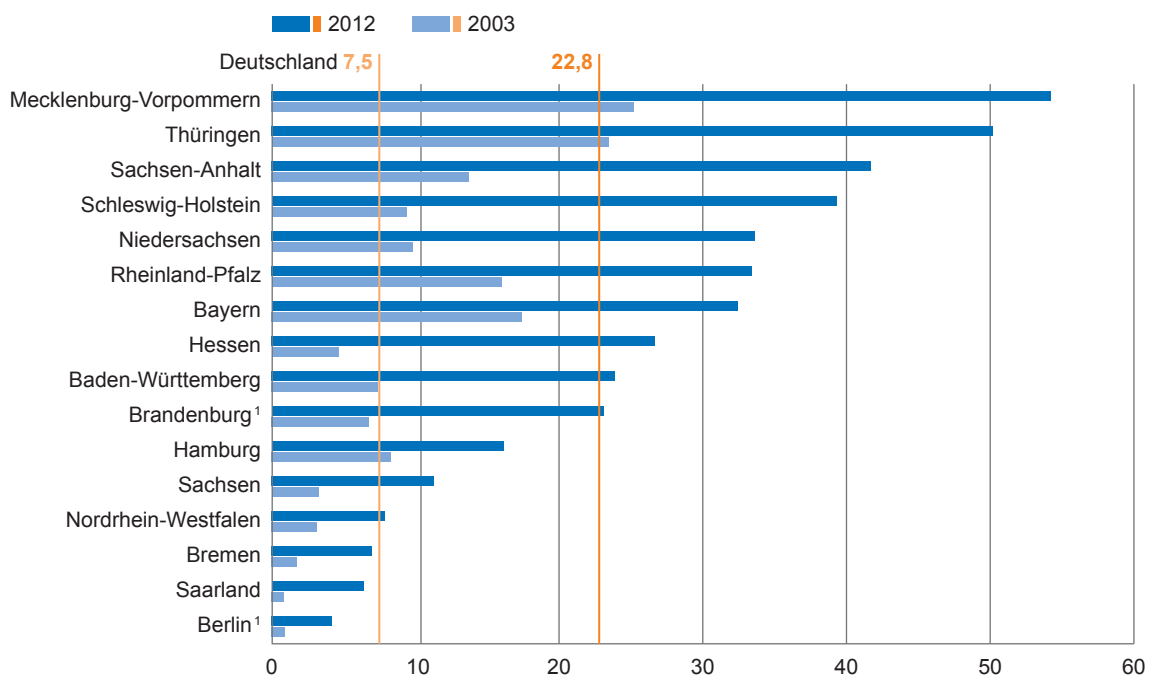
3 Stand 2009.

Deutschlandweit sind die einwohnerbezogenen CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2012 um mehr als 20 % zurückgegangen. Mit Ausnahme von Bremen, das absolut betrachtet zu den kleinsten Emittenten gehört, ist in allen Ländern eine Verringerung erkennbar; die Rückgänge in Thüringen, Sachsen, Berlin, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Brandenburg übertreffen den Bundesdurchschnitt zum Teil deutlich. Insbesondere die industriellen Umstrukturierungen in den neuen Ländern in den 1990er-Jahren hatten eine erhebliche Reduzierung der CO₂-Emissionen zur Folge.

Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern weit fortgeschritten

Als erneuerbare Energieträger werden natürliche Energieträger bezeichnet, die nach menschlichen Zeitmaßstäben unerschöpflich zur Verfügung stehen oder sich immer wieder regenerieren. Dazu gehören Wasserkraft, Windenergie, Solarenergie, Biomasse in Form von Gasen und nachwachsenden Rohstoffen, Abfall biologischen Ursprungs und Geothermie. Die Bundesregierung hat Ausbauziele für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern vorgegeben. Danach sollten bis zum Jahr 2025 40 % bis 45 % der Stromerzeugung daraus gewonnen werden. In Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern wird dieses Ziel bereits jetzt übertroffen, in allen Ländern ist der Anteil an der Stromerzeugung seit 2003 erheblich gestiegen.

Anteil erneuerbarer Energieträger an der Bruttostromerzeugung 2012 und 2003 in %



1 Stand 2011.

Die verschiedenen Energieträger haben in den Ländern je nach den regionalen Gegebenheiten ein unterschiedliches Gewicht: Strom aus Wasserkraft ist vor allem in den südlichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg von Bedeutung. In Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein dominiert Strom aus Windkraft. Photovoltaik ist insbesondere im Saarland und in Hessen, aber auch in Bayern und in Baden-Württemberg von Bedeutung, in den Stadtstaaten wird vorrangig Biomasse für die Stromerzeugung genutzt.

Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern

	Jahr	Energieträger					
		insgesamt	Lauf- und Speicherwasser	Windkraft	Photovoltaik	Biomasse	Sonstige ¹
		GWh	%				
Baden-Württemberg	2011	11 846	37,2	5,0	28,0	28,2	1,6
Bayern	2012	30 370	43,2	3,7	28,1	24,1	0,9
Berlin	2011	356	–	1,7	10,4	87,9	–
Brandenburg	2011	12 118	0,1	64,1	6,3	27,9	1,5
Bremen	2012	558	4,3	38,4	3,6	49,8	4,1
Hamburg	2012	399	–	20,6	5,3	58,4	15,5
Hessen	2012	4 337	7,4	23,7	29,1	36,5	3,3
Mecklenburg-Vorpommern	2012	6 092	...	...	...	...	...
Niedersachsen	2012	23 281	1,2	54,2	10,8	31,8	2,0
Nordrhein-Westfalen	2012	14 131	4,8	32,5	19,4	36,9	6,4
Rheinland-Pfalz	2012	5 916	15,6	44,9	20,4	17,6	1,4
Saarland	2012	651	14,6	40,4	36,1	8,3	0,6
Sachsen	2012	4 400	5,4	39,0	21,7	32,0	1,8
Sachsen-Anhalt	2012	9 983	0,9	62,5	9,5	26,3	0,8
Schleswig-Holstein	2012	10 358	0,1	63,8	10,1	25,3	0,7
Thüringen	2012	3 888	5,0	36,4	13,8	43,9	0,8

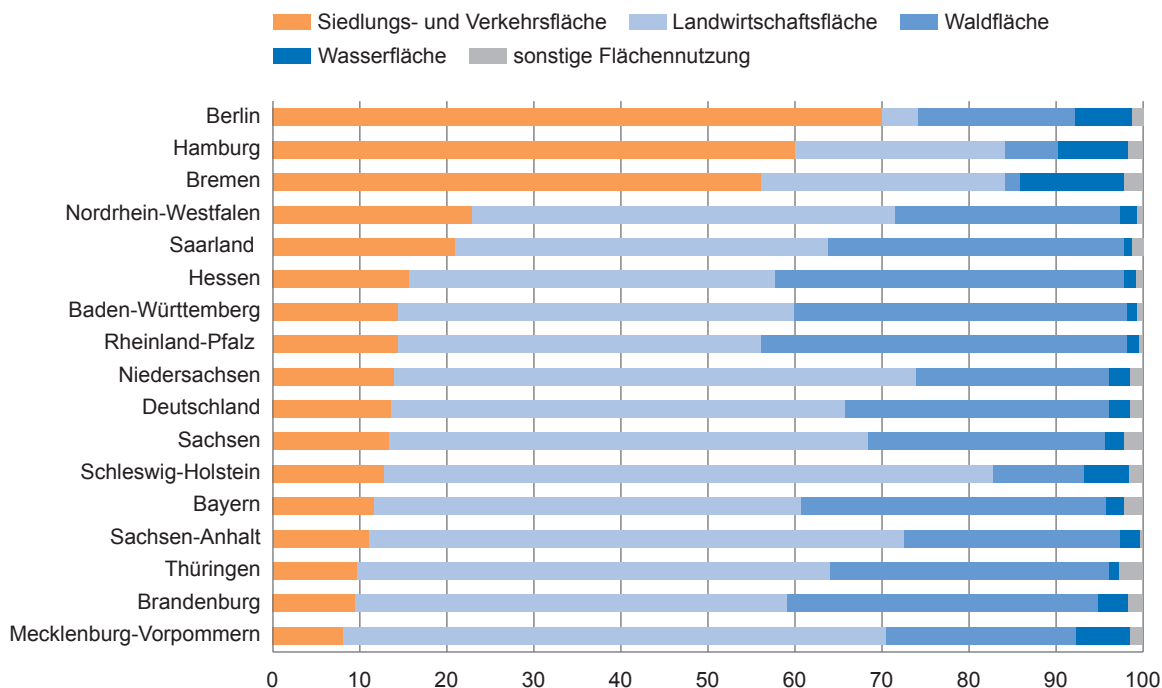
Bruttostromerzeugung einschließlich Eigenverbrauch in Gigawattstunden (GWh).

1 Klär-, Deponiegas und sonstige erneuerbare Energieträger.

Flächennutzung: Stadtstaaten mit dem größten Anteil an Erholungs- und Wasserflächen

In Deutschland wurden 2013 rund 13,6 % der gesamten Bodenfläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke genutzt. In der Siedlungs- und Verkehrsfläche sind unter anderem die Flächen von Zier- und Nutzgärten, Parkanlagen und Verkehrsbegleitgrün enthalten. Sie kann deshalb nicht mit „versiegelter Fläche“ gleichgesetzt werden. Darüber hinaus nahmen die Waldfläche (30,3%) und die Landwirtschaftsfläche (52,1%) deutlich größere Teile der Bodenfläche Deutschlands ein. Dass in den drei Stadtstaaten unter allen Bundesländern jeweils die größten Anteile auf die Siedlungs- und Verkehrsfläche entfielen, ist nicht erstaunlich. Zugleich wiesen aber Berlin, Hamburg und Bremen auch die vergleichsweise höchsten Anteile an Erholungsflächen und Wasserflächen auf. Die gemessen an der jeweiligen Bodenfläche ausgedehntesten Waldflächen fanden sich in Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg. In Relation zu seiner Landesfläche besaß Schleswig-Holstein mit knapp 70% den größten Anteil Landwirtschaftsfläche.

Bodenfläche 2013 nach der Art der tatsächlichen Nutzung in %



In allen Bundesländern haben die Gebäude- und Freifläche – beispielsweise für Wohnzwecke, für Gewerbe und Industrie oder Land- und Forstwirtschaft – sowie die Verkehrsfläche (Straßen, Wege, Plätze) zusammen den größten Anteil an der jeweiligen Siedlungs- und Verkehrsfläche. In den östlichen Flächenländern lag dieser Anteil 2013 durchschnittlich bei rund 83 %, in den westlichen Flächenländern bei etwa 90 %. Zwischen 1992 und 2013 hat die Verkehrsfläche in allen Flächenländern des Bundesgebiets weniger stark zugenommen als die Siedlungs- und Verkehrsfläche insgesamt. Auch der Zuwachs an Gebäude- und Freifläche war in vielen Bundesländern, vor allem in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen, unterdurchschnittlich. Demgegenüber haben überall, besonders aber in den neuen Ländern, die Erholungsflächen (hauptsächlich Grünanlagen und Sportplätze) im Vergleich zu 1992 stark zugelegt. Damit lag der Anteil der Erholungsfläche an der gesamten Siedlungs- und Verkehrsfläche im Jahr 2013 bei rund 13 % in den östlichen Flächenländern und bei etwa 7 % in den westlichen Flächenländern.

Bundesweit täglicher „Flächenverbrauch“ im Umfang von 104 Fußballfeldern

Von Anfang 2010 bis Jahresende 2013 nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland um rund 1 060 Quadratkilometer zu. Dieser Flächenverbrauch, das heißt die Umwidmung vormals naturnah genutzter Flächen in siedlungsbezogene Nutzung, entspricht rechnerisch einem täglichen „Flächenverbrauch“ von rund 104 Fußballfeldern – Mitte der 1990er-Jahre waren es noch rund 170 Fußballfelder pro Tag. In den Bundesländern hat die Siedlungs- und Verkehrsfläche seit 1992 unterschiedlich stark zugenommen. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt verzeichneten bis 2013 einen Anstieg um jeweils etwa 37 %. Auch Sachsen, Brandenburg, Bayern, Schleswig-Holstein und Thüringen lagen über dem Bundesdurchschnitt von rund 20 %.

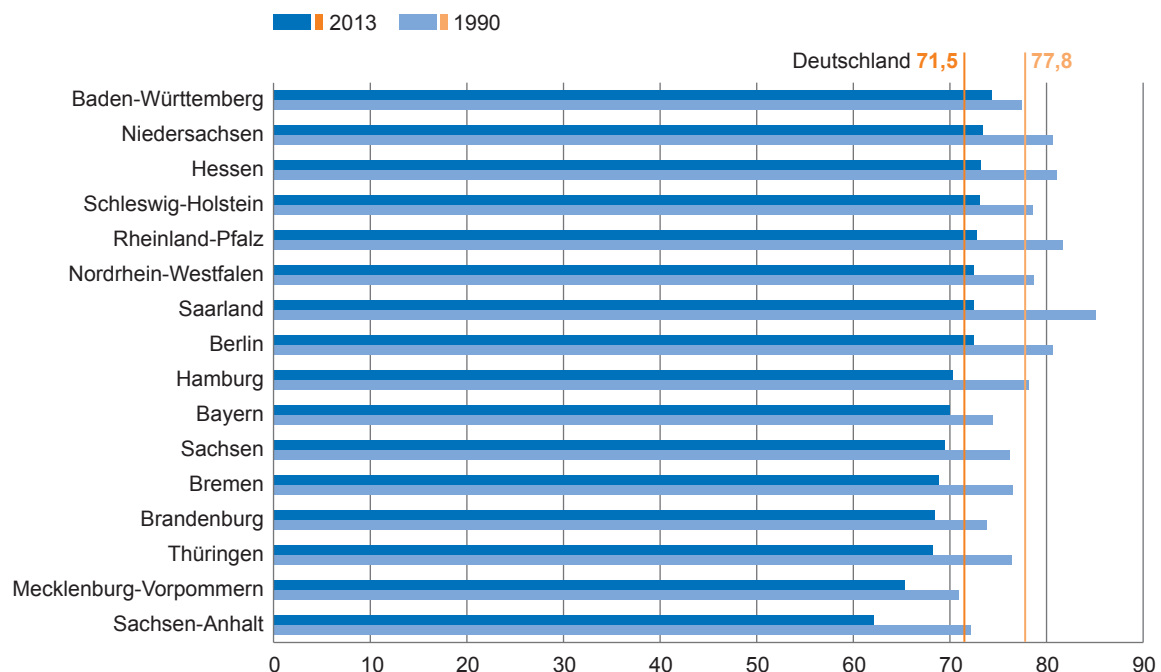
Politische und gesellschaftliche Partizipation

Rückläufige Beteiligung an den Bundestagswahlen

Eine grundlegende Option, dass sich Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse beteiligen, ist die Wahrnehmung ihres Wahlrechts. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 lag die Wahlbeteiligung der bundesweit rund 60,4 Millionen Wahlberechtigten bei 77,8 %. Unter den Bundesländern verzeichneten das Saarland (85,1 %) und Rheinland-Pfalz (81,7 %) die höchste Wahlbeteiligung, während sich in Mecklenburg-Vorpommern (70,9 %) und Sachsen-Anhalt (72,2 %) die wenigsten Wahlberechtigten an der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag beteiligten. Fast ein Vierteljahrhundert später bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013 betrug die Wahlbeteiligung im Bundesdurchschnitt nur noch 71,5 %.

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2013 und 1990

in %



Der Rückgang des Wahlinteresses gegenüber der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 erstreckte sich über alle Bundesländer und fiel im Saarland, in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz am deutlichsten aus. Zusammengekommen machten 1990 wie 2013 in den östlichen Flächenländern relativ weniger Wahlberechtigte von ihrem Wahlrecht Gebrauch als in den Ländern des früheren Bundesgebietes (ohne Berlin). Das gesunkene Wahlinteresse in diesem Zeitraum zeigt sich bundesweit bei den Wählern etwas stärker als bei den Wählerinnen.

Unter den einzelnen Altersgruppen wiesen die 60- bis 69-Jährigen die höchste Wahlbeteiligung auf – 1990 mit 86,5 % und 2013 mit 79,8 %. Am geringsten beteiligten sich die 21- bis 24-Jährigen mit 61,8 % (1990) und 60,3 % (2013). In allen Bundesländern ging die Wahlbeteiligung bei den 40- bis unter 70-Jährigen zurück, mit Ausnahme von Hamburg auch bei den 25- bis unter 40-Jährigen. Demgegenüber fiel in einzelnen Bundesländern (Bayern, Brandenburg, Sachsen und Baden-Württemberg) die Wahlbeteiligung der 18- bis unter 25-Jährigen 2013 sogar etwas höher aus als 1990. Auch bei den 70-Jährigen und Älteren gab es in der Summe der alten Bundesländer eine leichte Zunahme der Wahlbeteiligung.

Die Parteipräferenzen der Wählerschaft in Deutschland haben sich seit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl verschoben. Nach wie vor geben die meisten Wählerinnen und Wähler ihre Zweitstimme für die CDU/CSU ab. Die SPD ist über die Zeit die zweitstärkste Partei geblieben, hat aber 2013 gegenüber 1990 deutlich an Stimmenanteil verloren. Auch die FDP – 1990 noch drittstärkste Partei – ist in der Wählergunst gesunken und hat 2013 die Fünf-Prozent-Hürde unterschritten. Drittstärkste Kraft ist 2013 DIE LINKE. geworden, die längst keine „Ost-Partei“ mehr ist, obgleich sie in Ostdeutschland höhere Stimmenanteile aufweist als in Westdeutschland. Knapp dahinter folgte Bündnis 90/Die Grünen, die das Jahr der Einheit bis heute in ihrem Namen tragen. Deutlichen Zulauf haben zusammengekommen die sonstigen Parteien gewonnen.

Gut ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger engagiert sich freiwillig für die Gesellschaft

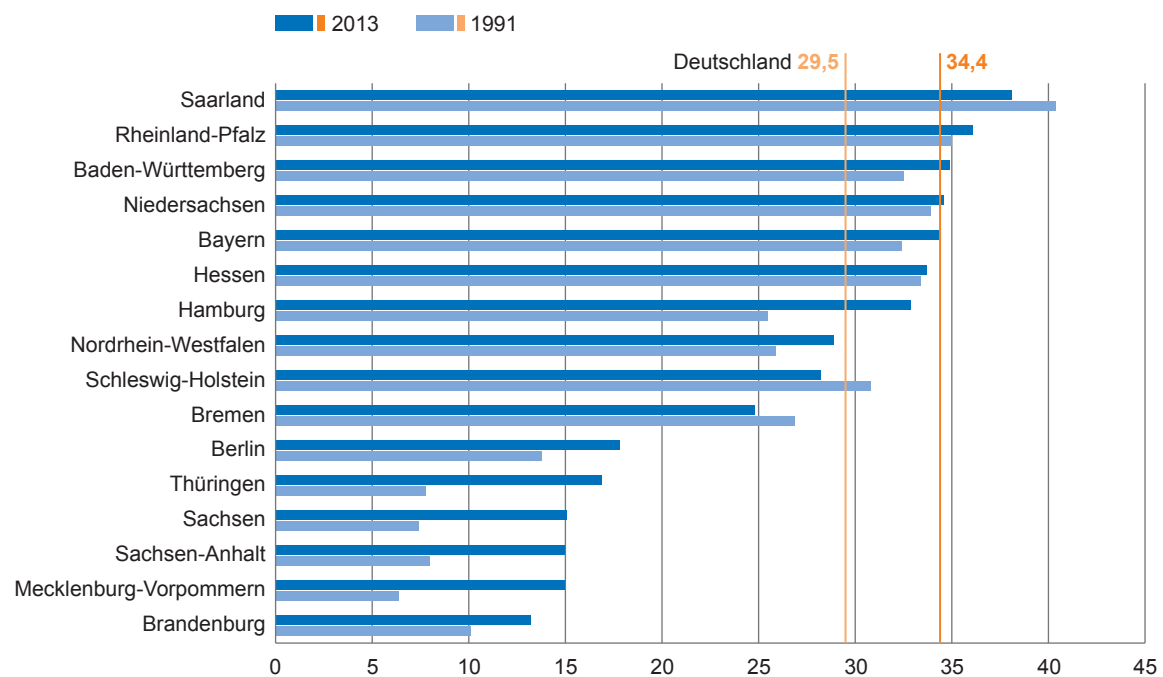
Bundesweit bietet sich eine Vielfalt von gesellschaftlichen Bereichen, in denen sich Bürgerinnen und Bürger freiwillig engagieren können. Besonders häufig geschieht dies, wie der Freiwilligensurvey 2009 zeigt, im Bereich von Sport und Bewegung. Es folgen die Bereiche Kindergarten und Schule, Kirche und Religion, der Sozialbereich, Kultur und Musik sowie Freizeit und Geselligkeit. Als Kernmotive für das Engagement erweisen sich der Wunsch, etwas zur Gestaltung der Gesellschaft beizutragen, und das Bedürfnis, Gemeinschaft mit anderen zu finden. Der Anteil der freiwillig Engagierten an der Bevölkerung ab 14 Jahren – die Engagementquote – liegt im Bundesdurchschnitt seit geraumer Zeit bei gut einem Drittel (2004 und 2009: 36 %). Unter den Bundesländern verzeichneten zuletzt Baden-Württemberg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz (jeweils 41 %) die höchsten Engagementquoten. Demgegenüber fielen sie in Sachsen-Anhalt (26 %) und Mecklenburg-Vorpommern (29 %) am niedrigsten aus. Zwar hat sich das freiwillige Engagement in den östlichen Flächenländern seit 1999 leicht erhöht, jedoch liegt es dort – ebenso wie in den Stadtstaaten – nach wie vor etwas unter dem Bundesdurchschnitt. In dem Mitte 2011 eingeführten Bundesfreiwilligendienst sind gegenwärtig knapp 40 000 Frauen und Männer engagiert – mehrheitlich im Alter von unter 27 Jahren. Ihre Einsatzbereiche befinden sich in gemeinwohlorientierten Einrichtungen.

Die Zahl der unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes gewerkschaftlich Engagierten belief sich Ende 2014 bundesweit auf rund 6,1 Millionen Mitglieder. Das war etwa ein Fünftel weniger als im Jahr 2000 und rund um die Hälfte weniger als 1991. Bezogen auf die in Deutschland erwerbstätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lag die Quote der im DGB organisierten Mitglieder (einschließlich der erwerbsmäßig nicht aktiven) 2014 bei rund 16 % im Vergleich zu knapp 22 % im Jahr 2000. Unter den Bundesländern hatte Nordrhein-Westfalen mit Abstand die meisten Mitglieder (1,48 Millionen). Die stärksten Mitgliederverluste seit 2000 verzeichneten mit einem Minus von jeweils etwa 40 % die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen.

Aktiv oder passiv im Sportverein: am häufigsten Fußball und Turnen

Die Sportvereine in Deutschland bieten über den organisatorischen Rahmen für alle Sporttreibenden hinaus eine verbindende Plattform für sportliche und ehrenamtliche Aktivitäten. Gut ein Drittel der Bevölkerung war 2013 aktives oder passives Mitglied in einem Sportverein des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB). Im Saarland und in Rheinland-Pfalz lag dieser Organisationsgrad mit rund 38 % beziehungsweise 36 % unter allen Bundesländern an der Spitze. Brandenburg (13 %) sowie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (jeweils 15 %) bildeten die Schlusslichter. Gleichwohl zeigt sich, dass besonders in den neuen Ländern der Organisationsgrad im Sport seit 1991 deutlich und überdurchschnittlich angestiegen ist. Ende der 1980er-Jahre waren rund 22 % der Bevölkerung in der DDR Mitglied des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR. Hier standen die Sportorganisationen nach der Wiedervereinigung vor der Aufgabe, sich neu auszurichten. Im Bundesdurchschnitt nahm der Anteil der Sportvereinsmitglieder an der Bevölkerung von knapp unter 30 % (1991) um fast fünf Prozentpunkte bis zum Jahr 2013 zu. Als beliebteste Sportarten erweisen sich nach wie vor Fußball und Turnen, mit weitem Abstand folgen Tennis und der Schützensport.

Mitglieder in den Sportvereinen des Deutschen Olympischen Sportbundes an der Bevölkerung 2013 und 1991 in %



Jeweils zum Jahresende.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)

Anhangtabellen



Bevölkerungsentwicklung

Binnenwanderung

Soziale Sicherung

Gesundheitsrisiken: Übergewicht und Rauchen

Pflege

Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerung 1991 nach Altersgruppen und Ländern

	Insgesamt	Davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren			
		unter 20	20 bis unter 40	40 bis unter 65	65 und mehr
1 000					
Deutschland	80 275	17 294	25 427	25 521	12 033
Baden-Württemberg	10 002	2 180	3 296	3 098	1 427
Bayern	11 596	2 470	3 752	3 627	1 747
Berlin	3 446	704	1 149	1 111	482
Brandenburg	2 543	649	783	798	313
Bremen	684	125	216	223	119
Hamburg	1 669	291	539	549	290
Hessen	5 837	1 170	1 880	1 884	903
Mecklenburg-Vorpommern	1 892	516	597	568	210
Niedersachsen	7 476	1 579	2 348	2 366	1 183
Nordrhein-Westfalen	17 510	3 650	5 559	5 650	2 651
Rheinland-Pfalz	3 821	804	1 207	1 202	608
Saarland	1 077	211	344	351	170
Sachsen	4 679	1 097	1 324	1 513	745
Sachsen-Anhalt	2 823	674	839	906	404
Schleswig-Holstein	2 649	536	823	868	422
Thüringen	2 572	635	771	807	359
%					
Deutschland	100	21,5	31,7	31,8	15,0
Baden-Württemberg	100	21,8	33,0	31,0	14,3
Bayern	100	21,3	32,4	31,3	15,1
Berlin	100	20,4	33,3	32,2	14,0
Brandenburg	100	25,5	30,8	31,4	12,3
Bremen	100	18,3	31,6	32,7	17,4
Hamburg	100	17,5	32,3	32,9	17,4
Hessen	100	20,1	32,2	32,3	15,5
Mecklenburg-Vorpommern	100	27,3	31,6	30,0	11,1
Niedersachsen	100	21,1	31,4	31,6	15,8
Nordrhein-Westfalen	100	20,8	31,7	32,3	15,1
Rheinland-Pfalz	100	21,1	31,6	31,5	15,9
Saarland	100	19,6	32,0	32,6	15,8
Sachsen	100	23,4	28,3	32,3	15,9
Sachsen-Anhalt	100	23,9	29,7	32,1	14,3
Schleswig-Holstein	100	20,2	31,1	32,8	15,9
Thüringen	100	24,7	30,0	31,4	13,9

Binnenwanderung

Wanderungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern sowie von und nach Berlin

	Zuzüge aus den alten Ländern			Fortzüge in die alten Länder			Wanderungssaldo gegenüber den alten Ländern		
	zusammen	nach Berlin	in die neuen Länder	zusammen	aus Berlin	aus den neuen Ländern	zusammen	für Berlin	für die neuen Länder
1991 – 2013	3 019 816	949 712	2 070 104	4 133 784	852 272	3 281 512	– 1 113 968	97 440	– 1 211 408
1991 – 1999	1 127 008	319 171	807 837	1 667 007	323 948	1 343 059	– 539 999	– 4 777	– 535 222
2000	135 517	43 301	92 216	204 283	36 116	168 167	– 68 766	7 185	– 75 951
2002	139 412	43 536	95 876	216 168	39 465	176 703	– 76 756	4 071	– 80 827
2003	137 517	40 482	97 035	195 216	39 829	155 387	– 57 699	653	– 58 352
2004	133 349	38 672	94 677	185 878	39 526	146 352	– 52 529	– 854	– 51 675
2005	127 996	39 784	88 212	175 088	37 900	137 188	– 47 092	1 884	– 48 976
2006	122 918	41 083	81 835	173 602	37 623	135 979	– 50 684	3 460	– 54 144
2007	127 336	44 008	83 328	176 116	37 983	138 133	– 48 780	6 025	– 54 805
2008	132 577	47 041	85 536	173 998	37 454	136 544	– 41 421	9 587	– 51 008
2009	137 908	49 766	88 142	156 416	35 955	120 461	– 18 508	13 811	– 32 319
2010	136 188	48 811	87 377	146 071	35 115	110 956	– 9 883	13 696	– 23 579
2011	141 732	49 853	91 879	150 617	37 152	113 465	– 8 885	12 701	– 21 586
2012	141 017	50 286	90 731	143 680	38 047	105 633	– 2 663	12 239	– 14 902
2013	140 593	49 584	91 009	139 442	37 936	101 506	1 151	11 648	– 10 497

Wanderungssaldo zwischen den alten und den neuen Bundesländern sowie Berlin 2013

Neue Länder und Berlin Alte Länder	Brandenburg		Mecklenburg- Vorpommern		Sachsen		Sachsen-Anhalt		Thüringen		Berlin	
	Zuzug aus	Fortzug nach	Zuzug aus	Fortzug nach	Zuzug aus	Fortzug nach	Zuzug aus	Fortzug nach	Zuzug aus	Fortzug nach	Zuzug aus	Fortzug nach
Baden-Württemberg	1 982	2 085	1 285	1 407	4 945	5 112	1 992	2 225	2 652	2 959	7 545	5 898
Bayern	2 291	2 525	1 257	1 528	7 571	8 226	2 288	2 940	4 863	6 206	8 596	6 852
Bremen	217	236	273	368	342	309	224	222	182	228	981	694
Hamburg	672	829	2 146	3 722	858	993	540	750	343	564	3 551	2 868
Hessen	1 210	1 175	858	833	2 734	2 726	1 404	1 558	3 157	3 843	5 274	3 940
Niedersachsen	2 291	2 715	2 963	3 365	3 268	3 140	5 566	6 961	2 428	2 918	6 668	5 365
Nordrhein-Westfalen	2 916	2 919	2 390	2 278	4 924	4 772	3 032	3 123	2 659	3 010	11 650	8 101
Rheinland-Pfalz	702	705	478	436	1 335	1 136	657	694	750	797	2 117	1 427
Saarland	113	105	72	48	222	192	113	103	119	129	479	310
Schleswig-Holstein	1 179	1 300	4 164	4 367	1 084	1 142	809	923	489	659	2 723	2 481
Zusammen	13 573	14 594	15 886	18 352	27 283	27 748	16 625	19 499	17 642	21 313	49 584	37 936

Soziale Sicherung

Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung nach beteiligten Leistungssystemen und Ländern am Jahresende 2006 bis 2013

Jahr Land	Insgesamt	Je 100 Einwohner ¹	Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende „Hartz IV“)			Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe)		Asyl- bewerber- leistungen	Kriegsopfer- fürsorge ⁵
			zusammen	davon		und zwar			
				Arbeitslosen- geld II	Sozialgeld ²	Hilfe zum Lebens- unterhalt ³	Grund- sicherung ⁴		
Deutschland									
2006	8 300 713	10,1	7 283 493	5 310 821	1 972 672	81 818	681 991	193 562	59 849
2007	8 055 831	9,8	7 021 621	5 099 463	1 922 158	88 459	732 602	153 300	59 849
2008	7 646 014	9,3	6 611 891	4 799 737	1 812 154	92 320	767 682	127 865	46 256
2009	7 761 468	9,5	6 737 363	4 908 304	1 829 059	92 750	763 864	121 235	46 256
2010	7 536 721	9,2	6 469 423	4 701 380	1 768 043	98 354	796 646	130 297	42 001
2011	7 257 779	9,0	6 119 846	4 426 901	1 692 945	108 215	844 030	143 687	42 001
2012	7 249 273	9,0	6 037 330	4 357 214	1 680 116	112 585	899 846	165 244	34 268
2013	7 384 947	9,1	6 041 123	4 350 135	1 690 988	122 376	962 187	224 993	34 268
2013 nach Ländern									
Baden-Württemberg	547 389	5,1	424 306	299 702	124 604	6 808	88 825	23 548	3 902
Bayern	571 022	4,5	416 573	294 092	122 481	11 140	114 014	25 199	4 096
Berlin	662 765	19,4	563 462	412 558	150 904	9 113	70 816	17 295	2 079
Brandenburg	277 976	11,3	245 540	185 796	59 744	3 395	22 779	5 660	602
Bremen	112 203	17,1	91 698	65 771	25 927	1 806	14 262	4 240	197
Hamburg	230 149	13,2	178 824	128 722	50 102	4 946	36 362	9 304	713
Hessen	517 587	8,6	407 050	281 032	126 018	11 524	79 886	14 971	4 156
Mecklenburg-Vorpommern	219 360	13,7	189 658	142 076	47 582	3 979	21 009	4 367	347
Niedersachsen	712 840	9,2	573 751	407 613	166 138	11 750	101 439	23 156	2 744
Nordrhein-Westfalen	1 940 672	11,0	1 590 988	1 132 339	458 649	32 390	249 668	57 366	10 260
Rheinland-Pfalz	274 075	6,9	217 290	153 520	63 770	4 486	41 626	9 572	1 101
Saarland	93 519	9,4	75 352	55 120	20 232	1 409	14 394	1 827	537
Sachsen	438 794	10,8	393 524	295 552	97 972	5 387	29 565	9 454	864
Sachsen-Anhalt	312 671	13,9	277 187	208 879	68 308	4 122	24 110	6 673	579
Schleswig-Holstein	270 474	9,6	217 277	155 123	62 154	7 004	37 346	7 554	1 293
Thüringen	203 451	9,4	178 643	132 240	46 403	3 117	16 086	4 807	798
Ostdeutsche Flächenländer	1 452 252	11,6	1 284 552	964 543	320 009	20 000	113 549	30 961	3 190
Westdeutsche Flächenländer	4 927 578	7,9	3 922 587	2 778 541	1 144 046	86 511	727 198	163 193	28 089
Stadtstaaten	1 005 117	17,3	833 984	607 051	226 933	15 865	121 440	30 839	2 989

- 1 Berechnung mit Bevölkerungsdaten vom 31. Dezember. Quoten sind nur eingeschränkt vergleichbar: Ab 2011 erfolgt die Berechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011, zuvor auf Basis fortgeschriebener Ergebnisse früherer Zählungen.
- 2 Für nicht erwerbsfähige Personen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, wie z. B. Kinder.
- 3 Außerhalb von Einrichtungen.
- 4 Im Alter und bei Erwerbsminderung.
- 5 Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz. Erhebung im Zweijahresturnus (gerades Jahr). Für 2007, 2009, 2011 und 2013 Angaben aus dem jeweiligen Vorjahr.

Quelle für Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Gesundheitsrisiken: Übergewicht und Rauchen

Personen mit starkem Übergewicht nach Geschlecht und Altersgruppen

	Insgesamt	Alter von . . . bis unter . . . Jahren					
		18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 und mehr
	%						
1999							
Männer	12,1	3,2	7,0	11,3	15,9	17,3	14,4
Frauen	11,0	3,0	6,1	8,9	12,8	15,9	13,9
Insgesamt	11,5	3,1	6,6	10,1	14,4	16,6	14,1
2013							
Männer	17,1	5,6	10,5	15,9	19,0	23,6	19,9
Frauen	14,3	4,4	8,4	11,0	13,6	19,0	18,8
Insgesamt	15,7	5,1	9,5	13,6	16,4	21,3	19,3
Veränderung 2013 gegenüber 1999 in Prozentpunkten							
Männer	5,0	2,4	3,5	4,7	3,1	6,4	5,5
Frauen	3,3	1,4	2,3	2,0	0,8	3,1	4,9
Insgesamt	4,2	2,0	2,9	3,4	2,0	4,7	5,2

Pflege

Pflegebedürftige insgesamt und im Alter ab 65 Jahren im Dezember 2013

	Anzahl			Pflegequote (in %)		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Baden-Württemberg	298 769	107 174	191 595	2,8	2,0	3,5
Bayern	329 016	117 824	211 192	2,6	1,9	3,3
Berlin	112 509	40 343	72 166	3,3	2,4	4,1
Brandenburg	102 953	36 376	66 577	4,2	3,0	5,4
Bremen	22 564	7 742	14 822	3,4	2,4	4,4
Hamburg	49 566	17 379	32 187	2,8	2,0	3,6
Hessen	205 126	72 774	132 352	3,4	2,5	4,3
Mecklenburg-Vorpommern	72 445	25 660	46 785	4,5	3,3	5,8
Niedersachsen	288 296	101 894	186 402	3,7	2,7	4,7
Nordrhein-Westfalen	581 492	204 516	376 976	3,3	2,4	4,2
Rheinland-Pfalz	117 910	41 100	76 810	3,0	2,1	3,8
Saarland	34 102	11 884	22 218	3,4	2,5	4,4
Sachsen	149 461	51 546	97 915	3,7	2,6	4,7
Sachsen-Anhalt	92 416	31 887	60 529	4,1	2,9	5,3
Schleswig-Holstein	82 692	30 243	52 449	2,9	2,2	3,6
Thüringen	86 889	30 527	56 362	4,0	2,9	5,1
Deutschland	2 626 206	928 869	1 697 337	3,3	2,3	4,1
darunter im Alter von 65 und mehr Jahren						
Baden-Württemberg	247 155	79 259	167 896	11,8	8,7	14,3
Bayern	273 075	87 073	186 002	10,9	8,0	13,2
Berlin	89 328	28 200	61 128	13,7	10,1	16,4
Brandenburg	85 962	26 961	59 001	15,4	11,2	18,5
Bremen	18 452	5 586	12 866	13,2	9,4	15,9
Hamburg	40 273	12 523	27 750	12,3	8,9	14,7
Hessen	169 482	54 085	115 397	14,0	10,2	16,9
Mecklenburg-Vorpommern	58 951	17 983	40 968	16,5	11,9	19,8
Niedersachsen	239 207	75 529	163 678	14,5	10,5	17,6
Nordrhein-Westfalen	479 579	150 447	329 132	13,3	9,8	16,0
Rheinland-Pfalz	99 646	31 391	68 255	12,1	8,8	14,7
Saarland	28 264	8 718	19 546	12,8	9,2	15,4
Sachsen	125 715	37 935	87 780	12,6	9,1	15,0
Sachsen-Anhalt	78 940	24 268	54 672	14,3	10,6	16,9
Schleswig-Holstein	67 012	21 751	45 261	10,7	7,8	12,9
Thüringen	72 293	22 293	50 000	14,1	10,4	16,9
Deutschland	2 173 334	684 002	1 489 332	12,9	9,4	15,5

Pflegebedürftige 2013 nach Art der Versorgung

	Pflegebedürftige			
	insgesamt	Art der Versorgung		
		durch vollstationäre Pflegeheime	zusammen mit/durch ambulante Pflegedienste	allein durch Angehörige
Anzahl				
Baden-Württemberg	298 769	90 845	63 331	144 593
Bayern	329 016	105 985	74 852	148 179
Berlin	112 509	27 528	27 769	57 212
Brandenburg	102 953	23 526	29 391	50 036
Bremen	22 564	6 281	6 476	9 807
Hamburg	49 566	15 595	14 480	19 491
Hessen	205 126	50 816	44 605	109 705
Mecklenburg-Vorpommern	72 445	18 597	19 060	34 788
Niedersachsen	288 296	88 891	67 997	131 408
Nordrhein-Westfalen	581 492	160 324	131 431	289 737
Rheinland-Pfalz	117 910	34 089	25 125	58 696
Saarland	34 102	10 293	7 230	16 579
Sachsen	149 461	46 509	43 359	59 593
Sachsen-Anhalt	92 416	28 283	23 031	41 102
Schleswig-Holstein	82 692	33 483	16 751	32 458
Thüringen	86 889	23 386	20 958	42 545
Deutschland	2 626 206	764 431	615 846	1 245 929
je 1 000 Einwohner				
Baden-Württemberg	28,1	8,5	6,0	13,6
Bayern	26,1	8,4	5,9	11,8
Berlin	32,9	8,0	8,1	16,7
Brandenburg	42,0	9,6	12,0	20,4
Bremen	34,3	9,6	9,9	14,9
Hamburg	28,4	8,9	8,3	11,2
Hessen	33,9	8,4	7,4	18,1
Mecklenburg-Vorpommern	45,4	11,6	11,9	21,8
Niedersachsen	37,0	11,4	8,7	16,9
Nordrhein-Westfalen	33,1	9,1	7,5	16,5
Rheinland-Pfalz	29,5	8,5	6,3	14,7
Saarland	34,4	10,4	7,3	16,7
Sachsen	36,9	11,5	10,7	14,7
Sachsen-Anhalt	41,2	12,6	10,3	18,3
Schleswig-Holstein	29,4	11,9	5,9	11,5
Thüringen	40,2	10,8	9,7	19,7
Deutschland	32,5	9,5	7,6	15,4

Pflege allein durch Angehörige entspricht den Empfängern/-innen von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 Absatz 1 SGB XI. Empfänger/-innen von Kombinationsleistungen nach § 38 Satz 1 SGB XI sind dagegen in den ambulanten Pflegediensten enthalten.

Die Publikation „25 Jahre Deutsche Einheit“ haben erstellt:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Statistisches Landesamt Bremen

Hessisches Statistisches Landesamt

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Statistisches Bundesamt (Federführung)

Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
<http://www.destatis.de>
Infoservice
Telefon: 0611 75-2405
Telefax: 0611 75-3330
www.destatis.de/kontakt

**Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn**
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn
Telefon: 0611 75-1
Telefax: 0611 75-8990/-8991
poststelle@destatis.de

**Statistisches Bundesamt
i-Punkt Berlin**
Friedrichstraße 50
(Checkpoint Charlie)
10117 Berlin
Telefon: 0611 75-9434
Telefax: 0611 75-9430
i-punkt@destatis.de

Statistische Ämter der Länder

**Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg**
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon: 0711 641-2866
Telefax: 0711 641-2973
www.statistik-bw.de
vertrieb@stala.bwl.de

**Hessisches
Statistisches Landesamt**
Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-802
Telefax: 0611 3802-890
www.statistik-hessen.de
info@statistik.hessen.de

Statistisches Amt Saarland
Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken
Telefon: 0681 501-5925
Telefax: 0681 501-5915
www.statistik.saarland.de
presse.statistik@lzd.saarland.de

**Bayerisches Landesamt
für Statistik**
Sankt-Martin-Straße 47
81541 München
Telefon: 089 2119-3205
Telefax: 089 2119-3457
www.statistik.bayern.de
vertrieb@statistik.bayern.de

**Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern**
Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon: 0385 588-56411
Telefax: 0385 588-56708
www.statistik-mv.de
statistik.auskunft@statistik-mv.de

**Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen**
Macherstraße 63
01917 Kamenz
Telefon: 03578 33-1423
Telefax: 03578 33-551499
www.statistik.sachsen.de
vertrieb@statistik.sachsen.de

**Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg**
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Telefon: 0331 8173-1777
Telefax: 030 9028-4091
www.statistik-berlin-brandenburg.de
info@statistik-bbb.de

**Landesamt für Statistik
Niedersachsen (LSN)**
Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon: 0511 9898-1134
Telefax: 0511 9898-991134
www.statistik.niedersachsen.de
auskunft@statistik.niedersachsen.de

**Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt**
Merseburger Straße 2
06110 Halle /Saale
Telefon: 0345 2318-0
Telefax: 0345 2318-913
www.statistik.sachsen-anhalt.de
info@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Statistisches Landesamt Bremen
An der Weide 14-16
28195 Bremen
Telefon: 0421 361-6070
Telefax: 0421 361-4310
www.statistik.bremen.de
info@statistik.bremen.de

**Information und Technik
Nordrhein-Westfalen**
Geschäftsbereich Statistik
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-2495
Telefax: 0211 9449-2104
www.it.nrw.de
statistik-info@it.nrw.de

**Thüringer Landesamt
für Statistik**
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon: 0361 37-900
Telefax: 0361 37-84699
www.statistik.thueringen.de
auskunft@statistik.thueringen.de

**Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein**
Standort Hamburg
Steckelhörn 12
20457 Hamburg
Telefon: 040 42831-1766
Telefax: 040 42831-1700
Standort Kiel
Fröbelstraße 15-17
24113 Kiel
Telefon: 0431 6895-9393
Telefax: 0431 6895-9498
www.statistik-nord.de
info@statistik-nord.de

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems
Telefon: 02603 71-4444
Telefax: 02603 71-194444
www.statistik.rlp.de
info@statistik.rlp.de

